

RotFuchs

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Herzbube oder rotes Tuch

Wer sich zum „RotFuchs“ rechnet, bekennt damit Farbe. Deutschlands inzwischen meistverbreitete marxistische Monatsschrift, die keineswegs nur von Marxisten gelesen und für sie geschrieben wird, setzt nicht auf die Beliebtheit der Liebichs, die um den Preis totalen Gesichtsverlusts und politischer Selbstverstümmelung unbedingt zum Regierungslager gehören wollen. Wir setzen auf eine nicht konjunkturabhängige, jedem Wetter trotzen Legierung aus revolutionärer Prinzipienfestigkeit und humanistischer Toleranz, wobei es sich um zwei Seiten einer Sache handelt.

Natürlich beflügelt uns das hohe Maß an Zustimmung aus den Reihen von Sozialisten, Kommunisten und anderen konsequenten Linken. Doch wir akzeptieren auch gerne den sachlich-argumentativen Dialog mit fair gesonnenen Andersdenkenden aus den Reihen der Antifaschisten. Sie honorieren augenscheinlich unser kleines und zugleich großes Blatt, weil es nicht im „Niemandland“ zwischen den Fronten angesiedelt ist, konstruktive Inhalte bietet und vermeintliche Lösungen ablehnt, bei denen der Wolf satt und das Schaf nicht gefressen wird.

Im realen Leben vollzieht sich unabhängig von unserem subjektiven Willen ein erbitterter Konflikt zwischen Klassen, bei dem es nur ein Ja oder Nein, aber niemals ein Jein gibt. Da die Barrikaden zwei Seiten haben, sind wir für jene, die Marx und Engels Proletarier nannten, im übertragenen Sinne Herzbube, während uns die anderen – die Ausbeuter – nicht grundlos als rotes Tuch empfinden. Unwillkürlich kommt einem da die alte Volksweisheit in den Sinn: Was dem einen sin Uhl, ist dem anderen sin Nachtigall.

Der „RotFuchs“ kann und will es nicht allen recht machen. Während manche davon träumen, zur Dekoration eines Regierungsbettes zu gehören, verfolgen wir seit nunmehr 15 Jahren ein entgegengesetztes Ziel. Nicht huckepack im Rucksack der SPD, sondern mit dem Bild des historischen Händedrucks des Kommunisten Wilhelm Pieck und des Sozialdemokraten Otto Grotewohl vor Augen, stehen wir für ein Zusammengehen all jener, welche sich der sozialistischen Befreiungsidee und der revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems verpflichtet fühlen.

Zu unseren publizistischen „Highlights“ gehört seit eh und je die RF-Postmappe. Wohl keine andere politisch orientierte Zeitschrift hierzulande veröffentlicht so viele Zuschriften wie unser Blatt, das seine in das Redaktionsgeschehen aktiv eingreifenden Leser stets als Autoren eigenständiger kleiner Beiträge betrachtet hat. Seit März 1998 erhielt der „RotFuchs“ etwa 20 000 Briefe, von denen er mehr als fünftausend veröffentlichte.

Wenn es des Beweises bedürfte, daß der RF tatsächlich zu einer Tribüne für Kommunisten und Sozialisten geworden ist, dann wird dieser von unseren schreibenden Lesern angetreten. Sieht man von äußerst seltenen Diffamierungen oder gar Drohungen ab, dann zieht sich durch unsere Post als roter Faden ein hohes Maß an Zustimmung. Bejaht werden jene Grundpositionen, an denen sich unsere Zeitschrift und der sie tragende Förderverein von Beginn an festgemacht haben. Die keineswegs auf nostalgische Überhöhung und pauschale Vergoldung oder das Wegretuschieren unangenehmer Details abzielende Feststellung, daß die DDR trotz ihrer Defizite die bisher größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war, weil sie dem Kapital für vier Jahrzehnte in einem Drittel Deutschlands Macht und Eigentum entzog, wird inzwischen ganz überwiegend geteilt. Auch die erstmals vom RF vorgenommene Richtigstellung, daß es sich beim rückwärtsgewandten Systemwechsel 1989/90 nicht um eine „Wende“ (gar zum „Guten“), sondern um eine klassische Konterrevolution gehandelt hat, machen sich immer mehr Leser zu eigen.

Während Prinzipienlosigkeit wie Prinzipienreiterei, Gedächtnisschwund, Opportunismus und Dogmatismus sowie gewisse Bestrebungen, das Kind mit dem Bade auszuschütten, aber auch der durch Lenin zu recht gezeißelte „kommunistische Hochmut“ auf Widerstand stoßen, kristallisiert sich in unserer Post tausendfach ein und derselbe Gedanke heraus: Der „RotFuchs“ ist politische Heimat geworden.

Als wir vor neun Jahren im RF einen Leitartikel hierzu veröffentlichten, stand die Realisierung eines solchen Wunsches noch in den Sternen. Inzwischen ist aus dem



INHALT

	Seite
Verse von Edda Winkel	2
Zerronnenes Glück	3
Die dräuende Schrift an der Wand	4
Des Pudels Kern	4
Leo Kuntz: Rede bei der Gedenksteinaufstellung in Ziegenhals	5
Warum Cato sterben mußte	6
Das Atelier am Holunderbusch Erinnern an den Bildhauer Erich Wurzer	6
Epos der Roten Ruhrarmee	7
Als Churchill die Katze aus dem Sack ließ Vom heißen zum Kalten Krieg	8
Herbert Mies: der Verrat an KPdSU und UdSSR	9
Nebelwerfern Paroli bieten!	10
Das Wunder von Vippachedelhausen (5)	11
Kluges aus Nicos Feder	12
Chemnitzer Sparkassenappell: Löckchendreher auf der Glutze	13
Abzocken um jeden Preis – Rundfunkgebühren fürs Nichthören und Nichtsehen	14
Über die Nutzung von Schafherden-Instinkten	14
Steinbrücks Kandidatur: Eine Beerdigung erster Klasse	15
Rudi W. Berger: Der Menschen Feind (Teil 5)	16
■ Wie Bebels SPD und Thälmanns KPD den Antisemitismus bekämpften RF-Extra I	I
■ Wiederaufbau der Garnisonkirche: Gegen eine neue Schande von Potsdam! RF-Extra III	III
Frauen Kubas: Eine Revolution in der Revolution	17
Fronten kennt keine Gnade – Wie die EU Hungerflüchtlinge ertrinken läßt	18
Belgien: PTB-Stadträtin Zohra Othman	19
Griechenland: Akropolis im Nazi-Visier	20
Paris: Erinnern an die Helden von Stalingrad	21
Luxemburg: Blutzoll der Kommunisten	22
Die „Rebel Girls“ der USA	23
Nachsinnen über drei Religionen	24
Facebook: Die folgsamen Schafe des Mark Zuckerberg	25
Griff in die literarische Schatztruhe (5)	26
Eine mutige Frau im Westen: Marianne Konze	27
Johannas verlorenes Land	27
Archie und die genervte Nachbarin	28
Leserbriefe	29
Grafik des Monats	32

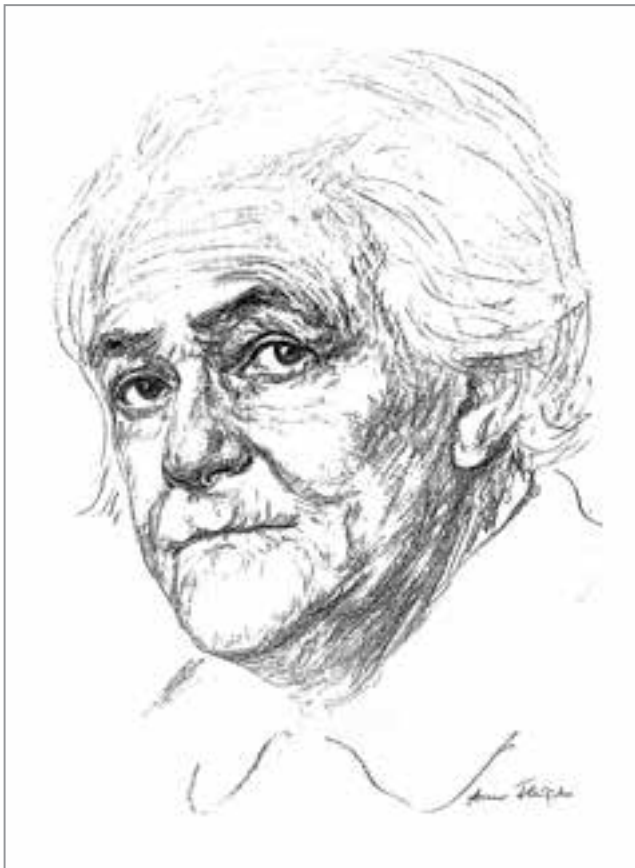
Fortsetzung auf Seite 2

Traum Wirklichkeit geworden. Dieses Fazit ziehen nicht nur frühere SED-Mitglieder, die sich nach dem schmachvollen Absturz ihrer einst himmelstürmenden, dann aber von Karrieristen überschwemmten und durch äußere wie innere Faktoren in die Tiefe gerissenen Partei als politisch enturzelt empfanden. Ähnlich erging es auch vielen Aktivisten aller anderen DDR-Blockparteien. Zu den Suchenden gehören seit dem Dezember 1989 nicht wenige Genossen von PDS und PDL. Beide aufeinander folgenden Parteien stehen für Antifaschismus, Frieden und Demokratie, lehnen aber den Marxismus-Leninismus mehrheitlich ab. So ist es nur allzu verständlich, daß auch

viele dort Engagierte nach einer politischen Kraft mit an den Klassikern orientierter Programmatik Ausschau gehalten haben. Längst stellt der „RotFuchs“ nicht nur für Kommunisten aus DKP, KPD und KPF sowie für Marxisten ohne Parteibuch eine ständige Lektüre dar. Auch bei Bebel gebliebene Sozialdemokraten und aufrechte Menschen mit konfessionellen Bindungen zählen zu seinen Lesern. Vor allem über das Internet finden Schüler, Studenten und andere junge Leute Zugang zu ihm. Antifaschisten inner- wie außerhalb der BRD gibt unsere Zeitschrift in der Kälte des Kapitalismus ein Gefühl menschlicher Wärme und Geborgenheit.

Denen, die weiterhin – wie schon 1990 in einer Publikation dieses Titels – einen „dritten Weg“ zwischen den Systemen preisen, mag jene zum Schmunzeln verleitende Marx-Karikatur wegweisend sein, die den alten „Mohr“ sagen läßt: „War ja nur so 'ne Idee von mir.“ Wir halten uns da lieber an seine These: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“ Lenin ist ihr mit seiner „Iskra“ gefolgt – jenem „Funken“, aus dem im Oktober 1917 die Flamme schlug. In diesem Geiste will der „RotFuchs“ für Klassengenossen, Kampfgefährten und Verbündete Herzbube, für deren Gegner aber ein rotes Tuch sein.

Klaus Steiniger



Das Porträt Clara Zetkins zählt zu den schönsten Arbeiten des renommierten DDR-Grafikers Arno Fleischer. Bis zu seinem Tode war er ein engagierter künstlerischer Mitarbeiter des RF. Er schuf auch unser Symbol – den Fuchskopf auf der Titelseite.

Der legendäre griechische Journalist Thanassis Georgiu – früherer Redakteur des ADN, langjähriger Berliner Korrespondent des KKE-Organs „Rizospastis“ und „RotFuchs“-Leser von Anbeginn – schneidet an seinem 99. Geburtstag im Restaurant „Odyssee“, Berlin-Johannisthal, mit Tochter und Schwiegertochter die Festtagstorte an.



Foto: Bruni Steiniger

Wege

Ein kluger Strategie sucht günstige Wege. Führen Holprig und Kurz zu schmerzlichem Sturz, ist der Umweg gefragt.

Verharr'n auf der Stelle, wie die Katz vor der Schwelle, führt uns nicht weiter. Besser lächelnd und heiter neue Richtung gewagt.

Statt mutlos und träge, mit sich selbst im Gehege, einen Ausweg erspähen, um aufs Ziel loszugehen und nicht sinnlos geklagt.

Auch ein steiniger Weg oder sehr schmaler Steg kann der Enge entrinnen. Neu die Linie bestimmen, und der Irrweg verzagt!

Gewinn

Soll der Kluge nachgeben? Mitnichten! Zwar würd sich's ruhig leben. Verzichten auf sein Recht? Wie schlecht!

Der Dummere zum Zuge käm, beklemmend. Klugem wär's nicht angenehm, wär hemmend. Tatendrang? Verbannt!

Drum laßt uns kräftig streiten, bewahren die Kraft, den Geist zu weiten. In Jahren ein Gewinn mit Sinn!

Edda Winkel

Zerronnenes Glück

Wie die Frauen der DDR um eine ganze Epoche zurückgeworfen wurden

In vielen Ländern wird der Internationale Frauentag begangen. Zu Zeiten der DDR fanden in allen Betrieben, Institutionen und Einrichtungen Feierstunden statt, bei denen die Rolle der Frau im Leben der Gesellschaft gewürdigt wurde. Das entsprach einer Tradition der internationalen Arbeiterbewegung. So unterschiedlich man Persönlichkeiten der Klassen oder Schichten wertete, so unterschiedlich war auch die gesellschaftliche Rolle der Frau. Die DDR gewährte ihr die gleichen Rechte wie dem Mann – das Recht auf Arbeit und Lohngleichheit bei gleicher Leistung, auf Bildung, Kultur, gesundheitliche Betreuung und Erholung. Die Überwindung althergebrachter Traditionen war ein komplizierter Prozeß, der nicht zuletzt auch die Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel voraussetzte.

In der DDR gab es Einrichtungen und Vergünstigungen für Frauen, die heute leider nicht mehr existieren. Das waren keine Attraktionen, die man in Schaufenstern hätte bewundern können. Es handelte sich vor allem um Entwicklungsmöglichkeiten, die dem weiblichen Teil der Bevölkerung Ansehen, Befriedigung und Selbstwertgefühl verschafften. Schon als kleines Mädchen wünschte ich mir, später einmal mehrere Kinder zu haben. Ob nun die Tatsache, daß ich als 16jährige bereits auf eigenen Füßen stehen mußte, ursächlich dafür war, unbedingt einen Beruf zu erlernen, vermag ich nicht mehr zu sagen. Das Bedürfnis, mein Geld selbst zu verdienen, im Arbeitsleben zu stehen, war jedenfalls sehr stark ausgeprägt.

Heute bin ich in die Endphase des Lebens eingetreten. Abgesehen davon, daß mir meine jahrzehntelange Berufstätigkeit und die entsprechende Qualifikation über dem Durchschnitt der Ostrenten liegende Altersbezüge bringt, kann ich mit Genugtuung auf mein Leben zurückblicken. Meine Wünsche haben sich erfüllt: vier Kinder und Beruf, darüber hinaus Hobbys wie Sport, Literatur, Musik und Reisen. Unbezahlte gesellschaftliche Arbeit war für mich selbstverständlich. Übrigens wirkte sie sich im Elternbeirat günstig auf die Erziehung auch des eigenen Nachwuchses aus.

All das war möglich, weil dafür entsprechende gesellschaftliche Voraussetzungen bestanden. In der DDR wurde versucht, sie zu schaffen: Arbeit gab es für Frauen wie für Männer. Bildung war sowieso groß geschrieben.

Von Beginn der Schwangerschaft bis zur Geburt des Kindes wurden die Frauen unentgeltlich medizinisch betreut. Bei der Deckung des Bedarfs an

Kindereinrichtungen nahm die DDR international einen Spitzenrang ein. Fast jeder Betrieb organisierte im Sommer Kinderferienlager, und an den Schulen wurden eigene Ferienspiele für jene, die nicht mitfahren konnten, durchgeführt. Kinderkleidung war relativ billig. Eintrittspreise für Sport- und Kulturveranstaltungen



Con rostro de mujer – Mit dem Antlitz der Frau. Diesen Titel gaben die Botschaften Boliviens, Ekuadors, Kubas, Nikaraguas und Venezuelas in der BRD ihrer gemeinsamen künstlerischen Darbietung am 5. November 2012 – dem Kampftag gegen Gewalt an Frauen.

vermochten auch Kinderreiche zu bezahlen. Der Gewerkschaftsbund FDGB, der in der DDR für den Feriendienst zuständig war, betrieb etliche Heime für Familien mit Kindern.

Auch wenn der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel der Meinung ist, jene, welche positiv zur DDR stünden, seien Betonköpfe – ich trage mein Haupt hoch erhoben.

Doch kehren wir aus vergangenen Tagen in das Hier und Heute zurück. Im Programm der Partei Die Linke heißt es: „Die Frauen sollen in die Lage versetzt werden, Familie, Beruf, Qualifikation, Hausarbeit und Hobby unter einen Hut zu bringen.“ Bereits die erste Bedingung – die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen – kann in der BRD absolut nicht gewährleistet werden. Diese Forderung wird derzeit im Osten zu 49% erfüllt, im Westen nur zu 27%.

Wie sieht es mit der beruflichen Qualifikation aus? Hierzu wäre erforderlich, daß Frauen für ihre Weiterbildung zeitweilig eine ganztägige Freistellung von der Arbeit – bei voller Bezahlung – gewährt würde. Doch auch das reicht noch nicht aus. Warum sollte es nicht möglich sein – wie einst in der DDR – den Frauen wochentags die Sorge um die Mittagmahlzeit abzunehmen? In einem Drittel Deutschlands war das gesellschaftliche Realität: Betriebs- und Schulküchen boten ein

gehaltvolles Mittagessen zu niedrigem Preis bei staatlicher Subventionierung an. Der Nachwuchs wurde weitestgehend in Kindereinrichtungen kostenlos erzogen und betreut. An sämtlichen Hoch- und Fachschulen gab es im Fernstudium Frauensonderklassen, deren spezieller Status nicht in Abstrichen am Unterrichtsstoff bestand, sondern in der zusätzlichen ganztägigen Freistellung von der Berufsarbeit – bei voller Bezahlung. Die Rente mit 60 für Frauen galt als unumstößlich.

In der BRD liegen die Dinge völlig anders. Die Arbeitslosigkeit trifft insbesondere Frauen. Sie erhalten bis zu 23% weniger Lohn für die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen. Die Rente mit 60 war einmal.

Durch das Überstülpen der BRD-Konditionen nach dem Anschluß der DDR an den Machtbereich des Kapitalismus sind die Frauen im Osten – was ihre Gleichstellung betrifft – um eine ganze Epoche zurückgeworfen worden. Daran ändert auch das Gerede von einer Frauenquote, die ohnehin nur um Aufsichtsratsposten bei Konzernen bemühte „Damen“ der Bourgeoisie betrifft, nicht das geringste.

Marx hatte völlig recht: „Jeder, der etwas von der Geschichte weiß,

weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Element unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die häßlichen eingeschlossen).“ **Gerda Huberty, Neundorf**

Es lebe der 8. März!

Während sich die in der BRD Herrschenden und deren Medien bei eingestandenermaßen zunehmender Degradierung von Frauen in Ersatzvarianten wie den Muttertag flüchten, halten wir am 8. März als dem traditionsreichen internationalen Kampftag für Frauenrechte fest.

Er war in der DDR vor allem Spiegelbild gelebter und erlebbarer Alltagswirklichkeit.

Wir beglückwünschen unsere Leserinnen und Autorinnen im In- und Ausland, alle Frauen des RF-Fördervereins sowie die aktiven Mitstreiterinnen in Redaktion, Herstellung und Vertrieb aus diesem Anlaß auf das herzlichste.

Die dräuende Schrift an der Wand

Alttestamentarischer Überlieferung zufolge (Daniel 5/25-28) geschah es vor etwa 2600 Jahren: Der babylonische Kronprinz Belsazar „machte ein herrlich Mahl tausend seinen Gewaltigen und Hauptleuten, und soff sich voll mit ihnen“. Im Rausche ließ er die im Tempel von Jerusalem geraubten heiligen Gefäße bringen, damit er und das Gefolge sowie „seine Weiber und Keksweiber daraus tranken“. Ob des Frevels erschien eine geheimnisvolle Hand und schrieb an die Wand in hellen Lettern: „Mene mene tekel upharsin“. Keinem der herbeigerufenen Schriftgelehrten gelang es, den Text zu entschlüsseln.

Schließlich holte man den Propheten Daniel. Der deutete die Inschrift als „gezählt, gewogen, für zu leicht gefunden und geteilt“. Wenige Jahre später war das einst so mächtige babylonische Reich am Ende und aufgeteilt.

Als Menetekel versteht man seither Vorzeichen, die zumeist nicht in ihrer vollen Tragweite verstanden werden. Bedeutsam sind sie jedoch allemal, weil sie schlaglichtartig die wahren Zustände erhellen und jenen, die nicht verblendet sind, eine realistische Sicht auf die Zukunft ermöglichen.

Da manche gerne wissen möchten, was vor genau hundert Jahren geschah, soll für 1913 auf ein solches Ereignis verwiesen werden. Die „Zabern-Affäre“ erschütterte das Deutsche Reich. Eigentlich war zunächst gar nichts Ungewöhnliches geschehen. Seit der 1871 erfolgten Annexion von Elsaß und Lothringen wurden die dort Lebenden ständig als „Wackes“ verhöhnt, denen es nach langer „welscher“ Herrschaft noch an „deutscher Tugend“ mangle. Das erinnert an die heutige Diskriminierung der „Ossis“, die sich – durch jahrzehntelange „SED-Diktatur“ faul und dumm geworden – den „richtigen“ Deutschen gegenüber auf schnöde Weise undankbar zeigt.

1913 schien ein normales Jahr zu werden. Wilhelm II. lud die gekrönten Häupter Europas zu seinem 25. Thronjubiläum. Sie kamen und versicherten sich gegenseitiger Freundschaft. Zwei Wochen danach begann der zweite Balkankrieg. Der deutsche Kaiser kündigte nun einen „Endkampf der Germanen gegen die Slawen“ an, und Oswald Spengler saß an seinem Buch: „Der Untergang des Abendlandes“. Preußischer Militarismus prägte den „Zeitgeist“, und so geschah es, daß im Herbst in einer Garnison der elsässischen Kleinstadt Zabern (frz. Saverne) ein forscher Leutnant jeden Rekruten mit zehn Mark zu belohnen versprach, der einen von den „Wackes“ erschlägt.

Als das ruchbar wurde, brach unerwartet ein Sturm der Entrüstung los. In vielen deutschen Städten gab es Massendemonstrationen, die auch im Ausland ein lebhaftes Presseecho auslösten. Mit allen Mitteln wurde nun abgewiegelt. Rosa Luxemburg betonte daraufhin, die „Affäre“ decke auf, wie die herrschenden Klassen das Land in die Katastrophe trieben. Die Arbeiterklasse müsse die Demokratie verteidigen, auch wenn es sich um eine bürgerliche handele. Dazu gehöre aber stets die Pflicht, „zugleich an der bürgerlichen Klassenherrschaft nach Kräften zu rütteln“. Und Lenin schrieb: Zabern sei einer der „Vorfälle“, durch die „das Wesen einer bestimmten Ordnung der Dinge irgendwie schlagartig, aus einem verhältnismäßig geringfügigen Anlaß, mit ungewöhnlicher Wucht und Deutlichkeit zutage tritt“. Der Lauf der Dinge treibe die Bourgeoisie in eine tiefe politische Krise: „Der allgemeine und völlige Zusammenbruch reift unaufhaltsam heran und rückt näher.“ Nur acht Monate später wurde der Erste Weltkrieg entfesselt, die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Nun erlebten wir zu Beginn des Jahres 2013 mit der „Fiskalklippe“ in den USA ein

Schauspiel, das auf den ersten Blick Züge des Schmierentheaters im vorangegangenen Wahlkampf trägt. „Erst in letzter Minute werden Kompromisse gefunden“, angeblich geeignet, drohendes Unheil abzuwenden. Und gewiß werden wieder viele auf diesen Schwindel hereinfallen, wie im Jahre 1914, als die Irrlehren der Sozialreformisten in Sozialchauvinismus umschlugen.

Doch Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. Der Weltgendarm USA muß die Arme heben: Das Hauptland des Kapitalismus ist pleite. Die religiös anmutende Hoffnung auf ein Wachstum, das aus der Sackgasse führt, erweist sich als trügerisch. In den Medien ist davon die Rede, der Crash sei lediglich vertagt.

1850, als die Briten unbestrittene Beherrscher des Weltmarktes waren, betonten Marx und Engels, der Grund für die Krisen, die auf dem europäischen Kontinent Revolutionen erzeugten, sei stets in England gelegt. In den Extremitäten des bürgerlichen Körpers müsse es natürlich „eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen als in seinem Herzen, da hier die Möglichkeit der Ausgleichung größer ist als dort“. Erst das Ausmaß der Rückwirkung auf England offenbare, inwieweit diese Kämpfe wirklich die bürgerlichen Lebensverhältnisse in Frage stellten oder ob sie „nur ihre politischen Formationen treffen“.

Heutzutage konnte jedermann den dräuenden Schriftzug an der Wand – auf den Bildschirmen – sehen. Es bedarf nicht der Gaben des Propheten Daniel, ihn zu entziffern: Das Desaster schlägt ins Herz des Imperialismus zurück. Der Zahntag rückt heran, an dem die Mehrheit in den USA und weiten Teilen der Welt zur Kasse befohlen wird.

Prof. Dr. Götz Dieckmann

Des Pudels Kern

Wo liegen die Ursachen der vermeintlichen Finanzkrise? Jedenfalls nicht dort, wo man sie seit Jahrzehnten sucht. Löcher werden gestopft, indem man den verschuldeten Staaten und nicht mehr „flüssigen“ Banken ständig Gelder der Steuerzahler zuschiebt. Alles schreit förmlich nach Krediten. Es fehlt das Geld, um die Dinge der Wirtschaft und des Lebens aufrechtzuerhalten. Das ist so, weil der Kreislauf des Kapitals stockt. Und woran liegt das?

Weil es mit dem Absatz hapert und die Aufträge zurückgehen. Eine gewaltige Überproduktion liegt auf Lager oder steht herum. Nicht selten wird versucht, mit nicht einmal die Selbstkosten deckenden Niedrigpreisen wenigstens einen Teil des Kapitals zu retten. Marx schrieb dazu: „Der Kreislauf des Kapitals geht nur

normal vonstatten, solange seine verschiedenen Phasen ohne Stockung ineinander übergehen. Stockt das Kapital in der ... letzten Phase W'-G', so versperren unverkäuflich aufgehäufte Waren den Zirkulationsfluß.“ (Das Kapital, Bd. 2, Dietz-Verlag, Berlin 1951, S. 48)

Hier liegen Ursachen der Dauerkrise. Sie ist also gar keine Finanzkrise und erst recht keine Eurokrise, sondern eine Überproduktionskrise. Dabei ist die schwache Kaufkraft der meisten Menschen außerstande, die Überproduktion abzubauen. Marx hat als Ursache die besondere Eigenart der Ware Arbeitskraft aufgedeckt, einen größeren Wert zu erzeugen, als sie selbst besitzt – den Mehrwert. Diesen Widerspruch zwischen Überproduktion und fehlender Kaufkraft kann auch die reiche Oberschicht mit ihrem parasitären

Verbrauch nicht auflösen. Alle Maßnahmen zur Überwindung der angeblichen Finanzkrise – darunter der europäische Währungsfonds samt Rettungsschirm – haben lediglich die Wirkung eines Schrittmachers, der die aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise entstandene Krankheit selbst nicht zu heilen vermag.

Dr. oec. Werner Kulitzscher, Berlin

Am 14. März um 15 Uhr spricht Prof. Dr. Götz Dieckmann auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Rostock im Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, über das Thema

Die Aktualität der Schriften von Karl Marx

„Ich weiß, daß wir die Sieger sein werden“

Rede von Leo Kuntz bei der Aufstellung eines Gedenksteins in Ziegenhals

Ich bin froh und dankbar, aus heutigem Anlaß sprechen zu dürfen.

Für mich als den Sohn des ehemaligen Organisations und Teilnehmers des Treffens der KPD war es frustrierend zu erleben, wie leicht es antikommunistischen Kräften gelang, sich in den Besitz der Thälmann-Gedenkstätte zu setzen und sie letztendlich abzureißen. Nur der Freundeskreis leistete und leistet hoffentlich weiter zähen und ideenreichen Widerstand, bis hier eine würdige Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandes gegen die 12jährige Herrschaft des Hitlerfaschismus in Deutschland errichtet worden ist.

Um so erfreuter war ich über das Signal der Genossinnen und Genossen des Kreisvorstandes meiner Partei Die Linke, eigenverantwortlich einen Gedenkstein zu setzen. Heute diesen Stein zu errichten ist um so bedeutungsvoller, da Neonazis immer dreister ihr Haupt erheben. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Die Menschheit muß und wird weiter gegen die Gefahr des Absinkens in faschistische Barbarei kämpfen, sie will aus Überlebenswillen eine Welt des Friedens und der Freiheit. Doch wer erfolgreich kämpfen will, muß die eigene jahrelange Kampfgeschichte kennen und aus ihren Erfolgen und Niederlagen lernen. Dieser Stein ist ein klares Bekenntnis zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland. Was hier geschah und daraus folgte, darf nie vergessen werden.

Am 7. Februar 1933, nur kurze Zeit nach der vom Großkapital und seinen Militärs inszenierten Übergabe der Macht an die Faschisten, versammelten sich 40 leitende Funktionäre der KPD aus fast allen Gebieten der Weimarer Republik, um mit ihrem Vorsitzenden Ernst Thälmann über die Aufgaben im Kampf gegen die Nazi-Herrschaft zu beraten. Bedenkt! Schon raste der Verhaftungsterror der Faschisten durchs Land, da organisierte die Partei der von ihnen bestgehaßten Kommunisten illegal ein solches reichsweites Treffen. Keine andere deutsche Partei kann so etwas aufweisen. Ernst Thälmann sagte in seiner Rede in Ziegenhals, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung der faschistischen Regierung geben kann, als ihren revolutionären Sturz. „Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein müssen.“ Der Kampf für den Sturz des Faschismus wurde zur unmittelbaren Aufgabe der Kommunisten und aller Antifaschisten.

Ziegenhals hinterließ tiefe Spuren im antifaschistischen Widerstandskampf gegen das Hitler-Regime. Zwar gelang es nie, eine deutschlandweite Einheitsfront zu schaffen und die Nazi-Herrschaft von innen zu besiegen. Aber die damals Beteiligten nahmen in herausragender Weise

am antifaschistischen Kampf teil. Sämtliche dort Anwesenden, die in Deutschland geblieben waren, gerieten in die Klauen der Faschisten. 18 von ihnen wurden durch sie



Der führende KPD-Funktionär Albert Kuntz – Leos Vater – wurde am 23. Februar 1945 im KZ Mittelbau-Dora von der SS ermordet.

ermordet: Bernhard Bästlein, Hans Beimler, Ernst Grube, Lambert Horn, Albert Kuntz, Theodor Neubauer, Siegfried Rädels, Rudolf Renner, Augustin Sandtner, John Schehr, Ernst Schneller, Georg Schumann, Robert Stamm, Franz Stenzer, Paul Suhr, Ernst Thälmann, Mathias Thesen. Walter Stöcker starb im KZ Buchenwald.

Es wäre gut, wenn eine Sammlung ausführlicher Biographien aller Teilnehmer der Ziegenhals-Konferenz entstehen würde. Für keinen Kommunisten war die Haft das Ende des Widerstandes. In allen Konzentrationslagern, in die sie gerieten, entstanden durch ihr Wirken illegale Häftlingsorganisationen, deren vornehmste Aufgabe die Organisation der Solidarität unter den Gefangenen für den Überlebenskampf war. Eine besonders kräftige Spur führte von Ziegenhals in das KZ Buchenwald. Die damals in der KPD schon sehr bekannten Genossen Walter Stöcker, Theodor Neubauer und Albert Kuntz fanden sich 1934 im KZ Lichtenburg wieder. Sie bildeten dort das Zentrum einer illegalen kommunistischen Widerstandsorganisation, deren Wirken sie nach der Überführung in das KZ Buchenwald 1937 fortsetzten. Walter Stöcker starb 1939 an Typhus, Theodor Neubauer wurde im gleichen Jahr entlassen und fiel 1945 durch das Fallbeil. Albert Kuntz leitete den illegalen Kampf der Kommunisten im KZ Buchenwald, bis er auf Grund seiner Verlegung in das KZ Mittelbau-Dora Walter Bartel an die Spitze berief. Dieser setzte die Linie von Ziegenhals bis zur Selbstbefreiung erfolgreich fort.

Im Kampf gegen die Grünen – einen grünen Winkel tragende kriminelle Häftlinge, die sich als Helfer der SS im Lager erwiesen –, gelang es ihnen, Einfluß in der sogenannten Häftlingsselbstverwaltung zu erringen. Sie nutzten ihn zur Organisation einer wirksamen Solidarität. Als ausländische Häftlinge eintrafen, entstand eine internationale Militärorganisation, um notfalls den Überlebenskampf mit militärischen Mitteln führen zu können. Das Ganze geschah natürlich in tiefster Illegalität. Die Mitglieder dieser Organisation waren nicht nur Kommunisten. Als das Ende des 2. Weltkrieges nahte, nutzten die Häftlinge eine günstige Situation aus und befreiten das Lager von ihren Peinigern. Mit der Waffe in der Hand und gefangenegenommenen SS-Leuten traten sie den ersten US-Armee-Einheiten entgegen – ein Ruhmesblatt antifaschistischen Widerstandes in Deutschland, das wir uns nie entreißen lassen werden!

Weltbekannt ist der Schwur von Buchenwald. Alle befreiten Häftlinge der zum gemeinsamen Appell angetretenen Nationen stimmten ihm einmütig zu. Der Text atmet den antifaschistischen Inhalt der Tagung der Kommunisten in Ziegenhals. Ernst Thälmann konnten die Faschisten noch 1944 im KZ Buchenwald beim Betreten des Krematoriums hinterrücks erschießen, doch im April 1945 erklang aus Tausenden Kehlen befreiter Häftlinge vieler Nationen einmütig der Schwur: „Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Der opferreiche antifaschistische Widerstandskampf, die Selbstbefreiung und der Schwur von Buchenwald haben die nachhaltige Wirkung der Konferenz vom 7. Februar 1933 in Ziegenhals eindrucksvoll bestätigt. Das werden uns die Antikommunisten nicht verzeihen!

Meine Jugend vollzog sich in der Zeit der faschistischen Gewaltherrschaft in Deutschland. Ich habe erlebt, wie Antikommunismus und Faschismus zusammengehören! Der Antikommunismus war und ist das Kernstück faschistischer Ideologie. Gerade deshalb sage ich: Der Kampf um die Erfüllung des Schwurs ist erst beendet, wenn der Faschismus mit all seinen Wurzeln ausgerottet ist und eine Welt der Freiheit und des Friedens herrscht.

Mein Vater übermittelte uns 1944 in einem Brief aus dem KZ Mittelbau-Dora nach Überlegungen zu den Kämpfen der damaligen Zeit den heute noch gültigen Satz: „Ich weiß, daß wir die Sieger sein werden.“ Der Gedenkstein soll und wird den Antikommunisten auf der Seele liegen. Deshalb übergebe ich ihn dem Schutz der Öffentlichkeit.

(Die Rede wurde am 10. 2. 2013 gehalten.)

Warum Cato Bontjes van Beek sterben mußte

In der Geschichte hat es immer Frauen gegeben, die im Kampf gegen Unrecht, Ausbeutung, Unterdrückung und faschistische Gewalt vorangingen. Erinnert sei hier an Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Dolores Ibárruri (La Pasionaria), Sophie Scholl und Angela Davis. Viele andere waren weniger prominent, aber gleichermaßen engagiert. Von einer soll hier berichtet werden. Cato Bontjes van Beek wurde 1920 in Bremen als Tochter eines Bildhauers und Keramikers geboren. Ihr Vater entstammte einer holländischen Kaufmannsfamilie. Cato wuchs im abgelegenen Fischerhude, einem idyllischen Dorf unweit von Bremen, auf. Dort lebten viele Künstler. Catos Vater empfing oft ausländische Freunde. Das junge Mädchen wurde so schon früh zu antifaschistischem Denken und Handeln erzogen. Als der Vater nach Berlin übersiedelte, begleiteten ihn seine beiden Töchter. Inzwischen selbst Keramikerin, schloß sich Cato im Zweiten Weltkrieg der von Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack geleiteten Widerstandsorganisation an, der ihre Verfolger den Namen „Rote Kapelle“ gaben. Mit Heinz Strelow und John Graudenz vervielfältigte sie

Schriften und Flugblätter, die zum Aktionsbündnis von bürgerlichen Hitlergegnern, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen das Nazi-Regime aufriefen. Gleichzeitig stellte sie Kontakte zu französischen Kriegsgefangenen her. Nachdem sie – auch durch Fotos Wehrmattsangehöriger – von der faschistischen Ausrottung der Juden und den Verbrechen der SS-Einsatzgruppen an der Zivilbevölkerung okkupierter Gebiete erfahren hatte, wurden Catos Aktivitäten zielgerichteter und intensiver. Doch die Gestapo war der Organisation bereits auf der Spur. Am 20. November 1942 wurde die junge Frau zusammen mit ihrem Vater in Berlin festgenommen und in das Gefängnis des Polizeipräsidiams am Alexanderplatz eingeliefert. Dort gelang es ihr, mit dem erst 16jährigen Rainer Küchenmeister, der ebenfalls mit seinem Vater verhaftet worden war, über Kassiber in Verbindung zu treten. Einige erhalten gebliebene Briefe zeugen von der zutiefst humanistischen Gedankenwelt der Widerstandskämpferin.

Im Januar 1943 wurde Cato Bontjes van Beek durch das faschistische Reichskriegsgericht wegen „Beihilfe zur Vorbereitung

des Hochverrats und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt. Bemühungen ihrer



Mutter, eine Begnadigung zu erwirken, schlugen fehl. Ihr Gesuch wurde von Hitler am 21. Juli 1943 persönlich abgelehnt. Monate später starb die tapfere Frau in Berlin-Plötzensee unter dem Fallbeil.

Uns bleibt die Aufgabe, das Erinnern an Cato und viele andere, die ihr Schicksal teilten, stets wachzuhalten und nachfolgenden Generationen zu übermitteln. Ehre ihrem Andenken, Fluch ihren Mördern!

Günter Waldeck, Lamstedt

Zum 100. Geburtstag des Bildhauers Erich Wurzer Das Atelier am Holunderbusch

Jeder kannte die Skulpturen, Mahnmale, Reliefs und Büsten dieses Sohnes unserer Stadt. Sie waren nicht nur in Suhl präsent, sondern auch über die Grenzen des Bezirkes und der DDR hinaus bekannt. Man zeigte seine Werke in Berlin, Weimar, Gotha, Magdeburg, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Dresden. Sie waren auch in der Sowjetunion, der ČSSR, Polen und Ungarn, ja selbst in marokkanischen Städten zu betrachten.

Ich kannte Erich Wurzer seit den 70er Jahren und habe ihn oft in seinem Atelier am Holunderbusch besucht. Dabei bewunderte ich den raschen, doch peinlich genauen Werdegang so mancher Plastik oder Skulptur. Besonders freute mich seine Hinwendung zu jungen Künstlern. Als ein hochgewachsener, hagerer, freundlicher Mann der knappen Worte ist er mir in Erinnerung geblieben. Da in den letzten 20 Jahren vieles aus seinem Schaffen gewollt oder ungewollt verloren ging, möchte ich es ins Gedächtnis rufen. Der am 26. Februar 1913 Geborene lernte bei seinem Vater Steinmetz und Stukkateur. Schon sein Großvater war Kunstmaler gewesen. Auch Erich Wurzer begann ein Kunststudium in Weimar, bis es die Einberufung zur faschistischen Wehrmacht unterbrach. So konnte er es

erst 1946 abschließen. Mit den Worten „Durch meine Plastiken will ich vor allem zeigen, wes Geistes Kind ich bin und wo



ich politisch hingehöre“, markierte er seinen Standpunkt. In diesem Sinne handelte er bis zu seinem Tod am 26. November 1986.

Schon 1948 gestaltete Erich Wurzer das Denkmal für die antifaschistischen Widerstandskämpfer aus Suhl-Heinrichs auf dem dortigen Friedhof. Sein wohl größte Werk war das Mahnmal „Kämpfer gegen Faschismus“, das Juri Gagarin 1963 auf dem Ernst-Thälmann-Platz enthüllte. Hier wird die Nähe zu Fritz Cremer deutlich.

Heute steht nur noch eine dezimierte Kopie des Monuments im Suhler Stadtpark. 1956 schuf Erich Wurzer die dortige Gedenkstätte für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Das ursprüngliche Denkmal aus dem Jahre 1921 war 1933 von den Nazis zerstört worden. Sehr detailliert erinnere ich mich an Wurzers Bronzebüsten – darunter jene von Lenin, Thälmann, Philipp Müller, Fritz Sattler, Liesel Jende, Wilhelm Pieck, Artur Becker, Juri Gagarin, E. K. Ziolkowski, Friedrich Fröbel u. a. Ihren Platz hatten sie in Betrieben, Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Die meisten von ihnen sind heute nicht mehr auffindbar. Die besondere Liebe Erich Wurzers galt von Beginn an der Kleinplastik. Er schuf unzählige Werke von großer Aus-

druckkraft und Ausgewogenheit, die den Betrachtern Freude und Genuß bereiten. Auch skurriler Humor kam nicht zu kurz. Erich Wurzer, der mit vielen Auszeichnungen geehrt wurde und sich seit dessen Gründung im Verband Bildender Künstler stark engagierte, wird von den Siegern auf Zeit und deren Medien heute als „Vorzeigekünstler“ der DDR diffamiert. Dabei ging es ihm stets nur darum, für sein inhaltliches Anliegen die richtige Form zu finden.

Dagmar Schmidt, Suhl

Als ein ganzes Industrierevier in Händen bewaffneter Arbeiter war

Epos der Roten Ruhrarmee

Die Nachricht vom Kapp-Lüttwitz-Putsch in Berlin, die am Morgen des 13. März 1920 in Bochum eintraf, löste dort wie überall im rheinisch-westfälischen Industrierevier große Unruhe aus. Die Menschen füllten Straßen und Plätze, sprachen erregt über die politische Entwicklung. Viele Beschäftigte verließen die Betriebe, Rufe nach dem Generalstreik wurden laut. Im Rathaus berieten der Oberbürgermeister, die Leiter der Behörden und Vertreter der Parteien über die Lage. Doch die Ereignisse überschlugen sich. Um 16 Uhr versammelten sich auf dem Moltkemarkt, dem traditionellen Kundgebungsplatz des Bochumer Proletariats, Zehntausende. Die SPD-Zeitung „Volksblatt“ berichtete: „Die Arbeiterklasse und die Angestellten-schaft brauchten nicht erst zur Abwehr gerufen zu werden, man verließ Werkstatt, Fabrik und Bureaus. Jeder sagte sich, diesmal sollen die Verbrecher nicht so glimpflich davorkommen. ... Mit einem Schlage standen die sozialistischen Parteien gemeinsam wie ein Mann zur Abwehr des verbrecherischen Anschlags auf Volksrechte und Volkswohl.“ Die KPD-Zeitung „Ruhr-Echo“ schrieb 1930 in einer Rückschau: „Solche Menschenmassen, wie an diesem Tage dem Moltkemarkt zuströmten, sind weder vorher noch nachher hier aufmarschiert.“ Von Vertretern der SPD, der USPD und der KPD wurden die Menschen über die Ereignisse in Berlin informiert. Es wurde berichtet: „In Bochum gibt es eine Anzahl von Leuten, die mit dem Staatsstreik sympathisieren oder in ihn eingeweiht sind.“

Nach Beendigung der Versammlung bewegte sich ein schier endloser Demonstrationszug durch Bochums Hauptverkehrsstraßen zum Stadttheater. Auch Teile des bürgerlichen Lagers waren zu der Protestkundgebung erschienen, die mit dem Aufruf zum Generalstreik endete. Es wurde die Bildung einer Arbeiterwehr bekanntgegeben und über die Ausgabestellen von Gewehren an zuverlässige Vertreter der Gewerkschaften oder Arbeiterparteien informiert. Mit 80 Gewehren und Munition, die aus der Zeit der Novemberrevolution hinübergerettet worden waren, rüstete man die ersten Arbeiter-Patrouillen aus.

Noch in der Nacht wurde ein Arbeiterrat aus je drei Vertrauensmännern der SPD, der USPD und der KPD gewählt. Er wurde wenig später um Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände und der Freien Arbeiterunion erweitert.

In der Frühe des 14. März durchsuchten bewaffnete Arbeiter sowohl das Büro der

Sicherheitswehr als auch die Wohnungen ihrer führenden Mitglieder im vornehmen Stadtparkviertel. Dabei wurden weitere Gewehre und wichtige Unterlagen beschlagnahmt. Während man die Leiter der Sicherheitswehr verhaftete, übernahm der Arbeiterrat deren Räume und ihr Waffendepot. Bei der Durchsicht im Büro der bürgerlichen Einwohnerwehr beschlagnahmten Papiere stießen die Arbeiter



1920: Proletarische Macht an der Ruhr

auf einen Frachtbrief, der einen Waffen-transport aus Münster, wo sich der Sitz des Reichswehrkommandos befand, mit dem täglichen Milchzug ankündigte. Der Verdacht wurde zur Gewißheit, als der Zug dann in Bochum durchsucht wurde: In den Waggons mit Milchkannen befanden sich auch 2050 Gewehre. Für die Arbeiter war dies die Bestätigung, daß die Grüne Polizei (Sipo) und Teile der Sicherheitswehr gemeinsame Sache mit den Kapp-Putschisten machten. Die Waffen wurden beschlagnahmt

Nach Presseberichten zog am Sonntag-mittag eine gewaltige Menschenkolonne zum Zentralgefängnis, um die politischen Gefangenen zu befreien. Unter dem Jubel der Massen wurden vor allem jene begrüßt, welche wegen ihrer Teilnahme an Streiks der Berg- und Metallarbeiter im Frühjahr 1919 zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Gleichzeitig erfolgte die Bewaffnung klassenbewußter Proletarier. In der evangelischen Schule an der Mühlenstraße befand sich die Zentrale der Bochumer „bewaffneten Arbeiterscharen“, wie sie Polizeidirektor Stühmeyer nannte. Nur der bekam ein Gewehr, der mindestens ein Jahr Mitglied in der Gewerkschaft oder einer der Parteien KPD, SPD oder USPD war.

Der Bochumer Polizeidirektor meldete an den Arnsberger Regierungspräsidenten: „Am Mittag des 14. März war die Menge

im Besitz von mindestens 4000 Gewehren, 20 Maschinengewehren und etwa 600 Handgranaten. Damit wurden die Proletarier und deren Wehr zum bestimmenden Ordnungsfaktor in Bochum.“ Dies erkannten auch Oberbürgermeister Graff, Stadtverordnetenvorsteher Diekamp und Polizeidirektor Stühmeyer bei einer Besprechung mit dem Arbeiterrat am 15. März an. Stühmeyer erklärte die Sicherheitswehr für aufgelöst.

Der Arbeiterrat garantierte, daß seine Wehr, deren Stärke jetzt etwa 1500 Mann betrug, für Ordnung und Sicherheit in der Stadt sorgen werde, diese aber die Löhnung vornehmen müsse. Damit stellte sich die entmachtete Bochumer Verwaltungsspitze gegen Reichskommissar Severing, der gefordert hatte, mit Arbeiterräten unter keinen Umständen zu verhandeln. Man möge sich nach Münster wenden, damit Militär herangezogen werden könne. Doch weder Graff noch Stühmeyer wollten nach den negativen Erfahrungen des Frühjahrs 1919 noch einmal Militär in die Stadt beordern. In Bochum hatte sich das politische und militärische Kräfteverhältnis innerhalb von drei

Tagen zugunsten der Arbeiter verschoben, ohne daß es wie in Dortmund oder Essen zu bewaffneten Kämpfen gekommen wäre. Die bestreikten Betriebe wurden abgesichert und über die reaktionären Zeitungen eine Zensur verhängt. Durch die Stadt fuhren Lastautos, die bewaffnete Arbeiter mit roten Armbinden transportierten.

Als am 15. März in Bochum Hilferufe aus Hagen, Witten und Wetter eintrafen, setzten sich die Arbeiterwehren in Bewegung, um an bewaffneten Kämpfen gegen dort ausgeladene Truppen des berüchtigten Freikorps Lichtschlag teilzunehmen. Gemeinsam mit Kontingenten aus Hagen, Witten, Gevelsberg und einigen kleineren Gemeinden kämpften sie die Reichswehr nieder. Sie hatten einen großen Anteil am Sieg über die reaktionären Verbände. In den Kämpfen um Wetter und Herdecke entstand die Rote Ruhrarmee, die schließlich etwa 80 000 bewaffnete Arbeiter aus dem ganzen Industrierevier umfaßte und dieses von Reichwehrtruppen und Sicherheitspolizei vorübergehend befreite. Nach den schweren Kämpfen in Dortmund, Elberfeld und Barmen, Essen, Remscheid, Duisburg und Hamborn schrieben Chronisten: „Das Ruhrgebiet war in den Händen des revolutionären Proletariats. Von Ahlen bis Hamborn – von Iserlohn bis Haltern wehte über den Dörfern und Städten die rote Fahne.“

Günter Gleising, Bochum

Wie Churchill schon 1946 die Katze aus dem Sack ließ Vom heißen zum Kalten Krieg

Die seit über zwei Jahrzehnten mit Eifer betriebene „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ beginnt – politisch betrachtet – eigentlich schon 1917. Auf die Oktoberrevolution antwortete der Kapitalismus mit Sanktionen und ab 1918 mit der Entsendung von Armeen aus vierzehn Staaten. Deren Auftrag lautete, den Sozialismus „in der Wiege zu ersticken“ (Churchill).

Aber die Revolution siegte an vier Fronten gegen eine Million Angreifer. Der erfolgreiche heiße Krieg schlug in einen Kalten Krieg gegen die UdSSR um. Nachdem auch der deutsche Faschismus die Sowjetunion nicht hatte vernichten können, wurde er forciert. Schon am 5. März 1946 erklärte Churchill in Fulton (USA): „Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind ...“ Deshalb müsse man einen Eisernen Vorhang herunterlassen. Wenig später, am 12. März 1947, verkündete Präsident Truman vor dem US-

Kongreß seinen Kurs des Containments, der „Zurückdrängung des Kommunismus“. Diese Rede ging als Truman-Doktrin in die Geschichte ein.

Als an eine DDR noch nicht zu denken war, wurde festgelegt, welche Kriegsschulden Deutschland bezahlen müsse. 1989/90 dokumentierte der von 66 BRD-Professoren unterschriebene Reparationsausgleichsplan, daß 1953 – mit dem Ende der Reparationsleistungen – Ostzone und DDR Zahlungen von insgesamt 99,1 Milliarden DM, die drei Westzonen und die BRD aber lediglich 2,1 Milliarden DM geleistet hatten. Und das, obwohl der Osten Deutschlands industriell weit schwächer entwickelt war und auf seinem Territorium die letzten großen Schlachten des Zweiten Weltkrieges getobt hatten. Über diesen Teil Deutschlands waren außerdem die Flüchtlingsströme aus dem Osten gezogen. Viele dieser Menschen mußten aufgenommen und hier heimisch gemacht werden.

Zudem begaben sich nach 1945 Tausende Fachleute in die Westzonen, um alte Konzernverbindungen zu nutzen. Andere wollten den politischen Kurs in der sowjetischen Besatzungszone nicht mittragen. Obwohl auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 vereinbart worden war, daß Deutschland „während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten“ sei, rief man bereits 1946 die Bi-Zone aus.

Am 18. Juni 1948 folgte die separate Währungsreform im Westteil, 1949 entstand dann die Tri-Zone.

In dem anlässlich der Währungsreform von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) herausgegebenen Aufruf an die Bevölkerung hieß es u. a.: „Jetzt wird es in Deutschland keine einheitliche Staatswährung mehr geben.



Im Beisein von US-Präsident Harry Truman rief Winston Churchill in Fulton zum Kalten Krieg auf.

Das geschieht gegen den Willen und gegen die Interessen des deutschen Volkes.“ Der SMAD-Befehl Nr. 111 sah für den Osten eine Währungsreform mit Wirkung vom 24. Juni 1948 vor. Doch bereits einen Tag früher führten die Westmächte in Westberlin ihre Separatwährung schlagartig ein. Bei offenen Grenzen mußten die Verkehrswege zwischen den Westzonen und Westberlin vorübergehend gesperrt werden. Die Westmächte antworteten ab 26. Juni 1948 mit der Eröffnung einer Luftbrücke, die Chronisten heute als eine militärische Übung größten Stils werten.

Mit Gründung der BRD war die Spaltung Deutschlands vollzogen. Als Reflex darauf entstand die DDR. Ihr gegenüber maßte sich Bonn von 1949 bis 1969 einen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen an. 1949 beschloß man die sogenannte Cocom-Liste, die es westlichen Staaten untersagte, rund 6000 wissenschaftlich-technische Positionen an die DDR zu verkaufen. Es handelte sich um ein Embargo, das den ökonomischen Bemühungen der DDR gewaltigen Abbruch tat. All diese Angriffe vollzogen sich vor dem Hintergrund einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten. Ein möglicher Atomkrieg wurde dabei nicht ausgeschlossen.

Um der Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt zu begegnen, sicherte die DDR am 13. August 1961 ihre bis dahin

offenen Grenzen. In der BRD-Zeitschrift „Außenpolitik“ las man 1962: „Wie bei uns das Entstehen von Revolutionslagen zu verhindern ist und bestehende Revolutionslagen gemildert und beseitigt werden müssen, so sind auf der Gegenseite im unerbittlichen Wettbewerb der Koexistenz Revolutionslagen zu schaffen und zu ‚verschärfen‘. Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügen ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fördern.“ Man solle „wirtschaftliche, moralische und andere Mißstände, die für die kommunistische Staatsführung typisch sind, schonungslos mit dem Ziel aufzeigen, die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand und zur Sabotage zu bringen. Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so

sind seine Maßnahmen, die als ungerecht erscheinen, möglichst allgemein bekannt zu machen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden. Zu den geistig Schaffenden eines kommunistischen Staates ist auf Kongressen, auf Reisen usw. Verbindung aufzunehmen.“

Der Postverkehr und der kulturelle Austausch seien zu fördern, da der Westen hoffen könne, daß besonders die Jugend vieler kommunistischer Staaten durch das bloße Kennenlernen und die Möglichkeit kritischen Vergleichs den Idealen ihrer Führung entfremdet werde. „Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die – sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde – innere Veränderung und Umwälzung in diesem Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen.“

Die DDR gab es nur 40 Jahre. Wie stark und beispielhaft muß sie trotz so massiver Angriffe und Behinderungen doch gewesen sein, wenn man sie nach über zwei Jahrzehnten noch immer Tag für Tag zu diffamieren und zu bekämpfen gezwungen ist!

Erhard Römer, Berlin

Lenin-Friedenspreisträger Herbert Mies zu einem Buch Jegor Ligatschows Wie KPdSU und UdSSR verraten wurden

Die Tragik der späten 80er und der frühen 90er Jahre gerät allmählich etwas in den Hintergrund, aber unvergessen soll bleiben, wie der Untergang des Sozialismus in der Sowjetunion und die Zerstörung ihrer Kommunistischen Partei begannen, verliefen und endeten. Nicht zuletzt aber auch, wer in dieser Zeit an den Schalthebeln der Macht im Kreml stand. Jegor Ligatschow, von 1985 bis 1990 Sekretär und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, hat in zwei umfangreichen Publikationen die damaligen Zustände bloßgelegt, wobei er Roß und Reiter unter den Verantwortlichen und deren konterrevolutionäre Aktivitäten schonungslos benannte.

Im Sommer 2005 – mehr als ein Jahrzehnt nach der Zerschlagung der KPdSU und dem Zerfall der UdSSR – meldete sich Ligatschow in der Weltöffentlichkeit mit seinem diese Thematik behandelnden „Spätwerk“ erstmals zu Wort. Die Tatsache, daß er damit so lange gezögert hatte, bedauerten viele von uns, war er doch mit Teilen seines internen Wissens bereits früher an die Öffentlichkeit getreten, als er schrieb: „In der Person Gorbatschows haben wir es mit typischer politischer Entartung zu tun.“ Er und sein Klüngel hätten „die Sache verraten“ und seien „letzten Endes auf die Positionen des Antikommunismus übergelaufen“. Jetzt wären sie „alle Dollarmillionäre und viele sogar milliardiäre“. Das träfe auf Gorbatschow, Jelzin, Schewardnadse und andere zu. Sie besäßen „ein gewaltiges Vermögen“, die Völker eines großen Landes aber seien zu Opfern ihrer Politik geworden.

In seinen Ausgaben vom Juni und Juli 2005 hatte der „RotFuchs“ darüber berichtet. Als ich das seinerzeit las, war ich zutiefst empört, einmal mehr erleben zu müssen, wie aus vermeintlich guten Freunden Betrüger und schließlich Verräter geworden waren.

Im Herbst 2012 beendete Ligatschow endlich das Schweigen zu weiteren konkreten Begebenheiten, welches er sich selbst auferlegt hatte. Sein im Verlag „Das Neue Berlin“ erscheinendes neues Buch „Wer verriet die Sowjetunion?“ gibt Aufschluß. Dort beschreibt er die erste Phase der Perestroika (1985 bis 1988), in der das Volk voller Vertrauen in sie die Hoffnung setzte, dieser Kurs werde zu echter Erneuerung und tatsächlicher Verbesserung des sozialistischen Lebens führen. Auch der Parteivorstand der DKP – mich eingeschlossen – teilte damals diese Hoffnung.

Ligatschow geißelt dann den Perestroika-Kurs, der 1988 einsetzte und unter Vorratschaft einer antikommunistischen Oligarchie im offenen Verrat am Sozialismus gipfelte. An die Stelle einer schöpferischen Entwicklung der Wirtschaft trat der drastische Absturz der Produktion. Die Industrie wurde mehr und mehr zu einem

reinen Rohstofflieferanten heruntergefahren. Bestimmende Wirtschaftszweige wie der Maschinenbau, die Elektronik, die Werkzeugindustrie und der Gerätebau blieben auf der Strecke. Auch die Landwirtschaft stand kurz vor dem Ruin. Die eine Selbstversorgung gewährleistende Autarkie bei der Lebensmittelbereitstellung war verlorengegangen. 40 bis 50



Herbert Mies, von 1973 bis 1990 Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei

Prozent der Nahrungsgüter stammten bereits aus Importen. An die Stelle einer schrittweisen Verbesserung des Lebensstandards trat die Verarmung der arbeitenden Bevölkerung. Heute zählen die Hungernden, die Arbeits- und Obdachlosen nach Millionen.

Die Entartung der Perestroika und Gorbatschows Absage an den Marxismus-Leninismus ließen Ligatschow – und nicht nur ihn – mit dem Verräter brechen. Über sich selbst schreibt der Autor: „Von meinen Überzeugungen lasse ich nicht ab – ich war und bleibe Kommunist.“

Er versteht sein Buch nicht als eine endgültige Lebensbilanz, zumal er weiterzuarbeiten gedenkt. Doch eine Abrechnung mit seinem einstigen Freund ist es allemal. Das Beachtens- und Anerkennenswerte an der vorliegenden Schrift besteht darin, daß sie die Hauptursachen für den erfolgten Zusammenbruch nicht im System, sondern im Verrat an diesem nachweist, ohne dessen Schwächen und Defizite zu verdrängen. Das Buch erweist sich so als Klarstellung geschichtlicher Wahrheit. Es unterscheidet sich von Hunderten anderer Druckerzeugnisse zur tatsächlichen oder vermeintlichen Erforschung der Gründe des Debakels. Durch seine

Lektüre gelangte ich zu weiteren konkreten Einblicken in das für jeden wahren Kommunisten traurigste, erbärmlichste und erschütterndste Kapitel in der Geschichte der KPdSU. Vom Verlag wird Ligatschow als „Verteidiger der sozialistischen Wirtschaftsstrukturen und der Einheit der Sowjetunion“ bezeichnet. Dieser Charakterisierung möchte auch ich mich anschließen. Ohne Zweifel sind für den Zusammenbruch der UdSSR auch strukturelle Defizite und Ursachen unverkennbar. Doch mit ihrer personellen Zuordnung erfaßt Ligatschow den Kern des Unheils. Dafür, daß auch er solches klargestellt hat, bin ich ihm dankbar. Überhaupt sollte man ihm Respekt zollen, daß er 1988 einen Trennungsstrich zu Gorbatschow gezogen hat. Im „RotFuchs“ wurde schon vor Jahren dazu Stellung genommen.

Als ich im Sommer 1988 an der 19. Allunionskonferenz der KPdSU als Gast teilnahm, begegnete ich Ligatschow. Wir lernten uns kennen und schätzen. Wiederholt erfuhr ich dann, daß er sich nach wie vor für die Sache der russischen Kommunisten engagiert. Er wurde Mitglied der leitenden Organe der Union Kommunistischer Parteien und in das ZK der KP der Russischen Föderation (KPRF) gewählt. Er hielt sich also an sein Wort, er sei Kommunist gewesen und bleibe es auch. Das ehrt ihn.

Ligatschows Buch, das eine Abrechnung mit Gorbatschows „Perestroika“ darstellt, schließt dieses verhängnisvolle Kapitel in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung allerdings keineswegs ab. Wie unzählige andere Genossen komme ich über den Verrat von Führern der KPdSU nicht so leicht hinweg. Dafür sorgen auch dessen allenthalben sichtbare üble Folgen. Der Gegensatz von neuer sozialer Armut und schmarotzendem Reichtum schreit zum Himmel. Nutznießer sind russische Oligarchen, die sich durch die Aneignung des Volksvermögens auf unvorstellbare Weise bereichert haben. Man kann es kaum fassen, wenn man neureiche Russen und deren Anhang mit gestohlenem Geld in London oder Paris „shoppen und schmarotzen“ sieht. Es ist unerträglich, wenn Leute dieser Art in Baden-Baden – wie anno dazumal der russische Hochadel – auf den Promenaden flanieren und teure Immobilien ergattern.

Trotz allem setzt Ligatschow auf eine Wiedergeburt aus den kommenden Klassenkämpfen hervorgehender revolutionärer Bewegungen und die Treue der verbliebenen Kommunisten zum Marxismus. Auf die Solidarität der Kampf- und Weggefährten in Deutschland können sie sich verlassen.

Herbert Mies, Mannheim

Jegor Ligatschow: *Wer verriet die Sowjetunion? Das Neue Berlin/Verlag am Park, 2012, 320 S., 16,95 €*

Die BRD-Historiographie verstellt den Blick auf die Naziverbrechen Nebelwerfern Paroli bieten!

Schon zu Beginn des Kalten Krieges fand die Entnazifizierung in den Westzonen, die sich 1949 zur BRD abspalteten, ein jähes Ende. Nach der Ära des Weißwaschens von Naziaktivisten durch sogenannte Persilscheine wurden bald sogar verurteilte Kriegsverbrecher wie Alfred Krupp von Bohlen und Halbach begnadigt und im alten Geiste gegen neue Feinde verwendet. Von den Alliierten zunächst untersagte Straßennamen tauchten bald wieder auf, Heldendenkmäler wurden auf neue zu Wallfahrtsorten. Generalfeldmarschall von Hindenburg wie Agnes Miegel – eine der Lieblingsschriftstellerinnen Hitlers – und weitere „Geistesgrößen“ oder „Heroen“ aus schwarz-weiß-roter und brauner Vergangenheit überdauerten so auf Schildern und Monumenten. Erst die 68er Studentenbewegung und namhafte Kulturschaffende demokratischer Gesinnung prangerten später die nahtlose Übernahme und das Weiterbestehen der Erinnerung an faschistische Funktionsträger und Symbolgestalten des Dritten Reiches an. Dabei spielten der Druck der Weltöffentlichkeit und die Existenz einer den Antifaschismus praktizierenden sozialistischen Staatengemeinschaft sicher keine geringe Rolle.

An Universitäten erfolgte in jener Zeit sogar eine kritische Bewertung der „positivistischen“ bürgerlichen Geschichtsbetrachtung vom Standpunkt des historischen und dialektischen Materialismus.

Dieser ermutigende Prozeß wurde jedoch recht bald von Gegenkräften, die sich der berüchtigten Totalitarismuskonzeption zur Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus bedienten, abgefangen und umgedreht. Sie wurde im Schulalltag wie in den Medien weitgehend durchgesetzt. Inzwischen erleben wir eine Restauration reaktionärer Historiographie, die weit über den angeblich objektiven und wertungsfreien Positivismus hinausgeht. Zugleich kämpfen marxistische Kräfte und andere Nazi-Gegner, so im Rahmen von VVN und Antifa, aber auch in den Reihen der Partei Die Linke für eine exakte Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reiches. Hierzu gehört die Beseitigung belasteter Straßennamen und Heldendenkmäler.

Wo SPD, Gewerkschaften und Grüne mitziehen – so beim Münsteraner Bürgerentscheid vom 16. September 2012 gegen das Fortbestehen eines Hindenburg-Platzes und in Lüneburg, wo es um das Verschwinden einer Carl-Peters-Straße geht, oder beim Marburger Ringen gegen das

„Jäger-Denkmal“ – können Erfolge verbucht werden. Inzwischen hat sich die Zahl der „Agnes-Miegel-Schulen“ in der BRD deutlich verringert.

Dort aber, wo eine Stadtverwaltung aus Gründen des Sichwegduckens oder Beidrehens vor Revanchisten, Militaristen und CDU-Kreisen zurückweicht oder sol-



Altkanzler Helmut Schmidt: „Wenn Sarrazin sich ein bißchen tischfeiner ausgedrückt hätte, hätte ich ihm zustimmen können.“

Collage: G. L.

che Aktionen sogar offen sabotiert, sieht man sich einer ausgeklügelten Konterpropaganda gegenüber. Sie fußt auf den „Erkenntnissen“ einer „neuen Schule von Historiographen“, welche verkündet: Leichtfertige Attacken auf bloße Mitläufer der Nazis durch Nachgeborene, die wohl selbst keine Widerstandskämpfer-Courage besessen hätten, seien Unrecht gegenüber Menschen, die der Verlauf der Geschichte derart geprägt habe. „Irrungen und Wirrungen“, bei denen es sich in Wirklichkeit meist um feige Anpassung handelte, werden als ausschlaggebendes Kriterium zur Beurteilung von Personen im „Dritten Reich“ erhoben. Damit wird der aktive antifaschistische Widerstand Hunderttausender Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Pazifisten als „Denken und Handeln außerhalb des Zeitgeistes“ für „historisch irrelevant“ und „abnorm“ erklärt. Durch individualgeschichtliche Relativierung soll die Auffassung gestützt werden, man müsse Nachsicht gegenüber der „eigenen Mehrheitsvergangenheit“ üben, sonst verhalte man sich „unhistorisch“.

Alexander Steenbeck will in seinem Buch „Die Spur des Löwen – der Weg des Löwengeschwaders durch Europa“ dem Leser

„selbst die Urteilsfindung überlassen“, da das nicht seine Aufgabe sein könne. Auch seien „traumatisierte Soldaten“ – wie jene aus der faschistischen Wehrmacht oder der SS – ja selbst zu „Opfern der Verhältnisse“ geworden.

In der am 8. Januar ausgestrahlten „Arte“-Sendung „Le Maréchal Hindenburg“ wurde die kaltblütige Zielstrebigkeit bei der Schaffung einer Allianz aus Hugenbergs Deutschnationalen und den Faschisten unter Hitlers Kanzlerschaft eindeutig klargestellt. Dennoch weigern sich bis heute zahlreiche Städte und Gemeinden, den Namen des erzreaktionären Militaristen und Kriegsverbrechers, der die Weimarer Republik an Hitler auslieferte, von Straßenschildern zu entfernen. Immerhin war er ja auch einmal Reichspräsidentenkandidat der SPD, die ihn unter der Parole „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler“ unterstützt hatte. Bekannt ist, daß Thälmanns Kommunisten dem die Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ entgegenstellten.

Noch immer entdeckt man vielerorts in westdeutschen Städten und Gemeinden faschistisch-militaristischen Unrat in Denkmalsgestalt oder in Form von Straßennamen. Nicht selten finden dort Zusammenrotungen übelster Art statt. Auch auf einstigem DDR-Gebiet sind solche „Gedenkstätten“ sogar neu geschaffen worden. Wen vermag da der Umstand zu trösten, daß eine überwiegende Mehrheit der konsumgeprägten, spaßgesellschaftlichen „Facebook-Generationen“ heute weder etwas von Hindenburg weiß noch die historische exakte Einordnung der faschistischen Terrorherrschaft überhaupt „interessant“ findet! „War eben ne Diktatur, heute haben wir Demokratie, in der jeder sagen kann, was er will“, zucken viele mit den Schultern. Mögen Nachgeborene trotz des Riesenaufgebots ideologischer Nebelwerfer-Batterien zur totalen Verwischung des Geschehens sich nicht dauerhaft den klaren Blick auf die deutsche Geschichte verstellen lassen!

Jobst-Heinrich Müller, Lüneburg

Historische Wahrheit

Im Kapitalismus ist die Lüge
Zensor der Wahrheit
Zu deren Leugnung.

Die Zensur der Lüge als Lüge
Ermöglicht erst im Sozialismus
Den Zugang zur Wahrheit.

E. Rasmus

Das Wunder von Vippachedelhausen

Als Eberhard Herr den Herren die Suppe versalzen half (5)

Hauptamtlicher Parteisekretär in der bald schon zur Spitzengruppe sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe der DDR aufschließenden, vorerst aber noch mit vielen Problemen ringenden LPG „Vereinte Kraft“ Vippachedelhausen bei Weimar, berichtet unser Autor hautnah vom Schauplatz des zweifellos dramatischen Geschehens jener Tage.

Mitte Juni 1962

Wolfgang, der LPG-Vorsitzende, und ich fahren nach Berlin. Aus meiner früheren Tätigkeit dort habe ich noch Verbindungen zu einstigen Arbeitskollegen, auch zu Mitarbeitern der Abteilung Landwirtschaft beim ZK der SED. Von ihnen erfahre ich, daß aus der Sowjetunion ganz schwere Traktoren vom Typ K 700 importiert worden seien. Gerade ein solches Gerät aber brauchen wir für unsere zum Teil schweren Böden. Vor allem wollen wir damit tiefer pflügen, um die vorhandenen Bodenreserven besser nutzen zu können. Unsere derzeitigen Traktoren sind dafür zu schwach, haben nicht genügend PS unter der Haube. Die Verhandlungen mit dem zuständigen Abteilungsleiter für Mechanisierung im DDR-Landwirtschaftsministerium verlaufen erfolgreich: Uns wird ein K 700 schon aus der nächsten Lieferung in Aussicht gestellt.

Auf der Fahrt gibt es bei Eisenberg einen kleinen Stau. Ein Stück Autobahn wird neu betoniert. Die abgehobenen alten Platten liegen schön aufgestapelt am Rande. Als wir in Osterfeld eine Pause machen, kommt mir plötzlich ein Gedanke, und ich sage zu Wolfgang: „Was meinst Du, könnten wir diese Platten nicht für unseren Hof und die kaputte Straße im Unterdorf gebrauchen?“ „Da hast Du recht. Auf der Rückfahrt halten wir dort mal an und machen uns kundig.“

Gesagt, getan. Bei Eisenberg steigen wir aus und fragen uns dort nach einem Verantwortlichen durch. Wir haben Glück und treffen auf den Leiter der Autobahnmeisterei. „Ja, die Platten könnt Ihr bekommen. Sie kosten nichts. Ich bin froh, daß sie wegkommen. Wo seid Ihr denn her? So, aus dem Kreis Weimar, na, dann habt Ihr es ja nicht so weit. Wann wollt Ihr mit dem Abtransport beginnen?“

Wir sitzen in seinem kleinen Baubüro, wo er auch Telefonanschluß hat. Wolfgang fragt ihn, ob er mal ein Gespräch führen dürfe. Nachdem die Verbindung mit der LPG zustande gekommen ist, bestellt er sieben Traktoren mit je zwei Hängern für den nächsten Tag. „Alles klar. Ich stelle Euch einen Lader hin.“ Wir bedanken uns überschwänglich bei dem freundlichen und bereitwilligen Genossen für dessen Hilfe. Unseren Schilderungen über die teilweise miserablen Straßenverhältnisse in Vippachedelhausen hatte er wohl entnommen,

wie wichtig diese Platten für uns sind. Als die Autobahnplatten – so heißen sie dann bald im Volksmund – bei uns eintreffen und Stück für Stück von der Baubrigade verlegt werden, geht buchstäblich die Sonne auf. Nun können die Frauen trockenen Fußes ins Unterdorf gelangen. Auch der ehemalige Gutshof, wo sich unsere Verwaltung befindet, wird mit Platten befestigt. So etwas hätte ich am Tag meiner Ankunft gebraucht, als ich mit meinen Halbschuhen durch den Modder watete. Diese Aktion hat uns bei der Dorfbevöl-



Komplexer Mähdreschereinsatz in Vippachedelhausen

kerung viel Ansehen verschafft. Man muß eben immer die Augen offenhalten und sehen, wo es etwas gibt, das noch zu gebrauchen ist.

Ende Juni 1962

An diesem Abend findet der erste Großeinsatz auf dem Kartoffelacker statt. Wolfgang hatte vorgeschlagen, daß alle Mitglieder – soweit sie dazu in der Lage sind – die Stauden noch einmal per Hand durchhacken sollten. Die Parteileitung geht mit gutem Beispiel voran, auch Anna, trotz ihrer etwas fülligen Figur. Ich arbeite neben ihr und muß mich sputen mitzuhalten. Wir haben mit 60 Leuten gerechnet, doch über 100 sind gekommen. Da flutscht es natürlich. Oder: Es fleckt, wie es in hiesiger Mundart heißt. Um die Kartoffeln sauberzubekommen, müssen wir weitere Einsätze organisieren. Das soll sich bei der Ernte auszahlen. Zu Hause bewegen mich wichtige Fragen: Warum gehen eigentlich, da doch alles auf Freiwilligkeit beruht, so viele Menschen plötzlich am Abend noch für zwei Stunden zum Kartoffelhacken? Weshalb haben sie das vor unserer Zeit nicht getan? Sind wir etwa andere Leiter oder sind sie andere Menschen geworden?

Auf jeden Fall haben viele wieder Mut gefaßt. Es geht ja nun auch sichtbar voran. Erst die Frostbestellung, welche die Gemüter im ganzen Dorf in Wallung versetzt hat, dann der 1. Platz bei der Frühjahrsaussaat und nun auch die ersten im Kreis gelieferten Frühkartoffeln – das ist doch nicht wenig.

Der (in der vorangegangenen Folge geschilderte – RF) Heukauf von Biberau hat vielen die Augen geöffnet. Sicher zeigt auch die Tatsache Wirkung, daß es uns gelungen ist, die vielen Drecksecken im Dorf und in den LPG-Ställen zu beseitigen. Denn das Schlimmste, was zuvor die Menschen befallen hatte, war Lethargie. Damit sind wir zum Glück nahezu fertig geworden. Die Kulturen stehen eigentlich ganz gut, auch die Äcker sind im wesentlichen sauber. Das müßte man dem 1. Kreissekretär der Partei einmal zeigen, schießt es mir durch den Kopf. Der soll doch auch ein Erfolgserlebnis haben – nach seiner etwas düsteren Prognose, die ich im letzten November in seinem Weimarer Zimmer vor meiner Abfahrt nach Vippachedelhausen vernehmen mußte. Erst ein gutes halbes Jahr ist das her, und schon zeigen sich die Anfänge eines Wandels. So schlage ich der Parteileitung vor, Rolf Lüdecke einzuladen. Nach der Feldbesichtigung wollen wir ihm die Viehbestände vorführen.

Noch ein Wort zu unserer sich mausernden Technik. In diesem Jahr übernehmen wir sie von der MTS Buttstedt ganz in eigene Regie. Wir verfügen damit über vierzehn Traktoren, zwei Mähdrescher, zwei Silo-Kombines, eine Kartoffel-Kombi, eine Zuckerrüben-Kombi, Traktoren-Drillmaschinen, sieben Düngerstreuer, acht Traktoren-Pflüge, fünf Grubber und Kombinatoren sowie einen Mähler. Da unsere zwei Mähdrescher nicht ausreichen, borgen wir uns noch fünf bei den Nachbarn. Die Folge: Der Komplexeinsatz wird auf den Feldern der LPG „Vereinte Kraft“ geboren. Das Foto zeugt davon.

Eberhard Herr, Herzberg/Elster

Am 25. März vollendet unser vielseitig einsatzbereiter Mitstreiter

Heinrich Brendel

aus Berlin sein 65. Lebensjahr. Von Beruf Lokführer, trägt er seit Jahren als Verantwortlicher für den RF-Auslandsversand dazu bei, unsere Vertriebsmaschine verlässlich unter Dampf zu halten, um die Zeitschrift auf sicheren Gleisen ins Ziel zu steuern. Lieber Heiner! Wir gratulieren Dir von ganzem Herzen und danken Dir für Deine Treue zum „RotFuchs“!

Frische Antworten auf einen „väterlich-greisenhaften Vortrag“

Kluges aus Nicos Feder

Vor einiger Zeit erhielt ich eine E-Mail aus Wuppertal, die von Nico Jühe, der sich als junger Genosse und Student der Philosophie und Mathematik vorstellte, abgesandt worden war. Er wünschte mir „Lebensfreude und Kampfkraft für unsere gemeinsame Sache“.

Da ich die Korrespondenz mit glücklicherweise immer zahlreicher werdenden jungen und jüngeren RF-Lesern nicht auf die lange Bank zu schieben pflege, antwortete ich Nico umgehend und schrieb u. a.:

Lieber Nico,

Du hast mir mit Deinen Zeilen eine große Freude bereitet. Obwohl ich jetzt schon 80 bin, habe ich dennoch einen Nerv für andere Generationen behalten, wozu natürlich auch viele Kinder, Enkel und Urenkel einen Beitrag leisten. Es ist ungeheuer wichtig, daß Ihr, die Ihr die Zukunft noch vor Euch habt, diese nach Euren Vorstellungen, aber zugleich auch im Sinne der Arbeiterklasse gestaltet. Leider können wir Euch die Welt nicht so hinterlassen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Die europäischen sozialistischen Länder – und ich spreche hier in erster Linie von der DDR – sind ja bei all ihren großen Errungenschaften aufgrund eigener Schwächen, vor allem aber infolge heimtückischen Verrats seitens der letzten Führung der Sowjetunion, untergegangen. So wird es lange dauern, bis ein neuer Anlauf zur Überwindung des Kapitalismus in Europa möglich sein dürfte. In Deutschland wird dieser Prozeß sicher besonders kompliziert verlaufen. Auf der anderen Seite gibt es in der Geschichte, die man nicht antreiben kann, von der man sich aber auch nicht treiben lassen darf, plötzliche Wendungen. Um nur

ein Beispiel zu nennen: Mitte der 20er Jahre war die KPD nach der Niederlage der deutschen Novemberrevolution und dem Scheitern der Arbeiteraufstände in Hamburg und Mitteldeutschland keine besonders einflußreiche Kraft. In nur sieben Jahren wurde sie unter Ernst Thälmann mit 300 000 Mitgliedern und etwa 300 000 Angehörigen des paramilitärischen Rotfrontkämpferbundes zur stärksten kommunistischen Partei aller kapitalistischen Länder. Deshalb ließ das Kapital die Hitlerfaschisten von der Kette.

Natürlich wiederholt sich die Geschichte niemals in derselben Form. Aber man darf nicht aufgeben, sondern muß den Blick nach vorn richten.

Lieber Nico, entschuldige, daß ich Dir hier einen solchen „väterlich-greisenhaften“ Vortrag gehalten habe. Doch ich dachte mir, es freut Dich, wenn Du weißt, daß Ihr Jungen in uns Alten Vorläufer besitzt, die unter ganz anderen Verhältnissen, aber mit derselben Weltsicht für unsere gemeinsamen Ideale in den Kampf gezogen sind.

Ich wünsche Dir von Herzen alles Gute!

Dein Klaus Steiniger

Der angehende Philosoph und Mathematiker antwortete mir schon tags darauf:

Lieber Klaus,

hab herzlichen Dank für Deinen „väterlich-greisenhaften Vortrag“. Ihr alten Vorläufer seid für uns eine besondere Hilfe. Auch wenn es zunächst nicht den Anschein haben mag, wird unter uns jungen Genossen sehr heftig und mit Leidenschaft diskutiert. Da sind Eure Beiträge, in welchen Publikationen Ihr sie auch veröffentlicht, eine wichtige Diskussionsgrundlage. Seien es nun Deine Artikel, die von Kurt Gossweiler, von Horst Schneider oder anderen. Der „RotFuchs“ ist ein erbauliches Medium, wiewohl ich gestehen muß, daß mir der Meinungsstreit, das produktive Austauschen von Standpunkten, noch zu kurz kommt.

„Die Alten“ geben den Jungen ihre Erfahrungen weiter – nur so ist historische Entwicklung zu begreifen. Die edlen Maschinen sind jene, welche noch im hohen Alter ihre Funktionstüchtigkeit bewahren. Nein, lieber Klaus, bleib eine edle Maschine, die zwar nicht zwangsläufig Zugkraft, aber einen ungeheuren Erfahrungsschatz spenden kann.

Mir ist bei Deinen Ausführungen ein anderes Beispiel gegenwärtig: Man bedenke, wie gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Marxisten im russischen Zarenreich organisiert waren: in kleinen Zirkeln, teilweise mit nur fünf Mitgliedern. Und man sehe, wie ideologische Arbeit, konsequente Taktik in

progressiven wie regressiven Zeiten letztlich zu einer solchen Situation wie der im Oktober 1917 führten.

Die Frage nach unserer historischen Niederlage beschäftigt auch uns junge Genossen. Du schreibst von „heimtückischem Verrat“, der letztlich zur Niederlage führte. Man könnte rhetorisch fragen: Welche Stärke besitzt eigentlich ein System, bei dem bereits ein kleines Quantum Verräter ausreicht, um es zu fällen?

Im „RotFuchs“ wurde ja bereits viel darüber geschrieben. Es gab sehr lesenswerte Erfahrungsberichte über den Mißbrauch sozialistischer Ideale. Aber all das sind immer nur Erscheinungsbilder und Momentaufnahmen, die ihre Berechtigung haben. Sie verweisen indes auf ein übergeordnetes Problem, das sich durch die gesamte Geschichte des Sozialismus – von der Stalin-Zeit und der Übergangsphase zu Chruschtschow bis hin zu Gorbatschow – erstreckt. Ich benutze das Wort Problem hier bewußt im Singular, obwohl es sicherlich mehrere Probleme gewesen sein mögen. Doch der Philosoph ist bekanntlich immer auf der Suche nach dem einen Prinzip.

Das sind Gedanken, die mich so nebenbei beschäftigten. Derzeit studiere ich intensiv Heidegger und Whitehead, die mich weitestgehend in Anspruch nehmen. Die Universität Wuppertal hat einen philosophischen Schwerpunkt in Phänomenologie und Metaphysik, und es macht sich daher immer mal gut, wenn man sich zunächst mit der Arbeit der Fakultät beschäftigt.

Ich danke Dir nochmals für Deine Antwort und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Nico Jühe, Wuppertal

Am **4. März um 16.30 Uhr** spricht die erneut kandidierende Bundestagsabgeordnete **Martina Bunge** (Partei Die Linke) auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Güstrow** im Haus der Generationen, Weinbergstraße 28, zu dem Thema:

Die soziale Lage in der BRD bei besonderer Beachtung des Rentenrechts

Am **16. März um 10 Uhr** spricht **Prof. Dr. Ekkehard Lieberam**, Marxistisches Forum, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Chemnitz-Zwickau-Plauen** in Zwickau, Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, über das Thema

Arbeitende Klasse – Subjekt revolutionärer Veränderungen

Ein unwiederbringlicher Verlust hat unseren Genossen Dr. Ernst Heinz, langjähriger Vorsitzender der RF-Regionalgruppe Berlin und Vorstandsmitglied des RF-Fördervereins, betroffen. Am 30. Januar ist seine geliebte Lebens- und Kampfgefährtin

Helga Heinz

im 77. Lebensjahr plötzlich verstorben.

Wir drücken unserem Ernst in fester Verbundenheit, voller Wärme und Mitgefühl die Hand und sprechen auch allen anderen Angehörigen unser tiefempfundenen Beileid aus.

Zukunftsempfehlungen einer Chemnitzer Sparkasse

Löckchendreher auf der Glatze

Jeden Tag bringt mich eine riesige Werbung mitten in der Chemnitzer Innenstadt zum Grübeln. Der Text lautet: „Kind, denk an Deine Zukunft!“ Welche Kinder sind damit gemeint, und worüber sollen sie nachdenken?

Krampfhaft versuche ich mich zu erinnern, woran ich als Kind gedacht habe. Einen öffentlichen Appell, mir über die Zukunft Gedanken zu machen, gab es damals nicht. Ich hätte seiner auch nicht bedurft, denn meine Visionen drehten sich nur um eine Frage: Werde ich den Krieg überleben?

Anders als 30 (!) meiner Klassenkameraden blieb ich am Leben. Die neue Gesellschaftsordnung im Osten Deutschlands gab mir die Möglichkeit, die Zukunft aktiv mitzugestalten und die Sorgen der Vergangenheit hinter mir zu lassen.

45 Jahre lang mußte mich niemand auffordern, an meine Zukunft zu denken. Sie war in jeder Hinsicht gesichert.

Meine Tochter wuchs in einem sozialistisch orientierten deutschen Staat auf und hätte sich wohl arg gewundert, wenn sie öffentlich aufgefordert worden wäre, sie solle sich über das Morgen Gedanken machen. „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“ – die ersten Worte

unserer Hymne – sang sie begeistert mit. Im Unterschied zu mir hatte sie eine frohe, unbeschwerte Kindheit und eine Jugend ohne Sorge um einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Es mangelte nicht an Gesundheitsbetreuung, und bis 1990 war ihr Lebensstandard gesichert.

Auch meine Enkel konnten in Geborgenheit und ohne materielle Unwägbarkeiten aufwachsen.

Bleiben noch meine Urenkel, die sich im Kindesalter befinden und denen wohl der Aufruf der Chemnitzer Werbung gilt. Es ist keineswegs gesichert, daß deren Zukunft immer im Frieden verläuft. Ob sie durch ihre Arbeit ein ständiges Auskommen bis zu einer hohen Lebensstandard sichernden Rente haben werden, erscheint mir höchst zweifelhaft. Soll die Werbung solche Gedanken anregen?

Da sie am neuen Sparkassengebäude hängt, ist sie wohl für die Kinder der Hartz-IV-Empfänger gedacht. Sie will man damit ermuntern, jeden Cent zu sparen und mit einem Zinssatz von 1 % auch noch Boden gutzumachen.

Vielleicht gilt der Ruf aber eher besergestellten, ja wohlhabenden Eltern, für ihre Kinder rechtzeitig ein üppiges Sparbuch oder einen anderen Kapitalfonds anzulegen.



Collage: G. L.

In der DDR waren Aufforderungen dieser Art überflüssig. Ein garantierter Arbeitsplatz erlaubte es Eltern, für ihre Kinder in jeder Weise vorzusorgen. Leider ist die Zukunftsgewißheit von einst 1990 brutal zerstört worden.

Von den 150 Milliarden Mark, die DDR-Bürger auf den Sparkassen deponiert hatten, ist nicht viel übriggeblieben. Heute reicht der Durchschnittsverdienst Berufstätiger nur selten für Spareinlagen. In Sachsen liegt die offizielle Armutsquote bereits bei 19,5 %. Und die Lebenshaltungskosten steigen von Jahr zu Jahr. So erhöhten sich meine Ausgaben für Miete, Energie, Telefon, Fernsehen, Versicherung und Krankenkasse in den letzten 20 Jahren um 390 %.

Zugleich sinken die Rentenzahlungen – sieht man von wahltaktischen Manövern in diesem Jahr ab – stetig. Erhielten die Neurentner in Sachsen im Jahre 2000 durchschnittlich 953 Euro, so waren es 2011 nur noch 826. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat festgestellt, daß das Einkommen von Jahr zu Jahr

zurückgeht. Die schlechter gestellte Hälfte der Bevölkerung hat am Nettovermögen in der BRD keinen Anteil mehr, ihre Verschuldung nimmt ständig zu. Eine Chemnitzer Zeitung schrieb,

Überschuldung sei der aktuelle Trend bei jungen Leuten.

Mehr als 100 000 sächsische Kinder müssen Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Das ist ein Fünftel aller, wobei Chemnitz sogar auf 26 % kommt. 35 000 Kinder bis 12 benötigen Unterhaltsvorschüsse, 60 % der Alleinerziehenden im Freistaat – 40 314 Personen – leben von Arbeitslosengeld II.

Diese Entwicklung macht wohl verständlich, warum die Sparkasse mit so großem Aufwand neue Anleger sucht und auf die Fürsorgepflicht der Eltern hinweist. Es gibt ja keinen Staat mehr, der sich wie die DDR um Kinder kümmert. Die Ausgaben für „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, Nazis beschützende Geheimdienste, Inquisitionsbehörden nach dem Muster Gauck-Birthler-Jahn, die Bankenrettung und immer höhere Abgeordnetendiäten lassen da keinen Spielraum.

So sind Zweifel anzumelden, ob die Sparkasse mit ihrer Superwerbung Erfolg haben und sich der Aufwand lohnen wird.

Werner Feigel, Chemnitz

Am 16. März um 10 Uhr spricht der stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins **Wolfgang Dockhorn** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Schwerin** im Gebäude Max-Planck-Straße 9 A, über das Thema

Wie unterstützt der „RotFuchs“ das Einheitsstreben der Linkskräfte?

Selten

ist in der Bundesrepublik Arbeit, die Arbeit ist, menschenwürdig bezahlt. Seltener beides:

Arbeit mit heller Qualität des Wortes und ohne Qual durch schein-demokratisches Laster des Mobbing

Jürgen Riedel, Minden

Rundfunkgebühren jetzt auch fürs Nichthören und Nichtsehen Abzocken um jeden Preis

Seit Januar ist eine neue Rundfunkgebührenordnung für die staatliche Unterhaltungs- und Propaganda-Industrie von ARD und ZDF in Kraft. Sie funktioniert nach dem Prinzip: Eine Wohnung – eine Gebühr. Was einfach und gerecht zu sein scheint, ist trügerisch. Die volle Gebühr ist nämlich auch dann zu entrichten, wenn sich in einer Wohnung überhaupt kein Radio oder Fernsehgerät befindet. Besitzt jemand nur einen Rundfunkempfänger, so steigt die Gebühr um 200%, weil der Betreffende sie auch für ein gar nicht vorhandenes FS-Gerät mit bezahlen muß. Hat jemand nur ein FS-Gerät, zahlt er die Gebühr für ein Radio mit, obwohl er über keines verfügt. Einzig für jene, welche sowohl ein Radio als auch ein FS-Gerät angemeldet haben, ändert sich nichts. Wer aber viele FS-Geräte und etliche Radios in seiner Wohnung nutzt, der wird begünstigt. Er zahlt künftig nur so viel, wie jemand, der weder Radio hören noch fernsehen will. Mit welchem Eifer oder auch krimineller Energie die Verantwortlichen gehandelt haben, erweist sich daraus, daß selbst Lauben und Datschen ab einer Nutzfläche von 24 m² mit einer Gebühr von 215,76 Euro im Jahr besteuert werden, auch wenn sich dort weder ein Radio noch ein TV-Gerät befindet und das Häuschen nur im Sommer genutzt wird.

Aus offensichtlich wahltaktischen Gründen soll, wie Pressemeldungen zu entnehmen war, 2013 noch von einer solchen Steuer abgesehen werden, was den Beschluß nicht aufhebt. Der Verband Deutscher Grundstücksnutzer, der bereits zwei Verfassungsbeschwerden gegen den neuen Rundfunkstaatsvertrag eingereicht hat,

schätzt, daß von der Regelung in Ostdeutschland etwa 250 000 Lauben- und Datschenbesitzer betroffen sein werden, da DDR-Wochenendhäuser bis zu einer Grundfläche von 40 m² gebaut werden durften. All das bezeichnet der Intendant des Deutschlandfunks, Herr Dr. Steul, als „gerecht“ und „solidarisch“, obwohl es gegen das Recht, eine nicht gewollte Leistung kündigen zu können, ebenso wie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt: Die Benachteiligten zahlen für die Begünstigten die Gebühren mit. Gerecht dagegen ist die bisher gültig gewesene Gebührenordnung. Ebenso gerecht wäre ein Bezahlfernsehen und eine Bezahlschranke für die Angebote im Internet. Beide Gebührenmodelle garantieren das Recht auf Selbstbestimmung. Sie sind klar und übersichtlich. Jeder zahlt für die Leistung, die er nutzt. Das Kündigungsrecht für eine nichtgewollte Leistung bliebe erhalten. Und die staatlichen Medien bekämen die Gebühren, die ihnen tatsächlich zustehen. Doch soziale Gerechtigkeit ist in diesem Staat nicht gewollt.

Wenn Herr Dr. Steul in seinem Beitrag zum Novemberheft der Publikation seines Senders bedauernd schreibt: „Der Wermutstropfen: Wer derzeit nur ein Radiogerät angemeldet hat, ... , muß den vollen Beitrag zahlen“, dann handelt es sich um Krokodilstränen. Denn glaubt man der DLF-Nachrichtenredaktion, so war es gerade Dr. Steul, der den Verfassungsrechtler Prof. Kirchhof zu prüfen beauftragte, unter welchen Bedingungen eine verfassungskonforme Haushaltsabgabe durchzusetzen ist. Als Mitinitiator und Mitgestalter der Haushaltsabgabe ab 2013 hatte Herr Dr. Steul die Möglichkeit, sich gegen die einseitige

Belastung der Rundfunkhörer zu wenden. Aber eben das hat er meines Wissens nicht getan. „Millionen Menschen werden deutlich entlastet“, will Dr. Steul den Rundfunkbeitrag „solidarisch“ erscheinen lassen. Richtig: Millionen Besserverdienende, die mehr als ein FS-Gerät besitzen, sind begünstigt, aber Millionen sozial Schwache (Einkommens-Haushalte, Geringverdienende, Rentner) die ohne Geräte mit ihrem Geld gerade so auskommen, zahlen die Zeche für die Begüterten. Das wird verschwiegen. Wer sich über das Zustandekommen der Haushaltsabgabe und das Abstimmungsverhalten der Länderparlamente informieren will, wird ein Musterbeispiel vorfinden, wie mit Hilfe scheinbar rechtstaatlicher Mittel zum Nachteil sozial Schwacher Unrecht geschaffen wurde.

Als in einer der tagespolitischen Sendungen des DLF die Frage auftauchte: „Werden die Politiker der Vorlage des Rundfunkrates für die Haushaltsabgabe zustimmen?“, lautete die Antwort: „Ja.“ Und weiter: „Schließlich wollen doch alle Politiker von den Medien gut behandelt werden.“ Wie mannhaft sich der rheinland-pfälzische Ex-Regierungschef Kurt Beck (SPD) bei dem Treffen der Ministerpräsidenten in Berlin für die Interessen des Volkes eingesetzt hat, war am 10. Juni 2010 in der „Berliner Zeitung“ zu lesen. Dort stand: „Man zahlt seinen Abwasseranschluß und seine Müllgebühren ja auch dann, wenn man das alles nicht nutzt.“ Wie vor Jahrhunderten bestimmen die Reichen über die Armen. Es hat sich nichts geändert – bis auf die Technik. Sie schreitet voran, und die Machthaber verlangen in ihrem Namen immer neue Opfer.

H.-J. Schmidt, Berlin

Über Schafherden-Instinkte

Oft fragen wir uns, wie können die Massen nur den größten Unfug glauben, wie funktioniert der Krieg gegen die Köpfe? Die Antwort ist erstaunlich alt.

Gehirnwäsche zeigt Wirkung, weil Denken anstrengt. Schon 1895 schrieb Le Bon in „Psychologie der Massen“: „Die reine, einfache Behauptung ohne Begründung und ohne jeden Beweis ist ein sicheres Mittel, um der Massenseele eine Idee einzuflößen. Je bestimmter die Behauptung, je freier sie von Beweisen und Belegen ist, desto mehr Ehrfurcht erweckt sie.“

Die Behauptung hat aber nur dann wirklichen Einfluß, wenn sie ständig wiederholt wird, und zwar möglichst mit denselben Ausdrücken. Das Wiederholte festigt sich so sehr in den Köpfen, daß es schließlich als eine bewiesene Wahrheit angenommen wird. Es setzt sich am Ende in den tiefen Bereichen des Unterbewußten fest, in denen die Ursachen unserer Handlungen verarbeitet werden. Nach einiger Zeit,

wenn wir vergessen haben, wer der Urheber der wiederholten Behauptung ist, glauben wir schließlich daran. Lesen wir täglich in derselben Zeitung, A sei ein ausgemachter Schuft und B ein Ehrenmann, so werden wir schließlich davon überzeugt.

Unter den Massen übertragen sich Ideen, Gefühle, Erregungen und Glaubenslehren mit ebenso starker Ansteckungskraft wie Mikroben. Diese Erscheinung beobachtet man auch bei Tieren, wenn sie in Scharen zusammen sind. Ein Schreck, die wirre Bewegung einiger Schafe greift bald auf die gesamte Herde über. Wie die Tiere ist der Mensch von Natur ein nachahmendes Wesen. Nachahmung ist ihm Bedürfnis, doch wohlgerne unter der Bedingung, daß sie leicht ist. Aus diesem Bedürfnis wird die Macht der Mode geboren. Mag es sich um Meinungen, Ideen, literarische Äußerungen oder einfach um die Kleidung handeln, wie viele wagen es, sich ihrer Herrschaft zu entziehen? Nicht mit

Beweisgründen, sondern durch Vorbilder leitet man die Massen. ... Deshalb haben Menschen, die ihrer Zeit zu sehr überlegen sind, keinerlei Einfluß. Der Abstand ist zu groß.“

Wie es scheint, hat nicht nur Goebbels das Buch studiert. Auch die aktuellen Meinungsmacher scheinen es gelesen zu haben.

Gefunden und kurz kommentiert von Horst Neumann

Am 9. März um 10 Uhr spricht der bekannte Journalist **Siegfried Krebs** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Weimar-Erfurt** in der Gaststätte der Kleingartenanlage „Dahlie“ in Erfurt, Roßlauer Straße 1 (Nähe Eugen-Richter-Straße), über das Thema

Rolle und Funktion der Massenmedien in der BRD

Unter dem Banner von Noske, Schumacher und Steinbrück

Eine Beerdigung erster Klasse

Lenin hat zu Beginn seines politischen Wirkens die Feststellung getroffen: „Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält wie einer, der sich an nichts erinnert, der kann kein klassenbewußter Arbeiter sein.“ (LW, Bd. 20, S. 278) Wenn ich heutige SPD-Obere im Fernsehen erlebe oder von deren Gedankengängen durch die Presse erfahre, stellt sich mir die Frage, ob sie Wesentliches aus der Geschichte ihrer eigenen Partei jemals vernommen haben. Mir scheint, daß solche SPD-Politiker gar nicht wissen, „wie die Alten gesungen“, welche Tonlagen den sozialdemokratischen Chor einst bestimmt haben. Sie haben keine Ahnung von der bahnbrechenden Leistung solcher Wegbereiter der Sozialdemokratie wie Wilhelm Liebknecht und August Bebel, ganz abgesehen vom Denken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Marx und Engels. Das politische Sündenregister der Kautsky, Bernstein, Ebert, Scheidemann, Noske und Zörgiebel wird entweder ignoriert oder geschönt.

Die Auffassungen und das Handeln der Führer sind stets davon abhängig, ob und wie sie es verstehen, historische Abläufe politisch exakt einzuordnen, welchen Klassenstandpunkt sie zu den geschichtlichen Ereignissen beziehen. Marx, Engels und Lenin sowie andere Marxisten hätten wohl niemals jenen Einfluß auf den Lauf der Dinge nehmen können, wenn sie nicht immer von den Interessen der proletarischen Massen ausgegangen wären.

Die SPD war einst eine Partei, die dem kaiserlich-kapitalistischen Klassenstaat Paroli zu bieten vermochte. Für sie galt Bebels Motto: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“ Doch an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert verlor sie mehr und mehr ihren revolutionären Biß. Die Entwicklung zum Imperialismus wurde von ihr völlig falsch eingeschätzt. Ihre Ideologen und Ökonomen betrachteten die imperialistischen Monopole bereits als etwas fast Sozialistisches. Der Revisionismus gewann die Oberhand. Lenin setzte sich später in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ mit Ideologen vom Schlage Bernsteins auseinander. Durch die Herausarbeitung der Merkmale des Imperialismus bewies er den Fäulnisgrad des Kapitalismus, der die Frage einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zwingend auf die Tagesordnung setzte.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges handelte die SPD-Führung ganz im Sinne ihres falschen Imperialismus-Bildes: Sie folgte getreulich der Vereinnahmungsfloskel Wilhelms II., der erklärt hatte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Die SPD ergänzte diese nationalistische Phrase durch ihre eigene: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das

Vaterland nicht im Stich.“ So bewilligte sie – mit der rühmlichen Ausnahme Karl Liebknechts – im Reichstag die Kriegskredite. Die revolutionäre Arbeiterschaft und die mit neuen Einsichten zurückgekehrten Frontsoldaten bereiteten dem Kaiserreich 1918 dann ein jähes Ende. Die deutsche Novemberrevolution hätte zur Zerschlagung des Imperialismus führen können, doch die SPD-Spitze rettete die Herrschaft der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Sie verhinderte eine deutsche Räterepublik und kanalisierte die Revolution in die Bahnen der bürgerlich-imperialisti-



schen Weimarer Republik. Die Novemberrevolution wurde mit entscheidender Hilfe der SPD-Führer niedergeschlagen. Dabei spielte Gustav Noske eine besonders schändliche Rolle. Im Rat der Volksbeauftragten für Wehrfragen zuständig, war er an der Aufstellung der konterrevolutionären Freikorps maßgeblich beteiligt. Mit den Worten „Einer muß der Bluthund werden“ übernahm er am 6. Januar 1919 den Oberbefehl über die weiße Soldateska. Diese richtete ein Massaker unter Berliner Arbeitern an. Zu ihren ersten Opfern zählten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Diese Entwicklung setzte sich in der Weimarer Republik fort. Schon ihr Gründungsort war Ausdruck der Angst deutscher Reaktionäre vor dem Berliner Proletariat. Im März 1920 spielte die SPD-Zentrale bei der Niederwerfung des Generalstreiks der Ruhrbergleute ebenso eine maßgebliche Rolle wie bei der Zerschlagung des miteldeutschen Arbeiteraufstandes. Dabei taten sich der preußische Innenminister Severing und der sächsische Oberpräsident Hörsing nicht weniger unrühmlich hervor als Reichspräsident Friedrich Ebert – alle SPD.

Die extrem antikommunistische Haltung der rechten SPD-Führer war besonders folgenschwer, als es darum ging, eine Auslieferung der Macht an Hitlers Faschisten zu verhindern. Alle Angebote der KPD

zur Aktionseinheit erhielten von ihnen eine Abfuhr. Sie verziehen den Kommunisten nicht, daß sie von ihnen als „Steigbügelhalter des Kapitalismus“ bezeichnet worden waren. Auch die von der KPD ausgegebene Orientierung auf ein „Sowjet-Deutschland“ benutzte die SPD-Zentrale als Vorwand zur Verweigerung des Zusammengehens, obwohl die KPD diese Losung zurücknahm. Während die Kommunisten in vorderster Front gegen die faschistische Machteroberung kämpften, gab die SPD-Spitze die verräterische Parole aus, Hitler müsse „sich abwirtschaften“.

Zwei durch den deutschen Imperialismus im 20. Jahrhundert vom Zaun gebrochene Weltkriege haben mehr als 50 Millionen Menschen – darunter nahezu 10 Millionen Bürger des eigenen Landes – das Leben gekostet. Die Beseitigung jener Kräfte, die für dieses gigantische Verbrechen verantwortlich zeichneten, stand auf der Tagesordnung der Geschichte. Dieses Ziel wurde durch die Sieger im Potsdamer Abkommen festgeschrieben. Die Gründung der BRD und deren weitere imperialistische Entwicklung waren ein Affront dagegen, die Gründung der DDR mit ihrer konsequent antifaschistisch-demokratischen Entwicklung indes deren totale Bejahung. Die Voraussetzung für diese historisch überfällige Tat war die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, die im April 1946 im Osten Wirklichkeit wurde.

Die SPD, deren Schumacher-Flügel im Westen alles unternahm, um einem solchen Zusammenschluß den Weg zu verlegen, hat geschichtlich versagt. Mit Steinbrücks Nominierung wurde auch die letzte Hoffnung ihrer Wähler auf einen Wechsel beerdigt.

Dr. Rudolf Dix



Der Menschen Feind (Teil 5)

Polemischer Essay über einen weichgeklopften spanischen Literaten und einen knallharten deutschen Kommunistenhasser

Wir setzen mit dieser Folge den Vorabdruck der literarischen Wortmeldung des Schriftstellers Rudi W. Berger fort. Er polemisiert darin gegen das Buch Jorge Semprun „Was für ein schöner Sonntag“ und eine Gauck-Rede, die dessen Titel aufgriff.

Was für ein schöner Sonntag“ ... Aber mir ist, als wiederhole sich Geschichte, und ER als notorischer Verneiner des Kommunismus, der ihn gar mit dem Faschismus gleichstellt, verkörpert einen Prototyp wie ihn Thomas Mann skizzierte: „Wer auf dieser Gleichstellung verharret, mag sich als Demokrat vorkommen, in Wahrheit und im Herzensgrund ist er damit bereits Faschist und wird mit Sicherheit den Faschismus nur unaufrichtig und zum Schein, mit vollem Haß aber allein den Kommunismus bekämpfen.“ Für diese Bosheit kann er natürlich nichts. Beide Eltern waren als „alte Kämpfer“ treue Gefolgsleute des Führers, der Vater diente als Offizier in der faschistischen Kriegsmarine. Sowjetische Militärgerichte verurteilten ihn zweimal und schickten ihn zur Verbüßung der Haft nach Sibirien. Bedauert ER ihn? Kann ER nicht ertragen, daß der Iwan den unschlagbaren Siegfried in Gestalt des Vaters bezwang? Wenn ER Jorge Semprun über alle Maßen schätzt, dann weiß ER auch vom Mythos des 20. Jahrhunderts und seinem Leichengeruch. Drückt ihn ein ödipaler Komplex, wonach ER diese Rosenbergsche Legende aus innerem Zwang weiterführen muß? Wäre ER vom Verbrechen und den gravierenden Folgen dieser „Religion des Blutes“ überzeugt und ein Mann von Charakter, würde ER sich auch im Namen seines Vaters für die Abermillionen nicht nur sowjetischer Kriegstoter entschuldigen wie Willy Brandt vor dem Mal für die toten Kämpfer des Warschauer Ghettos. Ihm aber bedeutet dessen Kniefall am Abgrund deutscher Geschichte nichts, denn ER rechnet noch immer mit denen des größten Opfermutes ab, die für den Sieg über den Faschismus starben, auf deren Kosten das heutige Europa, wir alle und damit auch ER leben – in Freiheit. Jenem Begriff für einen Idealzustand, der ihm zu jeder Gelegenheit von der Zunge purzelt. Freiheit, die ich meine. Wer sie vermißt, verkrüppelt und wird krank. Doch jegliche Freiheit unterliegt Einschränkungen. Entscheidend ist, „ob die Beschränkung primär einer anderen Person oder einer Institution dient oder ob sie autonomen Charakter hat – das heißt, ob sie aus den Notwendigkeiten des Wachstums resultiert, die der Struktur der Persönlichkeit inhärent sind.“ (Erich Fromm)

Nach meiner Auslegung: Wenn die Freiheitsforderungen der objektiven Notwendigkeit und nicht subjektiven Wünschen

entsprechen. Das zu erkennen, ist sein Problem, dank seiner beschränkten Wahrnehmung, die ihm sein Defekt beschert. ER empfindet ihn aber nicht störend, denn andere wiegen ihn in Sicherheit. Mehr noch. Sein Defekt wird von ihnen zur Moral erhoben, selbst wenn ER als Egoist auf Gewinn und Karriere aus ist. Solche wie ER gelten nicht „als „wahnsinnig, weil sie lästig zu sein pflegen und für hassenswert erachtet werden“. Erich Fromm konstatiert auch, daß der narzißtische Mensch nicht durch eigene Leistung zu einem Gefühl der Sicherheit gelange, sondern durch seine völlig subjektive Annahme von der eigenen Vollkommenheit gegenüber anderen. Schwere Defekte im Urteilsvermögen und der Fähigkeit zur Objektivität seien deshalb die Folge. Auch ER ist darin gehemmt. Sein Vater war von jenen Arten des Wahnsinns, die Fromm beschreibt, sonst wäre er nicht dieser beschuldigte und abgeurteilte Offizier geworden, doch ER begreift weder dessen Schicksal noch die versäumte Chance, in der DDR als Sozialist und aktiver Christ wirken zu können. ER empfindet wohl ähnlich wie der Vater, wenn er für die Besetzung Afghanistans wirbt und wieder für Deutschland sterben lassen will. Ich gönne wenigen Menschen Ungutes. Ihm aber wünsche ich für sein lebensgefährliches Geschwätz nur einen einzigen Tag im „Hürtgenwald“, damit ER in seinem väterländischen Trieb mit bestem Beispiel vorgehe.

Ein Pfarrer H. lobte mich als Konfirmand vor meiner Mutter als einen künftig guten Christen. Er ist als Feldgeistlicher gefallen. Ich erinnere mich mit Respekt an ihn, seines Glauben wegen, den er nicht nur predigte. ER aber sollte einmal in den Spiegel schauen, auch wenn ich befürchte, ER sieht nichts als Wunden, die jene Unpersonen ihm in seiner narzißtischen Freiheit zugefügt hätten. Es wäre aber besser, ER erinnere sich an den Grundzug ihrer neuen Gesellschaft, an die Freiheit der Gemeinsamkeit, die ER auf seine Art schnitt und zugleich ausnutzte. Vielleicht erkennt ER in einem lichten Moment ihren unersetzlichen Wert und die schauernde Realität weltweiter Krankheit, die sie bedroht. Krieg ist nichts anderes als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln (Clausewitz), getrieben von der instrumentalisierten Aggression der militärischen und politischen Eliten. Anzahl und Intensität steigen mit der wachsenden technischen Zivilisation Jahrhundert um Jahrhundert. Alles was dazwischenliegt, Hunger und Not, Revolutionen, Konterrevolutionen, Aufstände und blutige Eliminierung, Kampfeswille, Feigheit und Verrat kommen oder resultieren in Folge aus der Kloake jener Freiheit, der ER frönt, auch die gigantischen Menschheitsverbrechen, die er allein

dem Kommunismus anrechnet. Die Welt taumelt. Sie lehrt ihn, wie unfrei ER in seiner Abkehrung ist und was dagegen zu tun wäre, ihm aber entgeht. ER kann sich in seiner Ohnmacht nicht mehr ausstehen. ER tritt die Flucht nach vorne an und ergibt sich „einer (nicht defensiven) Destruktivität und mit dem sadistischen Wunsch vermischt, die anderen zu beherrschen, statt selber beherrscht zu werden“. (Fromm) ER ist der leutseligste und höflichste Zeitgenosse. Doch ihn reizt alles, was gegen ihn gerichtet zu sein scheint. Diese Verklebung, mit jenem Defekt gepaart, ist die Triebkraft nicht eines Besonnenen, sondern eines Hassers auf der Retourkutsche: Rache für den Vater. Rache für dessen Niederlage, Rache eines weltfremden bigotten Siegers. Dafür lebt ER und macht sich zum eigenen Feind. Selbst seine versteckte Kriegsliebe und der Drang, die Jugend für seine subjektive, aber patriotisch verbrämte Freiheit sterben zu lassen, kommen von keiner anderen Quelle. Aus diesem schier infantilen Trotz heraus diskriminiert, spaltet und polarisiert ER, fälscht, verkehrt und entsorgt Geschichte. In Unreife ehrgeizig und karrieristisch, lebt ER die Persönlichkeitsstruktur des Vaters. Der Haß frißt ihn auf. ER muß nur acht geben, zur nächsten Wende nicht wieder mit seinen Wahrnehmungen in Clinch zu geraten.

ER kommt seinen Geistesverwandten wie gerufen. Selber ein armseliger Geist, der aus dem Vertrauen anderer heraus triumphiert, sie aber täuscht und um ihre Zukunft prellt. Und noch armseliger sind jene, die ihn hofieren, indem sie ihn wählen.

Rudi W. Berger

Leicht gekürzter exklusiver Vorabdruck aus „Dran, dran, solange ihr Tag habt“, Schlachtfeld Literatur, Schlachtfeld Deutschland. Essayistische Diskurse

Am 5. März um 14 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Bitterfeld-Wolfen** im Kulturhaus Wolfen, Puschkinplatz 3, über das Thema

In der Geschichte und in der Verantwortung stehen!

Am 15. März um 16.30 Uhr präsentiert Konstantin Brandt auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Berlin** im ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz (Nähe Ostbahnhof) sein

Kleines Schwarzbuch der Sozialdemokratie

Wie das Kuba von Fidel, Che und Raúl die Frauenbefreiung vollzog Eine Revolution in der Revolution

Bis zum Sieg der Revolution gehörten die Kubanerinnen zu den am meisten diskriminierten und erniedrigten Frauen Lateinamerikas. Nicht nur die koloniale Unterdrückung, sondern auch der tiefverwurzelte Machismo – die angebliche und im Alltag brutal durchgesetzte Überlegenheit des Mannes – hatte den Habi-

Role. Vilma Espín wurde beauftragt, jene Frauen zu organisieren, welche bewußt an revolutionären Veränderungen teilnehmen wollten. Bereits am 23. August 1960 erfolgte die Gründung des Kubanischen Frauenbundes (FMC).

Als es im April 1961 galt, die aus Exilkubanern bestehenden und von der CIA

Aufgaben, deren Bewältigung man ihnen früher nicht zugetraut hätte: Sie lenken Lastkraftwagen und Busse, sind Werkdirektoren, Piloten, Spitzensportler, Seeleute und hochqualifizierte Wissenschaftler. Dabei liegt das Erreichte unter den offiziellen Vorgaben. Ohne Zweifel spielt dabei der noch immer nicht überwundene latein-



Ohne die Frauen – unsere Bilder zeigen Angehörige der Volksmilizen, eine junge Mutter, eine Ärztin und eine Metallarbeiterin – wäre Kubas Revolution undenkbar.

tus der Gesellschaft geprägt. Noch 1953 – sechs Jahre vor dem triumphalen Einzug der „Barbudos“ um Fidel Castro und Che Guevara in Havanna – hatte die Volkszählung ein erschreckendes Bild vermittelt: Nur 13,7% der Frauen waren außer Haus beschäftigt, mehr als ein Viertel davon – insgesamt 70 000 – als Dienstmädchen vermöglicher Leute. Viele der mehrheitlich dunkelhäutigen Proletarierinnen schufteten für einen Pfenniglohn, nicht wenige nur für Kost und Logis. 83% der Frauen, die einer Tätigkeit nachgingen, übten diese weniger als zehn Wochen im Jahr aus. Nur 14% galten als ganzjährig beschäftigt. Die Türen für Leitungsämter waren ihnen generell verschlossen. Nur ein Geschäft, in dem Frauen gezwungenermaßen dominierten, blühte auf Kuba: die Prostitution. Havanna galt als Bordell der Vereinigten Staaten.

Erst nach dem 1. Januar 1959 kam es zu umwälzenden Veränderungen. Doch schon zuvor hatten sich Frauen wie Haydée Santamaria, Melba Hernandez, Célia Sánchez und Vilma Espín in den Reihen der Fidelistas profiliert. Sie spielten auch nach dem Sieg der Revolution eine herausragende

gelenkten Söldnerbanden, die an der Schweinebucht gelandet waren, sowie deren Anhang im Lande zu bekämpfen, wurden Volksmilizen aufgestellt. Tausende Kubanerinnen traten speziellen Fraueneinheiten – oftmals gegen den Willen ihrer Eltern oder Ehemänner – bei. Etwa zur gleichen Zeit beteiligten sich zahlreiche Frauen an der grandiosen Kampagne zur Alphabetisierung des schreib- und leseunkundigen Teils der Bevölkerung. Bald wurden in Kuba die „Schulen Ana Betancourt“ ins Leben gerufen, an denen Mädchen aus entlegenen Orten lernen konnten. Überdies richtete der kubanische Staat spezielle Institute zur Ausbildung von Erzieherinnen in Kindertagesstätten und Lehrerinnen allgemeinbildender Schulen ein.

Am 9. Dezember 1966 bilanzierte Fidel Castro das auf diesem Gebiet bis dahin Erreichte: „Das Phänomen der Frauen in der Revolution ist eine Revolution innerhalb der Revolution. Wenn man uns fragen würde, was das Revolutionärste ist, würden wir antworten: die Revolution, die sich in den Frauen unseres Landes vollzieht.“ Heute lösen in Kuba Frauen all jene

amerikanische Machismo, der hier und dort zu Diskriminierungen führt, eine das Gesamtergebnis schmälernde Rolle. Doch das Resultat ist verblüffend genug: Nach Angaben des Nationalen Statistikkamtes vom Jahresende 2011 stellten Frauen 62,8% der Hoch- und 35,6% der Fachschul-Absolventen. 43,3% der Mitglieder der Nationalversammlung der Volksmacht und 28% der Minister, 46,7% aller im staatlichen Sektor Tätigen und 40% der Führungskräfte.

Welche Rolle die Kubanerinnen seit Jahrzehnten im Gesundheitswesen spielen, ist international bekannt. Auch die Entsendung von Alphabetisierern in Staaten Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und Ozeaniens gehört zu den Ruhmesblättern der kubanischen Revolution, die ohne die Frauen so wohl kaum stattgefunden hätte. Daß die Kubanerinnen trotz aller von ihnen übernommenen Verpflichtungen auch zärtliche Mütter, liebevolle Lebenspartnerinnen und geschickte Hausfrauen sind, vervollständigt das Bild.

RF, gestützt auf „Granma Internacional“, Havanna

An ihren Außengrenzen läßt die EU täglich Hungerflüchtlinge ertrinken

Frontex kennt keine Gnade

Im Oktober 2012 ereignete sich vor den Küsten Gibraltars eine Tragödie, die in den „freien“ und „unabhängigen“ Medien der BRD kaum einen Widerhall fand: Ein völlig überladenes Boot mit etwa 70 Flüchtlingen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder aus west- und zentralafrikanischen Staaten, war in akute Seenot geraten. Erst nach bangen Stunden und verzweifelten Hilferufen über Funk leitete der spanische Salvamento Marítimo der Guardia Civil eine Rettungsaktion ein, an der auch zwei marokkanische Patrouillenschiffe beteiligt waren. Sie nahm mehrere Tage in Anspruch. Nur 17 Personen konnten lebend geborgen werden. Marokko, wohin die Geretteten abgeschoben wurden, schickte sie sofort in ihre Herkunftsländer zurück. Doch die eigentliche Schandtat trug sich etliche Stunden vor der Bergungsaktion zu, als das Flüchtlingsboot bereits schwer in Seenot geraten war und man die ersten Toten beklagte. Zu jenem Zeitpunkt überflog



eine Maschine der Frontex mehrmals die schon im Kentern begriffene Bark, um Fotos zu machen. Deren Besatzung leitete weder eine Rettungsaktion ein noch reagierte sie auf die verzweifelten Winksignale der Schiffbrüchigen. Ja, sie meldete die Situation des Bootes nicht einmal der Küstenwache. Überlebende berichteten später, es habe sich um ein Flugzeug mit deutschem Kennzeichen gehandelt. Frontex ist die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Grenzen“. 2004 gegründet, bestehen ihre Aufgaben in der koordinierten Überwachung der EU-Außengrenzen sowie in der Heranbildung des Personals der Grenzschutzorgane in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten auf der Basis einheitlicher Standards. Vor allem geht es um die Überwachung von „Rückführungsaktionen“, also die Abschiebung von Flüchtlingen. Mit anderen Worten: Frontex soll der EU die Ärmsten der Armen vom Halse halten. Für diesen Zweck wurden mehrere Einsatzgebiete mit wohlklingenden Codewörtern aus der antiken Mythologie geschaffen. So heißt die Region des östlichen Mittelmeers z. B. Poseidon, während das westliche als Nautilus und die Zone zwischen der afrikanischen Küste und den Kanarischen Inseln als Hera gilt. Der Etat von Frontex ist seit 2004 ständig erhöht worden. Standen der Organisation zu Beginn nur „lächerliche“ 6,2 Millionen Euro zur Verfügung, so stieg der Etat bis 2011 auf 88 Millionen, anderen Quellen

zufolge sogar auf 112 Millionen. Zugleich wird technisch zugelegt. Neben Flugzeugen und Schiffen kommen an den Grenzen immer mehr Drohnen und andere elektronische Überwachungsgeräte zum Einsatz. Kaum beachtet wird, daß auf diese Weise – ganz nebenbei – eine neue „Mauer“ um Europa entsteht. Die Türkei errichtet mit dem Segen der EU einen „Grenzsicherungszaun“, um über Griechenland ein-

strömende Flüchtlinge fernzuhalten. Wie man sieht, nimmt die angeblich so weltfremde „westliche Wertegemeinschaft“ ihre Abschottung sehr ernst. Diese hat tödliche Folgen. So teilte Pro Asyl mit, im Jahre 2011 habe es an den Außengrenzen der EU 2000 Tote, darunter 1600 Bootsflüchtlinge, gegeben. Der Vorsitzende dieser Organisation bezeichnete das Mittelmeer als Massengrab. Statistische Angaben offiziellen Charakters über die Anzahl der Opfer gibt es nicht. So bleibt es Nichtregierungsorganisationen (NGOs) überlassen, deren tatsächliche Zahl zu ermitteln. Seit Anfang der 90er Jahre befaßt sich auch „Fortress Europe“ – eigene Studien und Presseberichte zu Rate ziehend – damit. Durch diese Zählmethode wurden zwischen 1988 und 2009 nicht weniger als 14 687 ums Leben gekommene Flüchtlinge ermittelt. Bis 2011 stieg deren Zahl sogar auf 17 738. Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen, da viele Leichen nie gefunden wurden. Immer wieder gibt es Berichte, daß total überladene und nur wenig seetaugliche Boote einfach ignoriert werden. Zahlreiche Menschen verdursten oder ertrinken. Es drängt sich der Verdacht auf, daß dieses massenhafte Sterben auf See gewollt ist, um weitere Immigranten abzuschrecken. Die für diesen Massenmord verantwortliche EU bekam den Friedensnobelpreis groteskerweise, weil sie über Jahrzehnte hinweg den Frieden in Europa gesichert haben soll. Doch die EU ist in Wirklichkeit

Kampfgebiet. Ihr Krieg richtet sich gegen Hungerige und dem Elend Entfliehende. Der Grund für deren Not aber ist die Gier jener, welche sich im Westen als „Leistungsträger“ und „Eliten“ feiern lassen. Es sind Finanzhaie wie Josef Ackermann, dessen Geburtstag Frau Merkel ohne Skrupel im Kanzleramt ausrichten ließ. Es ist reine Spiegelfechtereie, den angeblich vereinten Kontinent zu feiern, dessen

kombinierte Grenzorgane Angehörige anderer Völker eiskalt sterben lassen. Während die Gemeinschaft des „europäischen Hauses“, dessen Schlüssel sich in bundesdeutschen Händen befinden, ihren vermeintlichen Zusammenhalt im Partykeller feiert, erfriert zur selben Stunde vor der fest verschlossenen Eingangstür ein Obdachloser. Die Bundeskanzlerin genießt es, sich in andere Länder zu begeben, um dort in ihrer penetrant besserwisserischen Art Demokratie und Menschenrechte einzufordern. Warum spricht sie nicht über die Toten im Mittelmeer, die sie auch durch

ihr Schweigen auf dem Gewissen hat? Jahr für Jahr werden im August die sattsam bekannten Horrorgeschichten über die „Berliner Mauer“ neu aufgelegt. Ich bedaure sehr, daß es dort Tote gegeben hat. Doch vermeintliche Bürgerrechtler, ein Großinquisitor a. D. und eine Templiner Pfarrerstochter, die zu den Toten an den Frontex-Grenzen schweigen, sollten keine Krokodilstränen über Peter Fechter und andere vergießen.

Die auf der Flucht Ertrunkenen sind vom Kapitalismus umgebracht worden. Es ist schlimm, daß diese Tragödie von gigantischem Ausmaß bisher kaum ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist. Doch wer gegen den Krieg in Afghanistan ist, darf den Krieg gegen die Hungerflüchtlinge nicht außer acht lassen. Auch die hilflos im Meer vor Gibraltar, Lampedusa und Malta Treibenden brauchen unseren Aufschrei!

Ulrich Guhl

Am 21. März um 14 Uhr spricht der Buchautor **Werner Kropf** (Wernigerode) auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Magdeburg** im Kulturraum auf dem Gelände der Autowerkstatt Opitz in der Kühleweinstr. 1 über das Thema

Umbrüche in arabischen Ländern

21 von 52 Mandatsträgern der Partei der Arbeit sind Frauen

Zohra Othman – Belgiens erste PTB-Stadträtin

Trotz der erst kurze Zeit zurückliegenden schweren Niederlage des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung in Europa gibt es inzwischen hier und dort wieder Signale einer gewissen Renaissance konsequenter Linkskräfte. Besonders spektakulär ist in diesem Zusammenhang das beeindruckende Abschneiden der noch jungen, aber rasch an Einfluß gewinnenden Partei der Arbeit Belgiens bei den jüngsten Provinzial- und Distriktwahlen. Wie wir bereits berichteten, gewann die Liste PTB+ insgesamt 52 Abgeordnetenmandate, von denen 21 an Frauen gingen. Die Wähler honorierten das konsequente Auftreten dieser durchaus im marxistischen Sinne zielklaren, ihrem Erscheinungsbild nach zugleich sehr modernen Partei.

Zohra Othman, die 1971 als Dreijährige mit ihren Eltern aus Marokko eingewandert war, wurde in Borgerhout – dem am dichtesten besiedelten Stadtbezirk der flämischen Metropole Antwerpen – zur Stadträtin gewählt. Dort übt in den nächsten sechs Jahren eine linke Koalition die Exekutivgewalt aus. Zu ihr gehören Kommunalpolitiker der Sozialistischen Partei, der Grünen und der PTB, die einen Stimmenanteil von 17,1 % erringen konnte. Zum Erfolg der belgischen Kommunisten und ihnen Nahestehender trug deren klare Kampfansage an die in Antwerpen dominierende ausländerfeindliche N-VA bei, die sich immer stärker mit den Faschisten des Vlaamse Belang verbindet und deren Führer Bart De Wever Bürgermeister ist.

Am 6. Dezember präsentierte sich Belgiens erste tiefrote Stadträtin (Echevine) der Öffentlichkeit. Zohra Othman ist für die Bereiche Jugend, Bevölkerungsvielfalt, kommunale Entwicklung, Beschäftigung,

örtliche Wirtschaft sowie Märkte und Messen verantwortlich. Zum Verhältnis zwischen Borgerhouts linker Mehrheit und



Zohra Othman

den rechtsgerichteten „Stadtvätern“ Antwerpens bemerkte die attraktive und populäre Politikerin: „Natürlich verfolgen wir völlig konträre Ziele. Unsere Gegner wollen keine Umsetzung linker Politik in einer insgesamt rechtsregierten Stadt. Sie greifen sogar zu den Mitteln der Einschüchterung und Bedrohung.“

Nachdem ihr die Amtsschärpe überreicht worden war, erklärte Zohra Othman: „Im Namen der vierköpfigen PTB-Fraktion kann ich hier das Versprechen abgeben: Die einzigen Richter über unsere Politik werden die Einwohner Borgerhouts sein, nicht aber jene Herren aus dem ‚Schoon Verdiep‘ (der Belle Etage Wohlhabender, wie

in Antwerpen das Rathaus genannt wird – RF), die uns das Etikett von Extremisten anhängen wollen.“ Für sie sei die Solidarität stets von grundlegender Bedeutung gewesen, erklärte die Anwältin gegenüber „Solidaire“. Diese gelte sowohl den arbeitslosen und an den sozialen Rand gedrängten Flamen und Wallonen als auch eingewanderten neuen Mitbürgern und Menschen „ohne Papiere“, die wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe oder religiösen Überzeugung besonders diskriminiert würden. „Sie stehen jeden Tag vor meiner Tür. Ihretwegen habe ich Jura studiert. Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage nach Recht und Gerechtigkeit fand ich den Weg zur PTB. Seit 1999 gehöre ich ihr an. Ich kann meinen Beruf und die politische Arbeit gut miteinander verbinden.“

Borgerhouts linke Exekutive hat sich viel vorgenommen. Die PTB-Fraktion – so Zohra Othman – stimme mit Grünen und Sozialisten in vielen Fragen überein. „Wir wollen die Bevölkerung unmittelbar in unsere Projekte einbeziehen und sie nicht – wie das bisher der Fall war – nachträglich vor vollendete Tatsachen stellen. Die Bürger sollen gemeinsam mit uns nach den besten Lösungen suchen.“ Vor allem gehe es der PTB um die Schaffung neuer Treffpunkte für die Jugend, um Sport- und Erholungsanlagen für Kinder und konkrete Vorhaben zur Annäherung der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen.

Diese Schwerpunktsetzung dürfte nicht zuletzt dem Abstimmungsergebnis Rechnung tragen: Unter den Wählern der Liste PTB+ befinden sich überdurchschnittlich viele junge Leute und Immigranten aus Ländern der Dritten Welt.

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



1



2



3



4



5



1. Karima Amalki, Empfangsdame, Bezirk Antwerpen, 38 Jahre
2. Aziza Falki, Angestellte, Bezirk Deurne, 34 Jahre
3. Mie Branders, Ärztin der „Medizin für das Volk“, Antwerpen, 48 Jahre
4. Karima Choukri, Lehrerin, Bezirk Deurne, 37 Jahre
5. Nadia Moscufo, Angestellte. Industriezentrum Herstal, 48 Jahre

Die Akropolis im Visier griechischer Nazis

Als die vor allem aus der KKE-Abspaltung Synaspismos hervorgegangene neue griechische Parteienkoalition Syriza bei den Parlamentswahlen vom 6. Mai 2012 die zweithöchste Stimmenzahl errang, überschlugen sich Illusionen, in Athen sei damit ein tiefgreifender und dauerhafter Linksruck eingetreten. Dabei verkanteten gewisse Enthusiasten zwei wesentliche Aspekte des Wahlergebnisses: Erstens wurde die KP Griechenlands (KKE) – ganz besonders beim erneuten Urnengang am 17. Juni – numerisch sehr geschwächt. Zweitens konnte eine als „Goldene Morgenröte“ auftretende, in Wirklichkeit aber durch und durch braune Faschisten-Partei erstmals ins Athener Parlament Einzug halten. Sie errang 425 000 Stimmen (6,9%) und 18 Mandate.

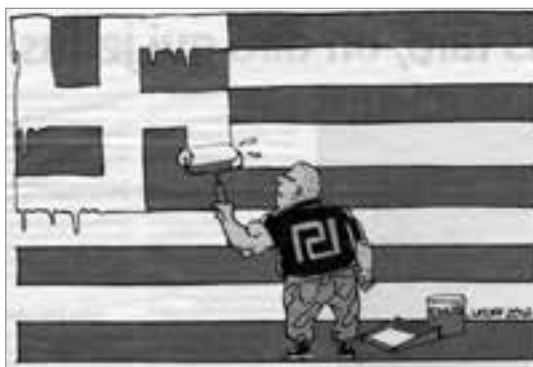
Während man vorerst darauf verzichtet, wie 1968 auf „Schwarze Obristen“ zurückzugreifen, bildet jetzt die Polizei den wichtigsten Rückhalt der neuen Nazibanditen.

Michalis Chrysochoidis, Innenminister der durch Brüssel zu Fall gebrachten sozialdemokratischen PASOK-Regierung Papandreous, erklärte dem Magazin „Unfollow“, er wisse nicht, ob 50 oder gar 60% der Polizeibeamten für die Liste der „Goldenen Morgenröte“ gestimmt hätten. Und er fügte hinzu: „Selbst 40% wären schon zu viel.“ Die ständig an den Bildschirmen zu verfolgenden Prügelorgien gegen Arbeiter vorgehender Büttel lassen solche Zahlenangaben als glaubwürdig erscheinen.

Die britische Tageszeitung „The Guardian“ zitierte einen höheren Polizeioffizier, der verriet, daß es die rasch aufeinanderfolgenden Athener Regierungen der „Goldenen Morgenröte“ gestattet hätten, die Ordnungskräfte auf allen Ebenen zu infiltrieren. Dabei wären deren Chefs durchaus dazu in der Lage gewesen, die Faschisten rechtzeitig zu isolieren und deren Nester auszuheben. Nach Auffassung des genannten Blattes habe die griechische Polizeiführung darauf aber bewußt verzichtet, da man die „Morgenrötler“ gegen die militante Linke benötige. Außerdem eigneten sie sich bei unliebsamen Manifestationen hervorragend als Gewalttätigkeiten auslösende Agents provocateurs.

Unterdessen schrecken die mit sämtlichen Insignien der deutschen Nazis – sogar mit Hitlerbildern – an die Öffentlichkeit tretenden griechischen Faschisten vor nichts und niemandem mehr zurück. So wurden zwei Parlamentsabgeordnete – der eine von Syriza, der andere von der KKE – während einer Live-Sendung des Fernsehens durch Abgeordnete der „Morgenröte“ vor laufender Kamera physisch angegriffen. Im Zentrum aller hellenischen Nazi-Aktivitäten steht die auf Ablenkung von den eigentlichen Übeln der Gesellschaft und der EU-Bevormundung zielende Erzeugung rabiater Ausländerfeindschaft. vielerorts

in Griechenland ist es zu Ausschreitungen gegen Immigranten – überwiegend Araber und Afghanen – gekommen. Dabei leitet die Athener Kabinettpolitik ständig Wasser auf die Mühlen der „Morgenrötler“. Nachdem der derzeitige Premier Antonis Samaras von der rechtskonservativen Neuen Demokratie verkündet hatte, illegale Einwanderer hätten sich der dünn



gesäten griechischen Kindergartenplätze bemächtigt und müßten „als Tyrannen der Gesellschaft aus dem Lande geworfen“ werden, setzte abermals eine Welle blutiger Gewalt gegen Ausländer ein.

Bei alledem hüllen sich die Faschisten der braunen „Morgenröte“ keineswegs in die Toga angeblicher Beschützer von Demokratie und Meinungsfreiheit. Sie zeigen offen ihre Nazi-Visage. Faschistische Parlamentsabgeordnete legen dabei besondere Dreistigkeit an den Tag. So forderte die Fraktion der „Morgenrötler“ den derzeitigen Innenminister auf, umgehend die Zahl in griechische Kitas aufgenommenen Immigrantenkinder zu ermitteln. Der faschistische Deputierte Panayiotis Iliopoulos verlangte von der Ägäis-Universität auf der Insel Lesbos, ihn unverzüglich wissen zu lassen, wieviel ausländische Studenten dort immatrikuliert seien.

Immer massiver richten sich Gewalttaten gegen Mitglieder und Sympathisanten der KKE. So wurden am 7. November 2012 in Thessaloniki drei junge Kommunisten von Nazis mit Schlagstöcken angegriffen, als sie Flugblätter für den Generalstreik verteilten. An diesem beteiligte Arbeiter einer nahegelegenen Fabrik eilten den attackierten Genossen zu Hilfe, während die Polizei der Szene tatenlos zusah.

All das vollzieht sich vor dem Hintergrund einer für Hellas beispiellosen sozialen Misere. Zwei Millionen Griechen sind erwerbslos, die Löhne und Gehälter der meisten Arbeiter, Angestellten und Beamten wurden drastisch gekürzt. Athens EU-Mitgliedschaft und die damit verbundene Zugehörigkeit Griechenlands zur Euro-Zone haben den Abstieg breiter Gesellschaftsschichten bewirkt. In dessen Folge ist eine politische Radikalisierung eingetreten. Diese kommt keineswegs nur der Linken zugute. Ein nicht geringer Teil der Unzufriedenen und Verzweifelten wird – wie im Deutschland der

Weimarer Republik – nach rechts kanalisiert. Vor allem sozial abgestürzte Bauern, Mittelständler und Staatsangestellte, aber auch Teile der Arbeiterschaft fallen auf die faschistische Demagogie herein. Sie stört nicht einmal, daß sich die „Morgenrötler“ in T-Shirts mit Symbolen der Waffen-SS oder dem Hakenkreuz zeigen und einander in aller Öffentlichkeit den faschistischen Gruß erweisen.

Übrigens sind Griechenlands Nazis längst international vernetzt. Bei einer gemeinsamen Hitler-„Ehrung“ im Jahre 2005 knüpften sie enge Bande zur bundesdeutschen NPD. 2010 traten ihre Anführer vor italienischen Schwarzhemdler-Nachfolgern der Forza Nuova auf. 2011 öffneten sie vollends das Visier, als ihr Häuptling Ilias Kasidiaris von Hitler als einem „großen sozialen Reformator und Organisator eines Modellstaates“ sprach. „Wir sind keine Demokraten!“, ließ er wissen.

Solches Geschehen ruft die historische Großtat des Nationalhelden Manolis Glezos ins Gedächtnis, der 1943 im Angesicht der faschistischen Okkupanten die Hakenkreuzfahne auf der Akropolis herunterriß. Auch das neue Nazibanner der griechischen Rechtsextremisten darf nicht auf Dauer das Antlitz der ältesten Demokratie Europas schänden.

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Berichtigung

Durch ein redaktionelles Versehen enthielt der Beitrag von Willi Gerns im RF 181 bedauerliche Fehler. Der ukrainische Faschist Schuschewitsch war Kommandeur des berüchtigten Bataillons „Nachtigall“, während sich der spätere BRD-Minister Oberländer als „politischer Berater“ dieses Mordkommandos betätigte. Fälschlicherweise wurde Schuschewitsch im RF als späterer politischer Berater Oberländers bezeichnet.

Am 12. März um 17 Uhr spricht der Ökonom **Dr. Klaus Blessing** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Jena** im Saal des Stadtteilbüros, Karl-Marx-Allee 28, über das Thema

Wirkungen der Wirtschafts-, Finanz- und Euro-Krise in der BRD

Am 4. April um 16 Uhr spricht **Marianne Linke**, Vorsitzende der Partei Die Linke in Stralsund, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Nördliches Vorpommern** im Heinrich-Heine-Ring 123 (Hinteringang), **Stralsund**, über das Thema

Welche Aufgaben stellt sich die Linke zu den Bundestagswahlen?

Erinnern an die Helden von Stalingrad

Initiative Communiste

STALIN
janvier 2013
22€
(14,55€)

2013 : 70^{ème} anniversaire de la victoire de Stalingrad

RALLUMONS LES ÉTOILES... ROUGES

Le 2 février 2013 à 15h, place de Stalingrad, métro Jaurès
à l'appel d'un collectif de communistes et de non communistes, parmi lesquels figure toute la Direction Nationale du P.R.C.F., rassemblement de lutte en l'honneur des héroïques combattants de Stalingrad
(Voir en pages centrales)

Et aussi :

- «L'internationale sera le Genre humain» p.p. 4 et 5
- Au cœur de la pratique syndicale : le conflit social p. 7
- L'unité d'action avec Marie-Christine Burricand p. 9
- Langue Corse, Nation et République p. 12
- Promotion «Jacques Colgnars» p. 15

2013 : le P.R.C.F. passe à la contre-offensive
(Voir en pages 2 et 3)

06 2 2 06 01 2 2 avec un accès internet en France, voir www.1418.com ou contact email : L'Action, l'Écho à l'adresse de la Direction Nationale du P.R.C.F.

Mensuel du Pôle de Renaissance Communiste en France

„**Initiative Communiste**“ ist die Monatsschrift des Pols der Kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich (PCRF). In ihm haben sich Marxisten-Leninisten der Grande Nation zusammengeschlossen, die für den Wiederaufbau einer revolutionären Vorhutpartei der französischen Arbeiterklasse und anderer Werktätiger kämpfen. Sie treten dem von der reformistischen FKP-Führung herbeigeführten Niedergang ihrer traditionsreichen Bewegung couragiert entgegen.

Wir reproduzieren hier die Titelseite der „IC“-Ausgabe vom Januar 2013. Sie ist dem 70. Jahrestag des Sieges der Roten Armee in der Stalingrader Schlacht gewidmet.

Der PCRF und andere linke Organisationen veranstalteten am 2. Februar auf der hauptstädtischen Place de Stalingrad – außerdem trägt in Paris auch eine Metrostation diesen Namen – eine eindrucksvolle Gedenkkundgebung für die heroischen Kämpfer jener Schlacht, die zum Wendepunkt im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde.

Wie das Lëtzebuenger Vollek den Naziokkupanten trotzte Hoher Blutzoll der Kommunisten

Die Hitlerfaschisten glaubten, mit den Luxemburgern leichtes Spiel zu haben, galten sie doch in ihren Augen als Deutsche. Tatsächlich hatten sie fast 100 Jahre lang deren Könige gestellt. Doch nach dem 15. Jahrhundert war das Land immer kleiner und zum Spielball der Großmächte geworden. Deutsche, Franzosen, Belgier, Niederländer, Spanier und Österreicher stritten sich darum. Bei der Bismarckschen Reichseinigung gingen die Luxemburger dann eigene Wege. Schon 1867 selbständig, entwickelten sie sich zur Nation. Im Ersten Weltkrieg konnte die luxemburgische Souveränität trotz deutscher Besetzung weitgehend gewahrt werden. Der Versailler Vertrag kappte 1919 auch restliche Bindungen an Deutschland. Das Großherzogtum wurde von einer konservativ-katholischen Partei regiert. Seit 1921 gab es dort auch eine aktive kommunistische Partei – die PCL, die 1934 sieben Prozent der Wählerstimmen errang. Ein Versuch, die Partei durch ein Referendum verbieten zu lassen, scheiterte am Demokratieverständnis der Werktätigen.

Nach dem Überfall am 10. Mai 1940 glaubten viele Luxemburger, der halbneutrale Status des Ersten Weltkrieges ließe sich wiederholen. Die herrschende Klasse war deshalb bereit, sich in Hitlers „Neuordnung“ einzufügen. Doch deutsche Faschisten verlangten den kompromißlosen Anschluß. Nazi-Gauleiter Gustav Simon wollte mit Zuckerbrot und Peitsche ein „freiwilliges“ Bekenntnis zum Deutschtum erzwingen. So wurde die Volksdeutsche Bewegung (VdB) geschaffen, der 1941 etwa ein Viertel der Bevölkerung angehörte. Die aktiven Kollaborateure traten der NSDAP bei. Nach der Befreiung wurden 5101 Luxemburger (1,8% der Bevölkerung) arretiert, 12 von ihnen zum Tode und 2260 zu längeren Haftstrafen verurteilt. Neben der rigorosen Beseitigung ihrer Eigenstaatlichkeit mußten die Luxemburger bei angedrohter Strafe auf ihr Moselfränkisch sowie auf Französisch verzichten. Die Familiennamen wurden germanisiert.

All das rief den Widerstand des größten Teils der 300 000 Lëtzebuenger hervor. Bewaffneter Widerstand schien in dem am dichtesten besiedelten Land Europas mit inzwischen flächendeckenden faschistischen Terrorstrukturen kaum möglich. Nach zwei durch Sabotage verursachten Zugentgleisungen rächten sich die Faschisten so blutig, daß derartige Aktionen fortan unterblieben. Erst gegen Kriegsende kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen Nazis und luxemburgischen

patriotischen Milizen. Diese machten Kollaborateure ausfindig und nahmen sie fest. Dennoch fanden die Luxemburger bewundernswerte Formen des aktiven und passiven Volkswiderstandes, der Resistenz: Sie bestanden im Tragen nationaler Symbole wie des Bildnisses der emigrierten Großherzogin, Flüsterpropaganda, Protesten gegen das Schleifen nationaler Denkmäler, Mauerlosungen, Flugblättern, einer illegalen Presse, Hilfe für Juden und verfolgte Patrioten. 1100 Deserteure der

über 10%. Im März 1944 vereinigten sich alle Widerstandsorganisationen. Aus ihnen ging später eine Regierung hervor, der auch Kommunisten angehörten.

Zu den bemerkenswertesten und erfolgreichsten Aktionen gegen die Okkupation zählte das faktische Referendum über die Sprach- und Volkszugehörigkeit vom 10. Oktober 1941. Während der Hochzeit deutschfaschistischer Aggressionspolitik in Europa und lautstarker Wohlstandsversprechen sollten die Luxemburger in einer Personenstandsaufnahme für Deutschland optieren. Der Resistenz gelang es, die überwiegende Mehrheit „lëtzeburgsch“ eintragen zu lassen. Nicht umsonst dient jener Tag der nationalen Erinnerung.

Vor allem die luxemburgische Arbeiterklasse zeigte Bekenntnis, wobei der kommunistische Einfluß beim Großstreik in der metallurgischen Industrie unverkennbar war. Nach dem im August 1942 vollzogenen Anschluß an Deutschland standen in Luxemburg alle Räder still. Tausende streikten oder unterstützten die Aktion. Nur durch die Verlängerung des Ausnahmezustandes, brutalen Terror und die Erschießung von 21 Resistenzlern konnte ihr ein

Ende gesetzt werden.

Der Preis des Kampfes war hoch: Fast 4000 Luxemburger kamen ins KZ oder Zuchthaus, 4827 wurden umgesiedelt oder verloren aus politischen Gründen ihre Arbeit. Nach der Befreiung durch die Alliierten im Frühjahr 1945 stellte sich heraus, daß die Luxemburger – gemessen an der Einwohnerzahl – die höchsten Verluste aller okkupierten Staaten Westeuropas erlitten hatten: 860 Resistenzler starben oder fielen als belgisch-französische Partisanen, 2859 Zwangsrekrutierte kehrten nicht mehr lebend zurück, 71 % der luxemburgischen Juden wurden ermordet. Durch Kriegseinwirkungen fanden 5269 Menschen den Tod.

1990 vom Anschluß ihres Staates an die BRD betroffene einstige DDR-Bürger sollten der tapferen Haltung der Luxemburger und ihrer Kommunisten gegenüber Hitlers Annexion mit besonderer Hochachtung begegnen.

Dr. Bernhard Majorow



Gedenktafel zur Erinnerung an den Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte

Wehrmacht und des Reichsarbeitsdienstes wurden versteckt und zu den alliierten Truppen oder zu belgischen und französischen Partisanen weitergeleitet. 220 junge Luxemburger landeten 1944 mit einer Spezialeinheit in der Normandie, 400 leisteten



Aufklärungsdienste für die Westmächte. So stammte z. B. eine wichtige Information über Hitlers Raketenbau in Peenemünde von luxemburgischen Zwangsarbeitern. An der aktiven Resistenz nahmen etwa 10 000 Luxemburger – 3,4% der Bevölkerung – teil. Zu den Engagiertesten gehörten die Kommunisten. Sie waren seit 1942 in der Aktiven Luxemburgischen Einheitsfront – ALEF – organisiert. Ihre Zeitung „Die Wahrheit“ spielte eine wichtige Rolle in der Untergrundpresse. Die PCL hatte hohe Verluste zu beklagen, doch die Wähler honorierten ihren Opfermut nach der Befreiung mit einem Stimmenanteil von

Am 16. März um 10 Uhr spricht der Historiker **Dr. Norbert Podewin** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Cottbus** im Brandenburger Hof, Friedrich-Ebert-Straße 33, über das Thema

Das Braunbuch – die Geschichte einer Legende

Beherzte Amerikanerinnen

Victor Grossmans biographische Skizzen zu 34 „Rebel Girls“ der USA

Wer „Ein Ami blickt auf die DDR zurück“ von Victor Grossman kennt, weiß: Da geht jemand ans Werk, der die Geschichte dieses sozialistischen Landes verteidigt und zugleich von ihm begangene Fehler offen benennt: ein Autor, der die Historie nicht kühl seziert, sondern den Irrtümer und Defizite schmerzen, weil er hinter dieser Sache steht, zumal er an ihr unmittelbar beteiligt war.

1952 desertierte Grossman aus Österreichs amerikanischer Zone als US-Soldat zu den sowjetischen Truppen, die ihn in die DDR brachten. Von 1954 bis 1958 studierte er in Leipzig Journalistik. Zuvor hatte er bereits an der Harvard-Universität einen Abschluß in Ökonomie erworben.

Was Victor Grossman bis heute nicht ablegte, sind jene Überzeugungen, welchen er in seinen Publikationen mit Klarheit, politischem Instinkt und der nötigen Portion Leidenschaft Ausdruck verleiht.

Zum Beweis eine Kostprobe aus dem genannten Büchlein: „Expansion ist heute das Schlüsselwort ... Seit der bejubelten ‚friedlichen Revolution‘ lese ich überall Aushängeschilder von Banken und Versicherungsfirmlen, die ich noch immer nicht lieben kann. Beim Zahnarzt schmerzt der Name ‚Siemens‘ auf den Geräten fast mehr als das Bohren. Ich kenne eine Frau, die in Ravensbrück als Sklavin für Siemens schuftete. Jedesmal, wenn ich die Rolltreppe in der S-Bahn benutze, sehe ich das polierte Logo von ThyssenKrupp. Seit 1990 verhindert nicht mehr die Elbe das Ausbreiten solcher Namensschilder, nicht einmal an der Oder kommt die Expansion zum Halten. Der Vormarsch ist ungleich erfolgreicher als der seinerzeitige mit Panzern aus dem gleichen Hause.“

Seinen neuesten Streich hat Grossman nun im PapyRossa-Verlag ausgeführt. „Rebel Girls“ heißt das Buch unter Anspielung auf Elizabeth Gurley Flynn für Verdienste im Kampf erworbenen Titel. Die spätere Vorsitzende der KP der USA stand Anfang des 20. Jahrhunderts an der Spitze von 25 000 streikenden Textilarbeiterinnen und forderte für sie „Brot und Rosen“.

Der Begriff „Rebel Girl“ trifft auch auf die anderen „34 Amerikanerinnen im Porträt“ zu, steht er doch „für den Geist, in dem diese Frauen handelten“, wie Grossman im Vorwort betont. Dort legt er auch Rechenschaft über seine Beweggründe für das Verfassen dieses Buches ab: „Viele waren prächtige Störenfriede, ihrer Zeit weit voraus, die mutig und engagiert kämpften

und oft litten, um die Welt ein wenig voranzubringen. Mich beeindruckte ihr bewegtes Leben derart, daß ich beschloß, sie bekannter zu machen.“

Beschrieben werden mutige Frauen, die um Selbstbestimmung, Menschenrechte



Angela Davis 2010 in Magdeburg

Foto: Gabriele Senft

und Gleichberechtigung rangen, sich gegen Sklaverei und Krieg erhoben. Da sind Fannie Wright und Margret Fuller, erste Galionsfiguren der Frauenbewegung. Da ist Harriet Tubman, die mit der sogenannten Untergrundbahn Sklaven aus den Südstaaten zur Flucht in den Norden verhalf. Da ist Pauline Cushman, eine Schauspielerin, die im Bürgerkrieg der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts als Kundschafterin mit dazu beitrug, der richtigen Seite zum Sieg zu verhelfen.

Da ist außerdem Evelyn Hutchins, die „Truckerin im Spanienkrieg“, der ein weiteres Kapitel darstellt, bei dem sich Grossman politisch zu Hause fühlt, wie sein Buch „Madrid, du Wunderbare“ bekundet. Oder auch die Dramatikerin Lillian Hellman, die politische Konsequenzen nicht scheute und auf dem Höhepunkt der Jagd auf Rote vor dem berüchtigten McCarthy-Ausschuß Farbe bekannte.

Auch die Jazz-Interpretin Billy Holiday, die sich mit ihrem Lied „Strange Fruit“ in den Kampf gegen die Lynchjustiz einbrannte, darf hier nicht fehlen. Grossman nennt sie „eine der größten Sängerinnen ihrer Zeit“, die ein großes Herz und das gehabt habe, „was man Seele nennen könnte“. Er zeichnet ein feinfühliges, aber auch politisch mitreißendes Porträt von dieser sehr schönen Frau mit dem traurigsten Leben aller durch ihn Dargestellten. Zu diesem Kreis gehört natürlich in ganz besonderer Weise auch Angela Davis, die in den 70er Jahren die junge Generation nicht nur der DDR begeisterte. Grossman

glückt hier ein Kapitel, bei dem sich regelrecht mitfiebern läßt.

Last but not least: Jane Fonda. Der Hollywood-Star wurde wegen seiner resoluten Haltung gegen den Vietnam-Krieg als „Hanoi-Jane“ geschmäht, behielt aber

seine Antikriegshaltung auch angesichts der neuerlichen Pentagon-Aggression gegen Irak bei. Hier kann Grossman aus eigenem Erleben schöpfen. 1974 übersetzte er anlässlich der Leipziger Dokumentarfilmwoche einen Auftritt Jane Fondas vor einem bewegten Publikum.

Die 34 Porträts sind für den Leser äußerst kurzweilig. Durch ihre chronologische Anordnung wird das Buch zu einem Streifzug durch die Geschichte der Vereinigten Staaten. Denn in den Skizzen leuchten die großen Kämpfe ihres Volkes auf, die immer auch Kämpfe der amerikanischen Frauen gewesen sind. Im Nachwort bedauert Victor Grossman, daß er andere aufrechte und tapfere Frauen

nicht auch habe würdigen können. Hier nennt er vor allem Rosa Parks, die 1955 mit der Weigerung, ihren Platz im für Weiße reservierten Teil des Busses zu verlassen, den historischen Montgomery-Boycott im US-Südstaat Alabama auslöste. Man mag darüber streiten, ob er nicht gerade sie hätte einbeziehen müssen. Ähnlich verhält es sich mit Assata Shakur, die – einst Mitglied der Black Panther Party – aus dem Gefängnis befreit wurde und heute im Exil in Kuba lebt und wirkt. Auch für ihre Befreiung war lange und hart gekämpft worden.

Dem Autor ist ein weiteres wertvolles Buch gelungen. Wenn fortan wieder mehr von den echten „Rebel Girls“ als von in Szene gesetzten „Pussy Riots“ die Rede ist, dürfte Victor Grossman sein Scherflein dazu beigetragen haben.

Mario Tal, Bonn

Victor Grossman: *Rebel Girls. 34 amerikanische Frauen im Porträt*, PapyRossa-Verlag, 252 Seiten, 15,90 Euro

Die RF-Regionalgruppe Eberswalde lädt für den **16. März 10 Uhr** in das Palmencafé, Altenhof, Adolf-August-Straße 1, zu einer Veranstaltung ein. Thema:

Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten

Diskussionsangebot einer australischen Marxistin

Nachsinnen über drei Religionen

Der von Papst Benedikt XVI. bekräftigte Erlaß der deutschen katholischen Bischöfe vom 21. September 2012 will dem Zwist um die Zahlung der Kirchensteuern ein Ende bereiten.

Obwohl in der BRD Staat und Kirche formell voneinander getrennt sind, erhebt der Staat die Kirchensteuern und verteilt das Eingenommene an offiziell geförderte Religionsgemeinschaften. Was Wunder, daß hier und dort neue Gebetshäuser errichtet werden, selbst wenn sie – von traditionellen Feiertagen, Hochzeiten oder Begräbnissen abgesehen – oftmals leerstehen.

Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz sank 2010 die Zahl der Katholiken in der BRD um 181 000. So ist kaum zu erwarten, daß der neue Erlaß, der Steuerverweigerern das Abendmahl und ein kirchliches Begräbnis vorenthält, was einer Exkommunikation gleichkommt, die Zahl der Abtrünnigen verringern dürfte. Die „heiligen“ Schriften der drei monotheistischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam – sind erklärtermaßen keine Quellen wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern verlangen von den Gläubigen Unterwerfung, gedankenloses Nachbeten von Psalmen oder Suren, wobei deren Fabeln ebensowenig himmlische Offenbarungen wie Märchen oder Sagen sind. Ist die Torah so alt wie die Tradition es will, dann diktierte Jahweh nichts an Moses, denn dieser hätte ja alles in ägyptischen Hieroglyphen auf seine Tafeln hämmern müssen, da die hebräische Schrift zu jener Zeit noch gar nicht existierte.

Keiner der vier Evangelisten kannte Jesus persönlich. Ihre Fabeln stammten vom Hörensagen. Zu Zeiten Jesu befand sich Kanaan unter römischer Oberhoheit, und es erscheint kaum glaubwürdig, daß der des Lateinischen unkundige Fischer mit Pontius Pilatus hätte reden können, zumal dieser kein Aramäisch verstand. Die 27 bis dahin im Umlauf befindlichen Evangelien wurden auf Befehl Kaiser Konstantins zu Beginn des 4. Jahrhunderts von den Kirchenvätern auf vier reduziert, während man den Rest verbrannte.

Mohammed schrieb nicht den Koran, da das Buch erst 25 Jahre nach seinem Tode zum Vorschein kam. Und der zweite Quell islamischer Autorität – Hadith –, datiert vom 9. Jahrhundert, erschien 200 Jahre nach dem Tod des Propheten. Der Koran – ein Buch, das auf das Jahr 630 zurückgeht und theoretisch einem des Schreibens unkundigen Kameltreiber „diktiert“ wurde, regelt bis ins kleinste Detail das tägliche Leben von Milliarden Menschen. All das

geschieht im Zeitalter der Raumschiffahrt, der Nuklearenergie und des Internets. Das bezieht sich gleichermaßen auf die torah- und talmudbesessenen Lubavitscher und

der Welt. Dabei war Hitler durch ihn nie in solcher Weise aus der Kirche ausgestoßen worden. Sein Machwerk „Mein Kampf“ steht nicht auf dem vatikanischen Index,

wohl aber sind dort die Schriften von André Gide, Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre verzeichnet!

Der Heilige Augustinus, Bischof von Hippo, wußte zwischen „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen zu unterscheiden. Im Namen Gottes rechtfertigte er die Kreuzzüge wie die Inquisition. Die Aggressionen in Korea und Vietnam, in Irak und Afghanistan wurden nicht verurteilt. Papst Johannes Paul II. sagte 1982 sogar, die Atombombe öffne den Weg zum Frieden.

Wohl lernen Christen „Du sollst nicht töten“, doch Pater Georg Zabelka segnete die Besetzung der „Enola Gay“, bevor sie am 6. August 1945 die erste US-

Atombombe auf Hiroshima warf und mehr als 100 000 Menschen den Tod brachte. Nur drei Tage später forderte eine zweite US-Kernwaffe in Nagasaki weitere 80 000 Opfer. Doch der Christengott ließ die neuen Kreuzzügler unversehrt heimkehren.

Der französische Philosoph Michel Onfray, Autor des Buches „Das atheistische Manifest“, vertritt den Standpunkt, die Leiden der Menschheit sollten nicht dem Atheismus, sondern der Gottesvorstellung zugeschrieben werden. Theisten unternähmen die unglaublichsten metaphysischen Verrenkungen, um die Existenz des Bösen auf der Welt zu rechtfertigen, obwohl sie an eine allwissende und allmächtige Gottheit glaubten, der nichts entgehe. Nach 2000 Jahren des Zwanges zu fraglosem Gehorsam sei es nicht leicht, den Durchbruch zu selbständigem Denken zu erreichen.

Dr. Vera Butler, Melbourne



Karikatur: Klaus Stuttmann

deren Verkennung historischer Zeitspannen. Heute aber beansprucht jede der drei monotheistischen Religionen, im Alleinbesitz des wirklich „heiligen“ Buches zu sein, das alles enthält, was man auf seinem Lebensweg lernen und wissen muß. Der vom Christenhasser Saulus auf dem Weg nach Damaskus zum Paulus Bekehrte versuchte, seine Zuhörer davon zu überzeugen, daß Jesus der Messias sei, wie es im Alten Testament vorausgesagt wurde. Da aber die Kinder Jahwehs die Fabel vom Gottessohn, der am Kreuz für das Heil der ganzen Menschheit gestorben sei, nicht akzeptieren wollten, wurden die Juden sofort zu Feinden gestempelt. So ist das Neue Testament voller antisemitischer Passagen in bezug auf das Volk der Gottestöter.

Diese Verblendung trieb die Giftblüten des Nazismus und seiner aktiven Zusammenarbeit mit dem Vatikan. Vom Konkordat 1933 an schwieg Rom zum Boykott jüdischer Unternehmen ebenso wie zu den rassistischen Nürnberger Gesetzen des Jahres 1935. Der Vatikan erteilte der französischen Vichy-Regierung, die mit den deutschen Faschisten kollaborierte, 1940 die Absolution und unterstützte das auf Hitler eingeschworene kroatische Ustascha-Regime. Obwohl der Vatikan seit 1942 über die Vernichtung von Juden und Kommunisten voll im Bilde war, gab es keine öffentliche Verurteilung dieses kriminellen Regimes. Im Gegenteil: Rom schuf nach Kriegsende für die Naziverbrecher ein eigenes Netzwerk, über das sie ins Ausland entkommen konnten.

Was indes den Marxismus betrifft, hat der Vatikan eine Militanz ohnegleichen unter Beweis gestellt. 1949 exkommunizierte Pius XII. sämtliche Kommunisten

Am 13. März um 15 Uhr spricht Jürgen Voigt auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Harz in **Halberstadt**, Gaststätte Lindenhof, Spiegelsbergweg 16, über das Thema

Rußland heute

Am 22. März um 15 Uhr stellt Oberst a.D. der HVA **Bernd Fischer** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Strausberg** und der Territorialen Arbeitsgruppe von ISOR im STIC, Garzauer Chaussee 1, sein neues Buch vor:

Der Große Bruder

Die folgsamen Schafe des Mark Zuckerberg

Bei Facebook geht es allein um die Daten der Nutzer

Die „sozialen“ Netzwerke sind in erster Linie dazu da, mehr über ihre Benutzer zu erfahren und diese Erkenntnisse der Werbe- und Konsumindustrie zu verkaufen. Der nette Nebeneffekt, daß viele Nutzer Spaß daran haben, ist der Köder, um an deren Daten zu gelangen.

Wäre Facebook ein Land, dann wäre es das drittgrößte der Welt. Ein wirklich erstaunliches Land, wo Menschen in siebzig Sprachen miteinander kommunizieren und ihr Privatleben vor großen Gruppen von durchschnittlich 130 „Freunden“ ausbreiten. Rund die Hälfte der mittlerweile über 900 Millionen „Kunden“ meldet sich jeden Tag bei der Zentrale dieses weltumspannenden „sozialen“ Netzwerks an. Im Schnitt verbringen sie pro Monat – zusammengenommen – rund 700 Milliarden Minuten im direkten Austausch mit ihren „Freunden“. Und bereitwillig laden sie täglich Unmengen von privaten Fotos und Daten auf die Seiten.

In Wahrheit ist Facebook ein geniales Geschäftsmodell. Fast 1,1 Milliarden Dollar aus Werbeeinnahmen und Spiele-Tantiemen wurden 2010 in die Firmenkasse gespült. Hemmungslos betreibt das größte und erfolgreichste „soziale“ Netzwerk die kommerzielle Verwertung der persönlichen Daten seiner Nutzer. Der Journalist Sascha Adamek deckt auf, mit welchen Methoden dieser US-Konzern die Welt erobert, wie Nutzer online ins Visier von Ermittlungen und Geheimdiensten geraten, wie Facebook und Twitter die Demokratie banalisieren und von Diktaturen ausgenutzt werden, wie Betrüger und Sexualstraftäter über Plattformen dieser Art ihre Opfer ausspähen und warum die Freiheit des Internets oft nur eine vermeintliche Freiheit ist.

„Sie trauen mir, diese Idioten“ – so Mark Zuckerberg, Gründer von Facebook und jüngster Milliardär der Welt ...

„Freunde“ wiedertreffen, Fotos einstellen, die neuesten Nachrichten teilen. Egal wie persönlich, egal wie intim – die ganze Welt kann bei Facebook mitlesen. Viele Nutzer verhalten sich naiv und leichtsinnig zugleich. Denn Facebook kann auch zur Falle werden. Die Grenzen sind fließend. Nicht ohne Grund stellte eine Computerzeitschrift kürzlich das Thema „Wie komme ich da wieder raus?“ auf die Titelseite.

Sascha Adamek hat hinter die Kulissen des Multimilliardenimperiums geschaut und die Fakten in seinem Buch „Die Facebook-Falle“ zusammengetragen. Die Währung von Facebook sind die privaten Daten seiner Nutzer. Alles, was gepostet oder in Chats geteilt wird – sei es der letzte Mallorca-Urlaub, die neuen Turnschuhe oder der Austausch unterschiedlicher (beliebiger!) politischer Präferenzen –, sammelt Facebook und bombardiert den Nutzer mit entsprechender Werbung. Allein in Berlin haben sich eine Million Menschen bei

Facebook angemeldet. Weltweit sind es über 900 Millionen! Wen erinnert das nicht an den ironischen Slogan einer Anti-„BILD“-Kampagne: „Freßt Scheiße – Millionen Fliegen können nicht irren!“



Was soll man mit Facebook? Wenn ich mir angucke, wie viele Kommilitonen überhaupt nicht mehr zu Gesprächen fähig sind, weil die Nase ständig bei iPhone, iPad, Facebook & Co. klebt, dann wird mir schlecht. „Soziale“ Netzwerke – einer der euphemistischsten Begriffe, die mir je untergekommen sind – führen zu sozialer Isolation, auch draußen auf der Straße. Lauter Leute, die mit gesenktem Haupt durch die Gegend laufen, das iPhone ständig in der Hand, und nicht einmal mehr einfachste Formen der realen menschlichen Interaktion beherrschen. Wenn Erwachsene damit schon nicht umgehen können, dann Kinder vor dem Teenageralter erst recht nicht. Ich bin mit Computern und während der Teenagerzeit dann mit dem Internet groß geworden, ich spiele gern mal ein Computerspiel und schreibe in Foren Beiträge, aber in Maßen. Ich habe ein „Real Life“ mit echten Freunden aus Fleisch und Blut, viele haben das nicht mehr. XXX

Facebook ist als Netzwerk kommerziell unglaublich erfolgreich, das müssen selbst Kritiker eingestehen. Das Geschäftsmodell ist simpel, die Umsetzung genial. Statt Brot und Spiele gibt es in diesem isolierten asozialen Intranet virtuellen Beifall in Form von „Freunden“ und „likes“. Schaf oder Hirte sein – Zuckerberg und sein Team sind im Grunde moderne Farmer. Sie sind die Herren über eine Herde von folgsamen Schafen, die unermüdlich für ihre Hirten anschaffen. Jeder Facebook-Nutzer bekommt seine Bühne und damit das schmeichelnde Gefühl vermittelt, als Individuum unglaublich wichtig zu sein. Die Lemminge sitzen stundenlang vor dem PC und schaffen mit ihren Text-, Bild- und

Video-Inhalten die Basis für Milliarden von Dollar an Werbeeinnahmen. Sie arbeiten gratis und ringen um virtuelle Popularität. Freizeit gibt es dank mobiler Geräte nicht. Sie geben 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche und 365 Tage im Jahr ihre Milch für lachende Aktionäre. Frank

Umfragen haben ergeben, daß es mehr als 57 Prozent als unhöflich empfinden, wenn ihr Gegenüber ständig auf ein Display starrt. Doch ist man in Menschenmengen unterwegs, drängt sich der Eindruck auf, daß es immer mehr Leute tun. Am Wochenende fand in Frankfurt das Museumsuferfest statt. Ein wirklich schönes, buntes und vielseitiges Fest mit einer fast schon nicht zu bewältigenden Menge angebotener Unterhaltungsprogramme und Aktivitäten. Doch sobald es dunkel wurde, sah man immer mehr von unten angeleuchtete Gesichter. Eine Vielzahl von Menschen in der Menge, die ununterbrochen auf die Displays ihrer mobilen Internetgeräte starrten, fast schon roboterhaft ständig ihre Touchscreens berührten und irgendwelche Informationen abfragten. Sogar noch im ohrenbetäubendsten Lärm wurde telefoniert. Obwohl man in Gruppen unter Gleichgesinnten war, konnte man häufig beobachten, daß sich viele gar nicht unterhielten beziehungsweise mit den gerade ablaufenden Angeboten oder ihren Mitmenschen beschäftigten. Sie waren gegenteilig fortlaufend nur isoliert aktiv, irgendwelche Nachrichten abzufragen oder zu senden. runda

Facebook zeigt, welche Potentiale das Internet zur demokratischen Umgestaltung liefern könnte – wenn man es von den Beschränkungen im Kapitalismus befreite. Wiljo Heinen

Zusammengestellt von W. Metzger

Literaturhinweise:

Jakob Steinschaden: Phänomen Facebook. Wie eine Webseite unser Leben auf den Kopf stellt. Carl-Ueberreuter-Verlag, Wien 2010, 208 S., 16,95 €

Sascha Adamek: Die facebook-Falle. Wie das soziale Netzwerk unser Leben verkauft. Wilhelm-Heyne-Verlag, München 2011, 352 S., 16,99 €

Zum 19. März um 18 Uhr lädt die RF-Regionalgruppe Bernau in den „Treff 23“, Breitscheidstraße 43 a, zu einem Diskussionsabend ein. Thema:

Erfordernisse des gemeinsamen Kampfes der Linkskräfte

Griff in die literarische Schatztruhe (5)

Einst erfolgreiche DDR-Schriftsteller dem Vergessen entreißen!

Max Zimmerings erzieherisch und pädagogisch wertvolle Kinder- und Jugendbücher fanden eine breite Resonanz. Das erste – „Die Jagd nach dem Stiefel“ – schrieb er 1932 in der ČSR. Es erschien zunächst in tschechisch, dann 1953 erstmals in der DDR und handelte von sechs befreundeten Arbeiterkindern, die einen Kriminalfall auf eigene Faust lösten. Dieser Kinderbuch-Klassiker kam in 17 Auflagen, sieben Sprachen und sogar in Blindenschrift heraus. 1962 wurde das Buch von Konrad Petzold erfolgreich verfilmt. Auch „Buttje Pieter und sein Held“ (1951) dürfte zu den beliebtesten Kinderbüchern Zimmerings zählen. Darin verknüpfte er zwei Handlungslinien. Den Hauptinhalt bildete die Biographie Ernst Thälmanns. In „Die unfreiwillige Weltreise“ (1956) gestaltete der Autor eigene Erlebnisse als antifaschistischer Emigrant „rund um die Erde“. Sein Buch „Spuk in der Ziegelstraße“ erzählt von Dresdner Arbeiterkindern im Jahre 1923. Von 1958 bis 1964 war Max Zimmering Direktor des Literaturinstituts in Leipzig. In dem Roman „Rebellion in der Oberprima“ (1963) standen Konflikte deutscher Gymnasiasten der Nazi-Zeit im Mittelpunkt, die durch faschistische Rassentheorien ausgelöst wurden. In seiner Erzählung „Li und die roten Bergsteiger“ (1967) gewährte Max Zimmering Einblicke, wie unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers deutschen Antifaschisten die Flucht über die Grenze in die Tschechoslowakei ermöglicht wurde. Sein letztes Kinderbuch „Deckname Adi“ (1973) berichtete gleichfalls vom Leben in Nazi-Deutschland. Neben den erwähnten Titeln sei auf weitere Prosaarbeiten verwiesen, darunter die Biographien „Martin Andersen Nexö“ (1952) und „Begegnung mit Majakowski“ (1955). Der Roman „Phosphor und Flieder“ (1954) handelt vom Luftangriff auf Dresden, der die Stadt am 13. Februar 1945

in Schutt und Asche legte. Auch das „Dresdner Tagebuch“ (1960) hat dieses Thema zum Gegenstand.

Der profilierte Lyriker Max Zimmering bekannte sich als politischer Dichter zu Heine und Weerth, Majakowski und Weirnt. Bereits 1930 erhielt er für sein Schaffen den Lyrikpreis der „Linkskurve“.

Mehrere seiner vertonten Verse wurden in der DDR zu populären Massenliedern. Der 1973 verstorbene Poet hinterließ etwa 2000 Gedichte. Seine Tochter Guliko wählte 100 zwischen 1929 bis 1973 entstandene Arbeiten aus und stellte sie anlässlich des 100. Geburtstages ihres Vaters 2009 in dem Band „Zwischen Ende und Anfang“ zusammen. Dieser erschien im Freiberg-Verlag, der sich um das Zimmering-Erbe sehr verdient gemacht hat. Durch die Gedichte weht der Atem der Geschichte – von den Tagen der Weimarer Republik über den antifaschistischen Widerstandskampf bis in die Jahrzehnte der DDR, zu deren aktiven Mitgestaltern der Schriftsteller zählte.

Hans Weber gehörte jener Generation an, deren Kindheit vom Krieg überschattet wurde. Er starb erst 50jährig nach schwerer Krankheit. Der „große Junge mit der nicht zu bändigen Haartolle“, wie er genannt wurde, war neugierig und offen für alles, was die Leute bewegte. Dabei brachte er sich ganz in seine Bücher ein, so daß deren Helden nicht wenig von ihm selbst hatten. Sie sind stets leidenschaftlich, ohne dabei laut zu sein. Immer ging es ihm um das Verhältnis der Generationen zueinander, um die Beziehung von jung und alt. Erzähler und Träumer, galt Weber als „Sinnsucher“ und „streitbarer Weggenosse“, was sich in seinen Büchern „Sprung ins Riesenrad“ (1968), „Meine Schwester Tilli“ (1972), „Bin ich Moses?“ (1976, verfilmt von Martin Eckermann), „Einzug ins Paradies“ (1979, verfilmt von Achim und

Wolfgang Hübner), „Alter Schwede“ (1984, Verfilmung: W. Hübner) und „Vielgeliebter Belvedere“ (1988) offenbarte. Er schrieb auch Hörspiele, wie „Notdienst“ (1978) und „Im starren Blick der Enten“ (1983).

Seine Bücher sind die eines unverdrossen Hoffenden, der aufrichtig und präzise die Wirklichkeit beschrieb. **Dieter Fechner**

Diener zweier Herren

Staatstheater I

Als der Vorhang gefallen, betrat Truffaldino die Vorbühne und sonnte sich im brausenden Applaus. Goldonis Diener zweier Herren hatte als akrobatischer Wirbelwind gezeigt, wie man durch lustvolle List vier Mahlzeiten am Tage ergaunert. Der beliebte Mime wurde, wie so oft schon, frenetisch gefeiert.

Staatstheater II

Auch er ein Liebling des Publikums? Wohl kaum, allenfalls ein Liebling seiner Partei. Im Parlament ist er ein Vertreter des Volkes, als Vortragsreisender ein Freund der Wirtschaft, die ihm jedes gesprochene Wort vergoldet. Ein Diener zweier Herren auch er! Doch wird er vom Volk nicht frenetisch gefeiert, vielmehr wird er steinhart von ihm einst gefeuert.

Horst Buder

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren des Monats März!

Am 30. März vor **94 Jahren** wurde **Albert Beise**, Berlin, geboren.

Helmut Lindenlaub (7. 3.) aus Sömmerda, **Charlotte Süße** (9. 3.) aus Schwerin und **Ruth Hausig** (17. 3.) aus Frankenberg kamen vor **90 Jahren** zur Welt. Wir gratulieren unseren ältesten Kampf- und Weggefährten.

Herzliche Grüße und gute Wünsche übermitteln wir den fortan **80jährigen**: **Manfred Volland** (9. 3.) aus Strausberg, **Helmut Braunschweig** (12. 3.) aus Schorfheide, **Gottfried Hamm** (15. 3.) aus Graal-Müritz, **Hansjürgen Krösche** (30. 3.) aus Rostock und **Manfred Wiesnewsky** (31. 3.) aus Friedersdorf.

Der Zustrom zu den Reihen der **75jährigen** hält unvermindert an. Wir beglückwünschen **Klaus Stachowiak** (3. 3.) aus Cottbus, **Jürgen Siegel** (7. 3.) aus Gotha, **Hans-Joachim Eichler** (11. 3.) aus Pfaffenhofen, **Rolf Groß** (14. 3.) aus Artern, **Peter Linzer** (17. 3.) und **Peter Rauscher** (28. 3.), beide aus Berlin und **Erwin Koppe** (29. 3.) aus Jena.

Verstärkung erhält auch das Lager der **70jährigen**. Wir übermitteln Grüße enger Verbundenheit an **Helga Kirste** (15. 3.) aus Bautzen, **Woldemar Denski** (16. 3.) aus Zülow, **Christine Friedrich** (20. 3.) aus Ottendorf-Okrilla, **Barbara Lohse** (22. 3.) aus Halle/S., **Wolfgang Schlicht** (24. 3.) aus Chemnitz, **Walter Grenzsbach** (26. 3.) aus Berlin, **Bernd Passoth** (26. 3.) aus Gera, **Margot Bärwinkel** (29. 3.) aus Walschleben und **Reinhard Faust** (31. 3.) aus Halle/S.

Jüngster Veteran ist diesmal **Detlef Werner** aus Güstrow, der am 8. März sein **60. Lebensjahr** vollendet. Alles Gute, lieber Genosse!

Auch diesmal sind in unsere Glückwünsche alle anderen Geburtstagskinder des Monats eingeschlossen.

Eine mutige Frau im Westen: Marianne Konze

Schon als Kind hat sie erfahren, was Hunger, Not, Verfolgung und Krieg bedeuten. Ihre Eltern, aus dem thüringischen Arbeitermilieu stammend, boten ihr Halt, so gut es ging. Deren politische Einstellung – der Vater war in der Gewerkschaft und in der KPD organisiert – prägte sie fürs Leben. In den von ihr selbst herausgegebenen Aufzeichnungen – Erinnerungen an eine Zeit voller Kampf, Auseinandersetzung, aber auch persönlichen Glücks und Leids – bekennt sie: „Links war ich immer!“ Das werden alle, die sie kennen, bestätigen. Marianne Konze (84) gehörte zu den ersten, die nach dem Krieg aktiv an der gesellschaftlichen Umgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone teilnahmen. Doch hier, in ihrem Geburtsort Triebes, blieb sie nicht. Auf der Rosa-Luxemburg-Schule lernte sie einen Kommunisten aus Westdeutschland kennen. 1953 heirateten beide, und ein Jahr später zog sie zu ihm ins Ruhrgebiet.

Diese ganz anders geartete Welt forderte sie oft bis an ihre Grenzen. Doch Marianne wußte sich gut aufgehoben – bei Robert, ihrem Mann, der sich als Gewerkschafter

und Aktivist in der KPD, später der DKP engagierte, bei den Genossen der Partei und unzähligen Freunden, die ihr stets eine Stütze waren. Ohne politische Arbeit konnte sie nicht sein. Sie war immer dabei, hat nie aufgegeben, ist ihrer Überzeugung treu geblieben. Bis heute. Dort, wo sie sich zu Wort meldete, wurde sie gehört, hinterließ sie Spuren. Das betraf vor allem ihren Einsatz in der Frauenfrage, die ihr besonders am Herzen lag. Marianne kannte nicht nur die Probleme proletarischer Frauen, sondern beteiligte sich selbst an deren Aktionen zur Durchsetzung von Forderungen nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, nach Arbeitszeitverkürzung, Abschaffung des § 218 und vielem mehr. Es gehört nicht zuletzt auch zu ihren Verdiensten, daß der Internationale Frauentag seit Beginn der 70er Jahre im Westen wiederbelebt werden konnte.

Aus Mariannes Notizen wird ersichtlich, mit welchem Elan sie sich als Mitglied des Sekretariats des DKP-Parteivorstandes, dem sie von 1984 bis 1989 angehörte, der Vertretung der Rechte der Frauen widmete. 1975 war es dann soweit: Die DKP erwies

sich als erste Partei der Alt-BRD, die ein eigenes Frauenprogramm besaß.

Man kannte Marianne aber nicht nur in den Reihen ihrer Partei. Sie wußte, wie wichtig es ist, auch in „anderen Kreisen“ wirksam zu werden, Bündnispartner zu gewinnen. Diese keineswegs einfache, oft mit Rückschlägen verbundene Arbeit machte sie aber nicht mutlos. Als bereits 75jährige entschloß sie sich, auf der Offenen PDS-Liste in Gelsenkirchen zu kandidieren. Sie wurde gewählt und hat als Alterspräsidentin des Stadtparlaments so manchen Kampf ausgefochten.

Nicht zuletzt muß ihr Widerstand gegen alte und neue Nazis und ihr Eintreten für den Frieden – an sämtlichen Ostermärschen hat Marianne von Beginn an teilgenommen – Erwähnung finden. Noch heute ist sie mit jungen Leuten in Kontakt, um aufzuklären und mitzuhelfen, daß immer mehr Menschen gegen Krieg und Faschismus aufstehen. „Wir dürfen nicht schweigen – unsere Kinder und Enkel müssen es wissen, damit sie so etwas nie erleben“, ist der letzte Satz in ihren Aufzeichnungen, dem nichts hinzuzufügen ist. **B. S.**

Johannas verlorenes Land

So ein blaues Halstuch hätte ich auch gerne“, sagt Janek, mein Enkel, als ich ihm die Geschichte von dem kleinen Kobold vorlese, der nach „Übergestern“ reist – in eine längst vergangene Zeit ... „Nein, lieber das rote“, überlegt er, schließlich sei er schon zehn. Obwohl – blau passe eigentlich besser zu Jungen. Wie dem auch sei, Janek ist traurig, daß es das Land, in dem die Kinder Pioniere sein konnten, nicht mehr gibt. Warum eigentlich?

Wie erklär ich es ihm? Er hat ein Recht darauf zu erfahren, wie das Leben in der DDR wirklich war. Ich bin dankbar, daß ich auf die Geschichte vom Kobold Frodewin zurückgreifen kann.

Eines Nachts erscheint er bei Johanna, die ihn einlädt, bei ihr zu bleiben, denn der kleine Hausgeist ist sehr neugierig, und seine neue Freundin kann viel erzählen ... Er besteht darauf, daß auch sein Bruder Cardamono dabei ist, denn der sammelt „echte“ Geschichten, solche, die wirklich passiert sind.

Johanna ist in ihrem Element. Ihr Kopf ist voll von den gestohlenen, verlorengegangenen, tatsächlich wahren Begebenheiten. Sie trugen sich zu, als es die DDR noch gab. Hier arbeitete Johanna, die im richtigen Leben Edda Winkel heißt, als Lehrerin und Schuldirektorin. Heute bezieht sie Rente, lebt in Hönow bei Berlin und erwartet jeden Monat mit Spannung den „RotFuchs“. Wer die Zeitschrift aufmerksam liest, dürfte bemerkt haben, daß auch ihr Name jetzt im Impressum steht. Also, Carda ..., nein,

nicht Cardamom, das ist ein Gewürz, überlegt sie. An dieser Stelle fängt Janek an zu lachen. Cardamom, wie lustig, das weiß er doch schon längst ...

Aber weiß er auch, was es mit dem Lied von der kleinen weißen Friedenstaube auf sich hat? Johanna singt es dem Kobold vor. Auch ich tue es, als wir uns beide wieder einmal in das Büchlein vertiefen.

„Das ist schön“, sagt Janek, der sich sonst nur von schrecklich lauter Musik beeindruckt läßt. Noch nie hat er gehört, daß es Lieder über den Frieden gibt. Er fängt an, nachdenklich zu werden. Krieg heute, Frieden damals – in der Schule haben sie noch nie darüber gesprochen.

Neu für ihn ist auch, daß es eine Friedensfahrt gab, und daß Täve Schur, von dem er durch Johanna zum ersten Mal hört, auf einen dritten Weltmeistertitel verzichtete, um seinen Freund siegen zu lassen. „Cool“, kommentiert Janek.

Dann erscheint noch Frodewins Tante, die Hexe Sybilla, in Johannas Wohnzimmer. Sie war auf dem Blocksberg hinter der Hönower Kirche. Diese Gegend kennt Janek. Er stellt sich vor, wie die Hexe, die eine Gute ist, dort herumspringt. Sybilla kommt aber nicht auf dem Besenstiel angeschwebt, sondern auf einem Laserstrahl. So etwas konnten wir zu DDR-Zeiten noch nicht, dafür haben wir aber eine ganze Menge Erinnerungen an unvergeßliche Abenteuer wie den Bau des Überseehafens Rostock, in dem auch die Tatkraft der Jugend steckte. Sybilla läßt, da eine richtige Hexe natürlich

den entsprechenden Zauberspruch kennt, Frodewin in die Vergangenheit reisen. Im Handumdrehen ist er weg und findet sich im ersten Waggon der Pioniereisenbahn in der Wuhlheide wieder. Er staunt über das bunte Treiben im Pionierpalast und weiß gar nicht, wo er zuerst hingehen soll. Eine Fahrt mit der Parkbahn, wie die Pioniereisenbahn jetzt heißt, kostet inzwischen 50mal mehr als früher. Janek beneidet die Kinder von damals.

Übrigens ist Frodewin dank Sybillas Zauberkraft wieder in die Gegenwart zurückgekehrt. Zuvor hatte er bei einer Rundreise in luftiger Höhe von der Ostsee bis zum Erzgebirge – diesmal auf Sybillas Besenstiel – die Reste einer langen, das Land teilenden Mauer entdeckt. Johanna hat dafür eine Erklärung, die ihre kleinen Gäste gut verstehen.

Überhaupt ist alles, was sie zu erzählen weiß, spannend, pointenreich, humorvoll und, was mich am meisten berührt, wahrhaftig.

Wer nach Wegen sucht, seinen Enkeln oder Urenkeln das Leben in der DDR nahezubringen, sollte ihnen „Ein Kobold reist nach Übergestern“, den Edda Winkel für Kinder ab 10 gedacht hat, in die Hand geben.

Das zauberhafte, mit Zeichnungen von Schülern der Friedrich-Schiller-Grundschule in Berlin-Mahlsdorf geschmückte 72 Seiten starke Büchlein ist im BS-Verlag Angelika Bruhn, Rostock, gerade erschienen. Preis 7,50 €, ISBN 978-3-86785-237-1

Bruni Steiniger

Archie und die genervte Nachbarin

Archie hatte einmal vor längerer Zeit eine fast erfundene Nachbarin zitiert, die nie erwähnt sein wollte, und wenn schon, dann nur positiv. Sie besaß ein stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein, war zu DDR-Zeiten im medizinischen Bereich tätig und ist noch immer kulturell sehr aufgeschlossen. So geht sie in klassische Konzerte und zu Veranstaltungen der verschiedensten Art, allerdings auch zu den „Großbauten des Kapitalismus“, zu sogenannten Events oder in neueröffnete Museen und diverse Ausstellungen. Archie, von Muse Guste geküßt, hatte anlässlich eines runden Geburtstags eine Art Ode auf sie verfaßt, ein Hoch auf eine liebe und hilfsbereite DDR-Nachbarin. Diese trug er in ihrem Familienkreis vor. Archie war froh, so wenigstens etwas vom guten alten Geist früherer Hausgemeinschaften vorkapitalistischer Tage bewahren zu können. Gelegentlich kam die Nachbarin auch zu ihm rüber und rauchte in seiner Wohnküche gemeinsam mit Archies Partnerin ein Zigarettenchen, was in ihrer eigenen Wohnung strikt verboten war. Denn ihre erwachsene Tochter, mit der sie zusammenlebte, war eine militante Nichtraucherin.

Archies Fernsehküche, in der auch lebhaft debattiert wurde, ähnelt eigentlich mehr einem Antiquitätenladen mit Souvenirs aus aller Herren Länder. An dem alten Canasta-Kneiptisch mit dem dicken Mittelfuß läßt es sich über dies und das gut klönen, auch auf frühere Reisen und vergangene Zeiten anstoßen.

Archie staunt manchmal darüber, was Küchen heutzutage so kosten, wenn er sich inmitten seines gemütlichen Mobiliars mit den vielen dekorativen Details, auch aus der sozialistischen Ära, aufhält.

Die Nachbarin brachte Gebackenes mit, sogar Mohnklöße, die es in Archies Breslauer Kindheit nur zu Weihnachten gab und deren Rezept sie irgendwoher kannte. Einmal äußerte er: „Ach, ich würde Sie gerne mal in einer meiner Geschichten erwähnen, natürlich nicht konkret, sondern als das Sinnbild einer freundlichen Nachbarin, wie es sie ja eigentlich fast überall gibt. Mit anderen Worten: einer Frau, die den guten Geist aufgeschlossener Hilfsbereitschaft im Hause verkörpert. Ich würde Sie also nicht beim Namen nennen, sondern an Ihrem Beispiel jene sympathischen Mitmenschen darstellen wollen, die nach all den Enttäuschungen von Politik nichts mehr wissen möchten und die Politikverkäufer der tonangebenden Parteien nur noch nach ihrem Aussehen beurteilen. Die Nachbarin schien dem teilweise zuzustimmen, fand die Sache dann aber doch zu nervig. „Wer sieht da schon durch, lieber Herr Einfalt, die machen ja doch mit uns, was sie wollen“, verlegte sie sich auf einen heute gebräuchlichen Dutzendsatz. Solche Worte erbosten Archie besonders, so daß er beschloß, über sie zu berichten, aber ganz anonym, also über einen Menschentyp, der dem „Mainstream“ dieser Tage einfach nicht gewachsen ist.

Die Zeit scheint vorerst für die Sieger dieser Runde der Geschichte zu arbeiten. Trotz des Krisenkapitalismus verfügen die Mächtigen über die Gewalt der Medien und deren pausenlose Gehirnwäsche. Wer wirklich gegen den Strom schwimmt, kommt dort einfach nicht mehr vor.

Einmal wurde Archie von einem fürchterlichen Getöse aus leichtem Schlaf gerissen. Ein Hubschrauber der Bundeswehr hatte das Dach des Hauses fast rasiert. Er torkelte im Pyjama benommen aus seiner

Schlafkammer in den Hausflur und knipste das Licht an. Dort stieß er auf die Nachbarin, die ein ähnliches Gewand trug. Sie sah völlig verwirrt aus. „Der Krach bringt mich noch um!“, rief sie entrüstet. Archie suchte sie zu beruhigen. „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im Nachtgewand?“, kam es ihm in den Sinn. Als er diese Episode später in einem Buch erwähnte, fühlte sich die Nachbarin bloßgestellt. Seitdem spricht sie kein Wort mehr mit ihm. In dem Beitrag waren unglücklicherweise auch noch die Worte „betroffen“ und „besoffen“ verwechselt worden. Der Nachbarin wurde fälschlich das zweite Adjektiv zugeordnet.

So bleibt die Sache prekär. Als Archie wiederholt versuchte, ihr das Zustandekommen des dummen Druckfehlers zu erklären, blieb sie stur. Sie glaubt offenbar, „alle Welt“ würde Archies Texte lesen und jetzt annehmen, sie sei tatsächlich dem Alkohol verfallen. Mit Mohnklößen ist also für immer Schluß. Dabei weiß Archie, daß die Nachbarin auf seine Notizen zu DDR-Zeiten bestimmt nicht so schroff reagiert, sondern über den kleinen Ausrutscher laut gelacht hätte. So ändern sich eben die Menschen mit den Zeiten.

Archie findet natürlich wie stets in solchen Fällen wieder ein paar Zeilen bei Eugen Roth. „Gründliche Einsicht“ hat dieser seinen Text überschrieben.

Ein Mensch sah jedesmal noch klar: / Nichts ist geblieben so, wie's war. / Woraus er ziemlich leicht ermißt: / Es bleibt auch nichts so, wie's grad ist. / Ja, heut schon denkt er, unbeirrt: / nichts wird so bleiben, wie's sein wird.

Manfred Hocke



Collage: G. L.

Leserbriefe an RotFuchs



Unserem stets Klartext schreibenden und kein Blatt vor den Mund nehmenden fuchsschlauen RF gratuliere ich nachträglich zu seiner „Jugendweihe“. Schon 15 Jahre leuchtet das rote Fell dieses standfesten Zeitgenossen nun bereits ungebleicht. Ihm zu Ehren habe ich einen ursprünglich aus reiner Tierliebe entstandenen Vers etwas geändert und erweitert.

Kein roter Fuchs geht in die Falle,
die man ihm in den Weg gestellt.
Wach sind Auge, Ohr und Krallen
und sein listig' Geist erhellt.
Soll'n sie doch spucken Gift und Galle,
die Rotfuchsjäger dieser Welt!

Manfred Wild, Berlin

Habt Dank für den herausragenden „RotFuchs“-Jahrgang 2012! Als jungem Leser und Abonnenten gefallen mir vor allem die Beiträge über die DDR, welche die notwendige Selbstkritik mit prinzipieller Verteidigung der ersten Arbeiter- und Bauern-Macht und des ersten Friedensstaates auf deutschem Boden klug zu kombinieren wissen. In Zeiten der „marktkonformen Demokratie“ und der neuerlichen Propagierung des „Feldes der Ehre“ als Abhilfe für die „Glückssucht“ meiner jungen Generation halte ich es mit Peter Hacks: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“

Auch bin ich den in jeder Hinsicht erfahrenen Genossen für die Einführung in den Marxismus dankbar, von den Leitartikeln Klaus Steinigers ganz zu schweigen.

Ich wünsche der Redaktion weitere Erfolge bei der Zusammenführung der revolutionären Sozialisten und der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, der größten Errungenschaft der deutsche

(Gymnasiast), Essen

Herzliche Grüße und Wünsche dem ganzen Kollektiv des „RotFuchs“ – der echten marxistisch-leninistischen Zeitschrift in Deutschland, die eine breite Plattform für Kommunisten und Sozialisten darstellt. **Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wrocław**

Ein Freund in Großbritannien hat mich gefragt, wie die politische Lage nach den Wahlen vom 25. November bei uns sei. Hier die Quintessenz meiner Antwort: In Madrid sagen offizielle Medien, die Unabhängigkeit Kataloniens sei deshalb nicht möglich, weil die dafür eintretende CiU die absolute Mehrheit verfehlt habe. Doch sie vergessen, daß drei Viertel der Abgeordneten des neuen katalanischen Parlaments zu politischen Parteien gehören, die sich am 24. Januar für ein Referendum über die Selbstbestimmung ausgesprochen haben.

Die rabiaten Maßnahmen, welche die spanische Regierung unter Ministerpräsident Rajoy von der rechtsgerichteten Volkspartei (PP) mit Zustimmung der katalanischen Regierung unter Artur Mas und der hiesigen PSC-„Sozialisten“ durchsetzt, haben den Konflikt zwischen Madrid und Barcelona nur noch verstärkt. Die PSC, Bestandteil der sozialdemokratischen PSOE, ist heute mehr denn je diskreditiert. Doch die vorgenommenen Einschnitte sind noch viel größer als unter der PSOE-Regierung. Kataloniens und Spaniens Arbeiterklasse leidet nicht nur unter den Auswirkungen der globalen Krise, sondern auch auf Grund der wilden neoliberalen und bedrückenden Manieren, derer sich die herrschende Klasse bedient, um dieser Krise zu begegnen.

Heute ist die Macht der manipulierten und zugleich manipulierenden Medien auch bei uns größer als je zuvor. So ist das einzige Spanien-Bild, das man

in Katalonien verkauft, das Suggestieren des Zentralismus. Die Tatsache, daß die der Stimmenzahl nach drittstärkste Partei – die Vereinigte Linke (IU) – im Madrider Parlament die Selbstbestimmung für Katalonien unterstützt hat, wird dabei völlig ignoriert.

Rechtsanwalt Francesc Arnau i Arias, Barcelona

Wir trauern um einen wertvollen Menschen. Am 22. Dezember ist der langjährige Direktor im Druckmaschinenwerk Leipzig, Genosse Martin Senf, verstorben. Als Parteisekretär und Parteiorganisator des ZK war er an der Entwicklung des Kombinars Polygraph maßgeblich beteiligt. In der Familie fand er, der hohes Ansehen genoß, Kraft und Motivation für seine Arbeit, Freude und Erfüllung auch als Rentner. Für mich war er nicht nur Schwiegervater, sondern auch ein streitbarer politischer Wegbegleiter und vor allem ein väterlicher Freund.

Als sein politisches Erbe übernehme ich das nach seinem Tode nur für kurze Zeit unterbrochene Abonnement der Zeitschrift „RotFuchs“.

Kay Bialowons, Leipzig

Nachdem ich im Sommer 2011 an einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Dresden zum 13. August 1961 teilgenommen hatte, worauf ein ergiebiges Gespräch mit deren Vorstand folgte, gehöre ich zu den RF-Beziehern. Dafür – und insbesondere für den Inhalt des Blattes – bedanke ich mich. Immer mal wieder wollte ich mich zu anregenden Beiträgen äußern. Der Leitartikel „Über Bekennermut“ im Dezemberheft hat das endlich bewirkt. Die darin beschriebene Haltung macht Mut. Mir hat besonders die Erwähnung der zutreffenden Parole von Peter Hacks und die Aussage gefallen: „Es ist ein gutes Gefühl, den Ballast karrieresüchtiger Glücksritter losgeworden zu sein.“

Die Toleranz, die dem durch Klaus Steiniger erwähnten „hohen Vorgesetzten“ durch Weglassen seiner Funktionen entgegengebracht wird, ist mehr als großmütig. Ohne Rachegegedanken zu hegen, würde es mich schon interessieren, ob dieser Mann wenigstens heute Ergebnisse des Nachdenkens sein eigen nennen kann.

Manfred Jantsch, Pirna

Ich habe nun zum zweiten Mal eine gedruckte Ausgabe Eurer sehr interessanten und informativen Zeitschrift erhalten und sie sofort von vorne bis hinten durchgelesen. Ich hoffe, daß es dieses Medium noch lange gibt und daß es mir auch weiterhin etwas Zuversicht in unserer von der Reaktion überschatteten Gegenwart vermitteln kann. Herzlichen Dank und weiterhin viel Erfolg bei der Herausgabe des „RotFuchs“.

Wilfried Bader, Angerberg (Tirol)

Den Leitartikel im Januar-„Rot-Fuchs“ begrüße ich sehr, vor allem die Schlußfolgerungen zum Bemühen um die Einheit aller linken Kräfte, damit deren Einzug ins Parlament gesichert wird, natürlich als Opposition. Er rückt das Gemeinsame in den Vordergrund. Das erleben wir leider in manchen Veranstaltungen auch ganz anders.

Meine Sympathie – auch die meines Mannes – für den „RotFuchs“ ist weiter gestiegen.

Dagmar Schmidt, Suhl

Im Leitartikel „Plädoyer gegen Beinfreiheit“ (RF 180) heißt es, der Unterschied zwischen Angela Steinbrück und Peer Merkel sei keineswegs prinzipieller Natur. Hat sich bei diesen beiden Lenkern der Geschichte des Kapitals eine Geschlechterumwandlung vollzogen, oder wie meint der Autor das? Übrigens: Die Wahl in Niedersachsen hat die Aussagen dieses Artikels vollauf bestätigt.

Prof. Dr. Dieter Rost, Kirschau

Bei meinem letzten Aufenthalt in Pinar del Rio habe ich an der dortigen Universität in einer Weiterbildungsveranstaltung vor Lehrkräften zum Thema „Ursachen des Scheiterns des Sozialis-

mus in Europa“ referiert. Dabei versprach ich den kubanischen Genossen: „El socialismo no debe perencer! Le apoyaremos siempre!“ (Der Sozialismus darf nicht untergehen! Wir werden Euch immer unterstützen!)

Es erfüllt mich mit großer Freude, daß die Arbeitsgemeinschaft „Cuba Sí“ bei der Partei Die Linke seit über 20 Jahren Solidaritätsprojekte in Kuba organisatorisch, materiell und finanziell hervorragend unterstützt. Vor allem informiert sie regelmäßig über Kontinuität und Wandel in Kuba und bemüht sich erfolgreich um die realistische Darstellung der Entwicklungsprozesse dort und in ganz Lateinamerika. Sie initiierte auch die Anhörung im Bundestag, in deren Folge Einigkeit bestand, über eine neue Kuba-Politik in der EU – ohne Blockade und Embargo – wenigstens nachzudenken. Mich und viele andere entsetzt, daß kurz danach einige Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine kleine Anfrage an den Bundestag richteten, um jeglichen Erfolg zu torpedieren. Mit 15 Fragen wird auf angebliche Menschenrechtsverletzungen in Kuba angespielt.

Mich würde interessieren, ob jemals auch nur einer der Unterzeichner dieser „Anfrage“ mit Kubas einfachen Menschen gesprochen hat. Dabei hätten die Betreffenden erfahren können, wie sich die Folgen der seit 20 Jahren praktizierten Blockade- und Embargopolitik auf die Kubaner auswirken.

Dr. Gisela Sonntag, Jena

In den letzten Monaten ging es in den Medien einmal mehr gegen die „Untaten des SED-Regimes“: Da war von Strafgefangenen die Rede, die „für IKEA schuften“ mußten. Man forderte von dem schwedischen Unternehmen sogar, einen Entschädigungsfonds für die „Gefängnis-Zwangsarbeiter“ aufzulegen. Das Kontrastprogramm hierzu: Per Internetseite wirbt die JVA Niedersachsen für Produkte, die von den Insassen dieser Anstalt hergestellt werden. Dort preist man sich folgendermaßen an: „Wir sind ein moderner und leistungsstarker Landesbetrieb mit betriebswirtschaftlicher Ausrichtung. Unser Anliegen ist die Stärkung der regionalen Wirtschaft. Hierzu steht Ihnen in unseren Fertigungs- und Lohnarbeitsbetrieben in Niedersachsen ein breites Angebot an Dienstleistungen, Handwerk und industrieller Produktion zur Verfügung.“

In den Eigenbetrieben fertigen Gefangene unter der Anleitung qualifizierter Handwerksmeister – je nach Bedarf mit hochmodernem Maschinenpark – Halbfertigfabrikate und Serienprodukte im Kundenauftrag. ...

Ihre Vorteile: Verringerung des Ressourceneinsatzes – Kosteneinsparpotentiale – Sicherung von Arbeitsplätzen durch das Outsourcing niederschwelliger Arbeiten. ...“

Bei mir als früherem Personalratsvorsitzenden eines Betriebes mit 900 Mitarbeitern ging sofort die „rote Lampe“ an, ist doch „Outsourcing“ das Lohndrücker-Element schlechthin. Die betroffenen Arbeiter unterschreiben fast alle Verschlechterungen. Davon berichten unsere tonangebenden Medien nicht. Doch beim Thema „DDR-Zwangsarbeit für IKEA“ sind sie voll dabei.

Johann Weber, Ruhstorf (Niederbayern)

1946 kehrte ich aus norwegischer Kriegsgefangenschaft zurück und begab mich zu Verwandten nach Ahlbeck im heutigen Kreis Uecker-Randow. Ich hatte Glück: Auf die Neulehrerausbildung in Putbus folgte eine Lehrertätigkeit in Ahlbeck. Nach der Weiterbildung, die mit der zweiten Lehrprüfung abgeschlossen wurde, setzte ich meine Schulpraxis in Saßnitz fort. 1952 wurde ich als Dozent an das Institut für Lehrerbildung in Putbus berufen. Mein Hauptfach war Psychologie. Nach dem späteren Abschluß als Diplom-Pädagoge nahm ich 1966 eine planmäßige Aspirantur an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR auf.

Wer das alles bezahlt hat? Von der Neulehrer-Ausbildung bis zur Promotion ist der Staat DDR nicht nur bei mir für alles aufkommen.

Dr. Ernst-Ludwig Hischer, Rostock

Meine Zeilen sollen die „RotFuchs“-Leser mit einer hiesigen Initiative besonderer Art bekanntmachen. Frauen unserer in Mecklenburg gelegenen Stadt waren, ohne selbst Mitglieder dieser Organisation zu sein, elf Jahre lang unter dem Signum „dfb“ regelmäßig zusammengekommen. Doch der vom Land unterstützte „dfb-Treff“ wurde nur so lange als solcher anerkannt, wie finanzielle Mittel für die Leiterin, ABM-Kräfte und 1-Euro-Jobber zur Verfügung standen.

Die eingefleischte Frauengruppe gab indes nicht einfach auf. So entstand der „Wariner Frauentreff“. Er bietet wie bisher eine Plattform für Gespräche jeglicher Art. Bis auf den Namen habe sich eigentlich nichts geändert, erfuhr ich von Renate Werber. Der Veranstaltungsplan des Frauentreffs umfaßt weiterhin Vorträge, Sport, Grillabende, Knobeln, Frauenfrühstück, Ausfahrten und nicht zuletzt gemütliche Stunden zu besonderen Höhepunkten des Jahres. Dabei fehlt es natürlich nicht an leckerem Selbstgebackenem.

Daß sich die Frauen auch bei Veranstaltungen der Stadt mit einbringen, hat in Warin schon eine lange Tradition. **Wolfgang Schrein, Warin**

Ich habe die Zuschrift von Raja Mitz aus Leipzig gelesen. Mich erschüttert, daß Eberhard Aurich so etwas im ND von sich gegeben hat. Ich war zu DDR-Zeiten in Wolgograd. Am Mamajew-Hügel mit der Statue „Mutter Heimat“ kamen mir unwillkürlich die Tränen. Wie viele Rotarmisten haben damals ihr Leben auch für unsere Freiheit geopfert! Wie die DDR, so wird Stalingrad – das heutige Wolgograd – niemals in Vergessenheit geraten. Es ist ein ewiges Ruhmesblatt der Völker der Sowjetunion. Heute erleben wir in der BRD wieder bittersten Kapitalismus und Imperialismus. Raja Mitz spricht mir aus dem Herzen.

P.S.: Auch die Zuschrift von Arndt Näser aus Riesa finde ich bemerkenswert. Peter Sodann verdient wirklich unsere Wertschätzung. Dieser Mann ist auf seine Weise einzigartig. Dank auch an ihn!
Frank Sterzinger, Potsdam

Mir fiel das kleine Büchlein „Sie werden plaziert“ von Wolfgang Schubert und Hans-Dieter Schütt in die Hände. Ich dachte sofort an den ihn betreffenden Artikel im Dezember-RF. Wenn man Schütts Aphorismen liest, kann man die „Bandbreite seiner Entwicklung“ gut erkennen. Wobei man bei einigen – mit dem Wissen von heute – schon recht nachdenklich werden kann. Ein Beispiel: „Wo auch immer, wann auch immer, bei wem auch immer: Er paßte sich an. Die davon profitierten, nannten ihn einen schöpferischen Menschen.“ So fühlt er sich gewiß auch. Das Büchlein ist seinerzeit im Sport-Verlag erschienen.

Brigitte Butzke, Neubrandenburg

Das ND vom 11. Januar veröffentlichte einen Leserbrief Dr. Wilfried Poßners zu Hans-Dieter Schütt. Darin äußerte sich Poßner über „Errungenschaften des Sozialismus, die mancher Zeitgenosse nach über 20 Jahren noch auszumachen“ meine. Offensichtlich hat Herr Dr. Poßner diese Errungenschaften niemals verinnerlicht. Ich frage mich, was er unseren Kindern als Pädagoge und Vorsitzender der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ eigentlich beigebracht hat. Zur Bewertung des eigenen Lebens in der DDR gehört doch auch Ehrlichkeit gegenüber sich selbst. Das ist nicht immer leicht. Gesprächspartner und Freunde sind 1989/90 urplötzlich abhanden gekommen, ehemalige Mitarbeiter wechseln die Straßenseite, um nicht grüßen zu müssen. Als Leutnant des MfS war ich wohl eher kein Entscheidungsträger, aber bis heute bin ich davon überzeugt, das Richtige getan zu haben. Das baut mich auf.

1969 war ich als Fünfzehnjähriger in Meetzen wohl der jüngste FDJ-Sekretär im Kreis Gadebusch. Wir haben freiwillig und unentgeltlich die Wiesen der örtlichen LPG melioriert, natürlich ohne Bagger. Dafür gab es das Ehrenbanner „Katja Niederkirchner“. Wir waren stolz darauf. Alteingesessene

fragten mich damals: „Was aber wird, wenn der ‚Graf‘ eines Tages zurückkommt?“ Dennoch gelang es mir, die Nachkommen einstiger Altbauern für unser Vorhaben zu gewinnen.

Wenn ich heute in Meetzen bin, sagen mir Alte, die noch da sind: „Wilfried, Du hast Dich damals aber was getraut. Den Mut dazu hätten wir nicht gehabt.“ Im Unterschied zu Herrn Poßner stehe ich zu dem, was ich getan habe. Offensichtlich versteckt er sich hinter Herrn Schütt, damit die Zeitung seinen Gesinnungswandel bekanntmacht.

Wilfried Steinfath, Berlin

Herzlichen Dank für den allmonatlich ins Haus kommenden RF. Leider fehlt mir durch meine Tätigkeit in einem Mehrgenerationenhaus oftmals die Zeit für Leserbriefe und Reflexionen. Diese Arbeit hat indes den Vorteil, daß ich täglich mit Menschen verschiedener Altersstufen zu tun habe. Wir sind bemüht, „etwas sozialen Kitt in die Risse dieser Gesellschaft zu schmieren“. Das fällt schwer, zumal die Leidensfähigkeit vieler Menschen immer noch nicht ausgereizt zu sein scheint und die phlegmatische Meinung von den Dingen, die sich nicht ändern lassen, leider vorherrschend ist. Besonders die RF-Leserbriefe haben es mir angetan. Da finde ich bei den Unterzeichnern immer mal wieder ehemalige und sicher auch heutige Kämpfer, die weiter zur Sache stehen und diese Tribüne nutzen. So geht mein Gruß an Karl Fröhlich aus Gera, der seinen Familiennamen völlig zu recht trägt und lebt. (Für Insider: in Erinnerung an die „Graulinge“)

Anlaß dieses Schreibens ist jedoch der kleine Kasten auf Seite 28 der Dezemberausgabe. Mit Juri Klugmann, der heute in Kanada lebt und dort journalistisch tätig ist, verband mich einige Zeit unser gemeinsames Studium und die gemeinsame Bude. Das könnte etwa 27 Jahre her sein. Bitte übermittelt doch Juri aufrichtige und herzliche Grüße. Meine Mail-Adresse: Roweidner@gmx.de

Ronald Weidner, Arzberg

Die Geschichtsaufarbeitung ist – fast 68 Jahre nach dem Sieg der Alliierten über Nazideutschland – mehr denn je ein dringendes Erfordernis. Die westliche Seite operiert mit Halbwahrheiten, Verhöhnung, Verdrehung und Kriminalisierung. Sie ist auf jede Weise bestrebt, den als „SED-Diktatur“ bezeichneten sozialistischen deutschen Staat mit dem Naziregime gleichzusetzen. Doch das ist reine Irreführung. Der Hitlerfaschismus war Bestandteil und Speerspitze des Kapitalismus, um das erste von Kommunisten regierte Land der Welt auszulöschen. Dem Potsdamer Abkommen und dem Urteil der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse entsprechend wurden in SBZ und DDR die Grundlagen für eine Abkehr von der NS-Diktatur geschaffen. Andererseits gelangten belastete Größen von einst und deren Helfershelfer mit Duldung der westlichen Siegermächte in der BRD zu neuer Blüte.

Prof. Dr. Michael Wolfshagen von der Bundeswehrhochschule München ging so weit, die Ostdeutschen als „Unterschicht“ zu bezeichnen. Das zeugt von der Relevanz der Vergangenheit selbst im Sprachgebrauch.

Siegmar Knobloch, Blankenstein

Ein Wort zum Auschwitz-Artikel „Beschreibung des Unbeschreiblichen“: Es sollte nicht unerwähnt bleiben, welche Funktion dieses und andere Lager hatten. Es handelte sich um eine bürokratische und industrielle Todesmaschinerie zur Vernichtung vor allem der Juden Europas. Dieser Gedanke wurde m. E. im Bericht der Freunde aus Gera, der 68 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee erschien, nicht deutlich genug benannt.

Rainer Katlewski, Berlin

Mit Interesse habe ich den Beitrag von Jobst-Heinrich Müller „Kein Antifaschismus ohne Thälmann“ im RF 179 gelesen. Als Mitautor des bei Wiljo Heinen erschienenen „Thälmann-Reports“ besorgt mich

die sukzessive Entfernung der Partei Die Linke von Ernst Thälmann. Gerade in Zeiten, in denen der Neofaschismus immer stärker aufkommt, müssen wir uns auf konsequente Antifaschisten und deren Auffassungen zwingend zurückbesinnen. Die Pflege ihres historischen Erbes ist deshalb aus meiner Sicht für eine linke sozialistische Partei geradezu gebieterisch. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Wechsel in der Führungsspitze wohl kaum dazu beigetragen hat, diese Thematik stärker ins Blickfeld zu rücken.

Rechtsanwalt Ralph Dobrawa, Gotha

Ich stimme mit Günter Glantes Artikel weitgehend überein. Sicher hat er recht, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung auch in der SBZ zunächst als Kriegsverlierer betrachtete und die „Rache der Russen“ fürchtete. Aber ich glaube, wir alle, die wir damals den Anfang des Aufbaus im Osten aktiv betrieben, haben erlebt, wie allmählich und nicht ohne Rückschläge – man denke an den 17. Juni 1953! – bei der Mehrheit der Menschen ein Gefühl des Stolzes wuchs, trotz der ungünstigen Ausgangslage und ständiger Störversuche reaktionärer Kräfte der BRD etwas Neues zu schaffen. In dieser Hinsicht kam der Losung „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ durchaus strategische Bedeutung zu. Daß dabei neben Richtigem auch Unsinniges geschah, sei nicht bestritten, doch das Positive überwog. Unser Weltbild war durch das Beispiel der Sowjetunion beim Aufbau einer ausbeutungsfreien Gesellschaftsordnung geprägt. Als die Parteiführung dann aber begann, Maßstäbe nicht mehr im eigenen Lager, sondern im „Westen“ zu suchen, setzte aus meiner Sicht die Bewußtseinserosion ein, die schließlich zur Anbetung von D-Mark und Banane führte. Unsinnige Parolen wie „Überholen ohne einzuholen“ gehörten ebenso zu den Ungereimtheiten wie eine Ideologie, die den „Konsumismus als Übergang zum Kommunismus“ ausgeben wollte.

Immer mehr setzte sich auch der dem Wesen des Sozialismus widersprechende Personenkult durch. Während man zu Walter Ulbrichts Zeiten ohne weiteres auch Äußerungen von Politbüromitgliedern kritisieren konnte – ich selbst habe das nach einer Hager-Rede in Böhlen getan –, wurde man später wegen „Belästigung vielbeschäftigter Genossen“ dafür scharf gerügt.

Dr. sc. Fritz Welsch, Berlin

Andrea Wohlfahrts Artikel „Vom Sinn unseres Lebens“ stimme ich im wesentlichen zu, habe allerdings Zweifel, ob es immer angebracht ist, die damalige Zeit aus heutiger Sicht zu beurteilen. Ich erlebte die Jugendweihe 1955 und war aus unserer Dorfschule der erste und einzige Teilnehmer. Die Jugendstunden sind mir noch in guter Erinnerung. Dazu mußten wir in die Kreisstadt fahren, bisweilen auch die etwa zehn Kilometer dorthin laufen. Wir waren von dieser zusätzlichen Bildungsmöglichkeit und unseren Gesprächspartnern geradezu begeistert. Anschließend konnten wir interessierten Freunden das dort Erfahrene mitteilen. Es stand oft im Mittelpunkt der Pausengespräche, da im Unterricht weder über die Jugendweihe oder die Vorbereitungsstunden darauf noch über das Buch „Weltall – Erde – Mensch“ auch nur ein Wort verloren wurde. Um so lebhafter Debatten gab es zu Hause und auf dem Dorfplatz. Auch später noch las ich wiederholt darin und lernte manches, was meinen Horizont erweiterte. Es widersprach dem, was Klassenkameraden aus dem Religionsunterricht mitbrachten. Inzwischen hat das Buch einer meiner Söhne geerbt, während der andere meine Jugendweiheurkunde erhielt.

Helge Tietze, Bautzen

In Velbert-Langenberg gibt es eine Geisterstraße, in der niemand wohnt. Das ist auch gut so. Mir wird nämlich speiübel, wenn ich daran denke, welche „Leistungen“ der Namensgeber Dr. Hans Karl Glinz erbracht hat. Auf dem Straßenschild

steht lediglich: „Initiator des Velberter Tunnels“. Tatsächlich besaß der Mann auf dieser Strecke eine enorme Erfahrung: aus dem Kohnstein im Harz, wo sich das KZ Mittelbau-Dora befand, und aus dem Thüringer Wald, der letzten Experimentierhöhle für eine deutsche Atombombe. In Dora hat Glinz, Experte für Preßbohrtechnik und Kalibergwerks-Vortriebstechnik, Zünder und Raketenteile für die V 2 herstellen und bombensichere Tunnel dazu in den Berg treiben lassen. Die Ehrung der Verdienste dieses Herrn um den „Tunnelbau“ ist ein Hohn auf die in der ewigen Nacht der Tunnel von Dora Verendeten. Mindestens 20 000 Häftlinge starben dort, während Herr Glinz mit seiner Firma Schmidt, Kranz & Co. daran verdiente. Er beschäftigte 630 Zwangsarbeiter und forderte bei der SS ständig etwa 100 bis 150 KZ-Häftlinge an.

Der Name Glinz muß aus unserer friedlichen Bücherstadt verschwinden! Viele Langenberger Einwohner wünschen sich, daß der Bürgermeister endlich den Ratsbeschluß umsetzt, sämtliche Straßennamen auf NS-Belastung überprüfen zu lassen. Ich bitte, RF-Leser, die mir in dieser Sache mit Informationen weiterhelfen könnten, um Unterstützung.

Wolfgang Gleibe, Velbert-Langenberg

Im RF 180 äußert sich Reinhard Melzer mißtrauisch in bezug auf die Kehrtwende des Pfarrers Führer. Ich kann diesem natürlich auch nicht ins Herz blicken, teile aber Melzers Argwohn nicht. Dieser Geistliche brauchte keine 23 Jahre, um den Kapitalismus zu durchschauen. Schon 1993 gründete er eine Hilfsorganisation für Arbeitslose, 1998 beteiligte er sich an der Organisierung von Demos gegen die Kohl-Regierung.

Wie sieht es andererseits mit dem Erkenntnisgewinn solcher ehemals prominenter SED-Funktionäre wie Berghofer, Schalk-Golodkowski, „Maueröffner“ Schabowski u. a. in Sachen Realkapitalismus aus? Oder auch bei manchen damals prominenten „Bürgerrechtlern“ und heutigen Spitzenpolitikern im Osten, die alle einmal „sozialistische“ Studenten waren? Aus diesen Kreisen hört man nur selten etwas von einer veränderten Sicht auf das Geschehen im „Wendeherbst“ 1989!

Pfarrer Führer hat es immerhin in Kauf genommen, als „Abtrünniger zu gelten und in die mediale Verbannung geschickt zu werden. Er ist wohl der einzige prominente „Revolutionär“, der seinen früheren Nimbus abgelegt hat. Ich halte ihn für einen Christen linker Orientierung.

Joachim Spitzner, Leipzig

Leute, die der kapitalistischen Marktwirtschaft folgen, können aus meiner Sicht keine vernünftigen Entscheidungen treffen, geht es dabei doch um nichts anderes als Ausbeuterei. Vorstellungen, gegen dieses System und das kapitalistische Denken anzugehen, gibt es ja schon seit sehr langer Zeit. Der derzeit von der Mehrheit beschrittene Weg dürfte indes nicht zum Ziel führen.

An dieser Stelle möchte ich als junger Mensch allen Genossinnen und Genossen zurufen: Mögen wir derzeit auch nicht in der Mehrheit sein – der Tag wird kommen, an dem wir aufstehen und unser Recht auf eine vernünftige Welt einfordern.

Oliver Geffers, Bonn

Im Zusammenhang mit dem in vier Jahren anstehenden 500. Reformationsjubiläum rückt die Rolle Martin Luthers (1483–1546) zunehmend in den Blickpunkt des Interesses. Er war ein verdienstvoller Mann, der auch heute noch manchen begeistert. Allerdings gewinnt man den Eindruck, daß einige Kirchenfürsten dabei gehörig überziehen. Medien berichten, das Jubiläumsfest werde dadurch geradezu „verluthert“. Zu den herausragenden Leistungen des Reformators zählen dessen Bibelübersetzung als Beitrag zur Herausbildung der deutschen Nationalsprache und seine Thesen gegen den Ablasshandel. Die DDR bewahrte Luthers progressives Erbe und verlieh einer Universität seinen Namen.

Luther hatte aber auch bedenkliche Seiten und vertrat reaktionäre Ansichten. Dazu gehören seine Hexengläubigkeit und antijüdische Ressentiments. In seiner Wortwahl war er nicht zimperlich: Im Bauernkrieg (1524/25) bezeichnete er die Aufständischen als „räuberische und mörderische Rotten“, die es entschieden zu bekämpfen gelte. Im Gegensatz zu Thomas Müntzer, der sich kompromißlos mit den aufbegehrenden Bauern verband und dafür hingerichtet wurde, entpuppte sich Luther im Bauernkrieg als obrigkeitshöriger Fürstenknecht. Darüber verlor ein dem Reformator gewidmetes protestantisches Magazin nicht ein Wort, räumte dafür aber der grün-evangelischen Frontfrau Katrin Göring-Eckhardt, die Luthers Namen für Zwecke der DDR-Verunglimpfung mißbraucht, um so mehr Platz ein.

Günther Röska, Leipzig

Danke, daß der „RotFuchs“ mit der Artikelserie „Schatztruhe“ von Dieter Fechner dazu beiträgt, an DDR-Autoren zu erinnern, die in Vergessenheit geraten könnten. Ich las abermals Wolfgang Johos „Klassentreffen“, das 1977 im Aufbau Verlag erschien. Lebendig wird die damalige Klassenauseinandersetzung, wobei ich feststellte, wie sich die Bilder gleichen. Marianne Anschütz, Tochter von Johos Schulkameraden, spricht in ihrer Unterhaltung mit dem Autor von der „Heuchelei, den Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen, was den anderen Teil Deutschlands, die DDR, angeht“. Da war es 1990, nach der Niederlage des Sozialismus, nicht schwer, die Delegitimierung der DDR als „Unrechtsstaat“ zu inszenieren. Oder: Joho schildert, wie ein Biologe gegen ungenügend erprobte Arzneimittel, die trotz ihrer Schädlichkeit auf dem Markt teuer angeboten werden, ankämpft. Heute gibt es Analoges bei Medikamenten oder den Organpenden-Skandalen. Bei seinem Gespräch mit jungen Leuten öffnet Joho ihnen den Blick für den Begriff Freiheit. Es gelte, „Freiheit für alle Entrechteten“ zu erkämpfen. Mit anderen Worten: Um wahre Freiheit zu erringen, muß man den Kapitalismus überwinden.

Egon Bethge, Berlin

Zum Leserbrief Ingo Hähnels im RF 180: Ich bin zu dem Schluß gelangt, zwischen „Heimat“ und „Vaterland“ zu unterscheiden. Meine Heimat ist Deutschland, und es gibt gute Gründe, sein Heimatland zu lieben. Ein Vaterland kann es für mich aber nur sein, wenn das Wohl aller Bürger im Mittelpunkt des Handelns der Regierenden steht. Die DDR war für mich Heimat und Vaterland. Auch wenn nicht alles so gelang, wie es beabsichtigt war, fühlte ich mich darin wohl und geborgen. Von der BRD kann ich das nicht sagen. Wie kann man vom „Wohl für die Bürger“ sprechen, wenn die Reichen auf Kosten der Mehrzahl der Bevölkerung immer reicher werden und die Beteiligung an Kriegseinsätzen längst wieder als „Normalität“ gilt? In diesem Staat ist es für mich eine Ehre, ein „vaterlandsloser Geselle“ zu sein.

Konrad Hannemann, Eisenhüttenstadt

Der wohl chancenlose SPD-Kanzlerkandidat jammert über das „karge“ Gehalt der Bundeskanzler. 17 000 Euro im Monat samt luxuriöser Altersversorgung sind dem „roten“ Raffke nach seinen horrenden „Nebenverdiensten“ einfach zu wenig! Hat er denn schon derart abgehoben und vergessen, daß eine Putzfrau dafür fast zwei Jahre arbeiten muß, wobei sie am Ende nur eine Minirente erhält?! Das kann man auf Krankenschwestern, Verkäuferinnen, Kassiererinnen und viele andere Tätigkeiten ausdehnen. Während der SPD-Kanzlerkandidat im Jahr siebenstellige Nebeneinkünfte scheffelte – von seinen nicht einmal erwähnten Abgeordneten ganz abgesehen – ist „Otto Normalverbraucher“ bei all den Preis- und Mietsteigerungen oftmals so gebeutelt, daß er kaum einen Gedanken auf Urlaub verschwenden muß.

Wolfgang Mey, Berlin

Um die BRD herum betreibt man in Europa nach wie vor moderne Kernkraftwerke, damit die benötigte Energie zu vernünftigen Preisen erzeugt werden kann. Wenn ich mich gut erinnere, kostet in Schweden eine Kilowattstunde umgerechnet 2 bis 3 Cent.

Die BRD will bis etwa 2020 einen Großteil ihrer Kernkraftwerke abschalten und auch die Anzahl der Braunkohlekraftwerke aus Gründen des Klimawandels reduzieren. Erneuerbare Energie muß her! Hurra, wir haben endlich den Stein des Weisen gefunden!

Doch kein Mensch hat mir bis heute erklären können, wie ein Großbetrieb mit erneuerbarer Energie rund um die Uhr zu arbeiten vermag. Bekanntlich scheint ja nachts keine Sonne, auch Windstille kommt vor, die Speicherung von zu viel erzeugter Energie aber ist in großem Maßstab noch nicht möglich.

Wenn Offshore-Anlagen in der Nordsee gebaut werden, dann ist es eigentlich logisch, daß man parallel dazu Überlegungen anstellt, wie die benötigte Energie an die Verbraucher in ganz Deutschland weitergeleitet werden kann. Ach, Kabel brauchen wir ja auch noch! Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß logisches Denken aus Gründen des Profits verpönt ist, also bewußt unterbunden wird. Wie sagte doch Shakespeare: „... und ist es Wahnsinn auch, so hat es doch Methode!“

Volker Kretzschmar, Potsdam

Die EU hat den Friedensnobelpreis „für 60 Jahre friedliches Wirken in Europa“ erhalten! Friedliches Wirken? Gab es etwa keine Balkankriege, keine bürgerkriegsähnlichen Zustände in Nordirland und im nordspanischen Baskenland? Ganz zu schweigen von den durch europäische Mitgliedsstaaten der EU und der NATO geführten Kriegen außerhalb des eigenen Kontinents.

Doch das Nobelpreis Komitee hat solches schon immer „übersehen“, was die Dekoration Kissingers und Obamas, Sadats und Begins wohl hinreichend belegt. Die am Friedensnobelpreis partizipierende BRD hat in den letzten Jahren ihre Rüstungsproduktion wie ihre Waffenexporte ins Maßlose gesteigert. Deshalb gilt für 2013: Keine Stimme den etablierten Parteien!

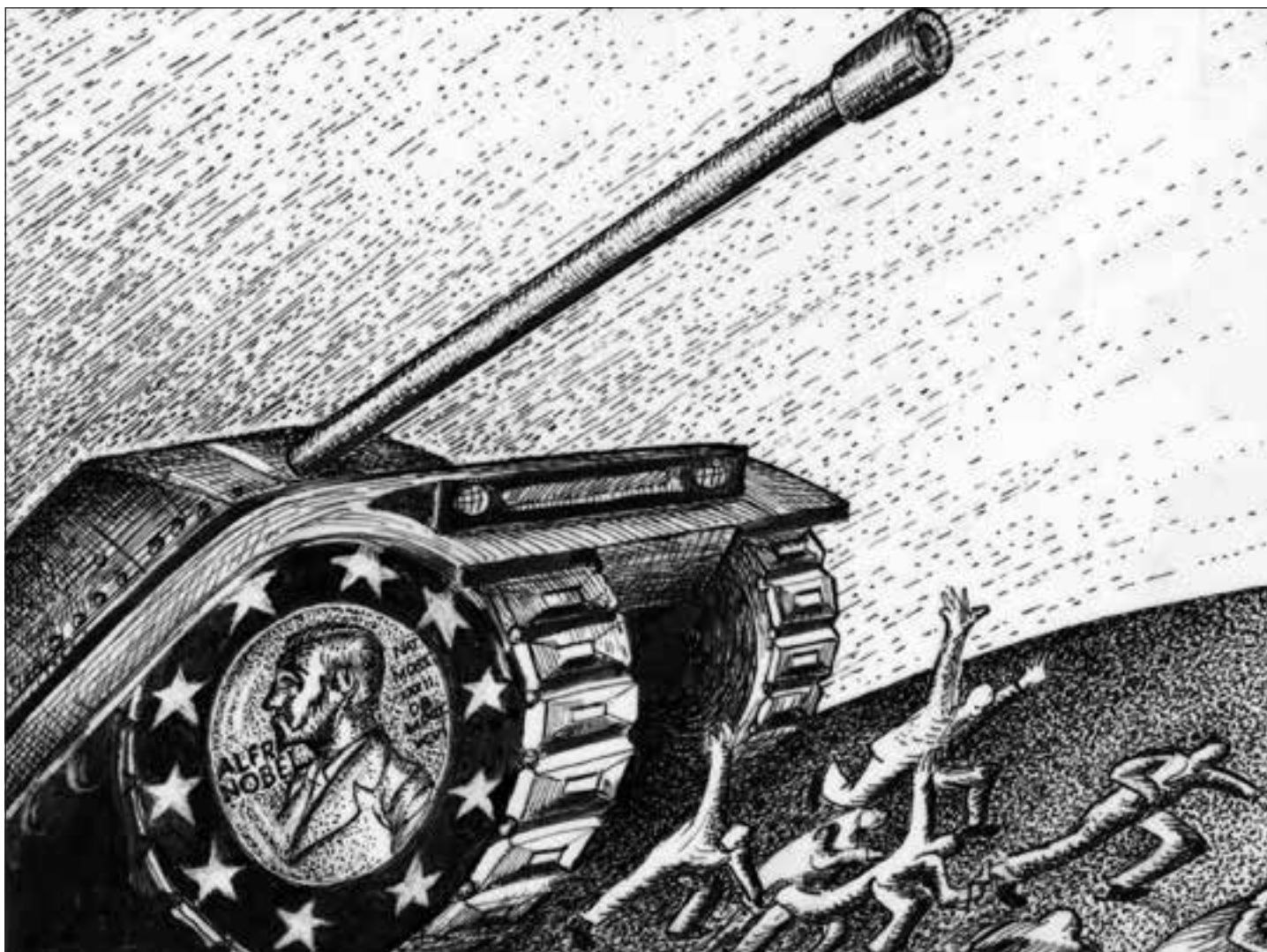
Manfred Kleinpeter, Berlin

Ausgehend vom schon 1516 verfaßten Werk „Utopia“ des Thomas Morus, das von einer fernen „idealen“ Gesellschaft sprach, war das Streben nach einer wirklich demokratischen Regierungsform mit vernünftigen Gleichheitsgrundsätzen im Volk verankert. Daß diese Fragen nicht erst gestern und heute gestellt werden, beweist auch die Losung der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“, „Freiheit“ stand damals für die Befreiung aus der feudalen Abhängigkeit von Hochadel und Grundbesitz. „Brüderlichkeit“ drückte den Wunsch nach mehr gegenseitiger Anerkennung in den sozialen Beziehungen aus. „Gleichheit“ ist die Voraussetzung, um die beiden anderen Forderungen überhaupt einlösen zu können. Die DDR war in dieser Hinsicht auf einem guten Weg.

Ich möchte ein Beispiel nennen: In unserem einstigen Kleingartenpark Riesa-Weida mit über 500 beteiligten Familien wirkte der Professor neben dem Stahlwerker, der Oberbürgermeister neben dem Transportarbeiter. Nach dem Anschluß der DDR an die BRD zerbrach dieser Zusammenhalt. Das Prinzip „Teile und herrsche!“ hielt Einzug. Die entstehende Ungleichheit führte zum Verfall von Gemeinschaften, zu Vertrauensverlust, Statuskonkurrenz und sozialem Bewertungsdruck, wobei die Bescheidenheit völlig unter die Räder geriet.

Da fragt man sich unwillkürlich: Leben die einstigen DDR-Bürger unter solchen Bedingungen etwa glücklicher als zuvor? Mit Hartz IV oder als Leiharbeiter?

Dipl.-Ing. Hermann Ziegenbalg, Riesa-Weida



Die ausgezeichnete „Friedenskraft“

Grafik: Klaus Parche

Am **7. März um 17 Uhr** stellt sich der **Jurist Jens Petermann**, Kandidat der Partei Die Linke für den Bundestag, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Suhl** im Hotel „Thüringen“ am Platz der Einheit vor.

Am **23. März um 10 Uhr** spricht die Europaparlamentsabgeordnete der Linkspartei **Sabine Lösing** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Dresden** in der „Drogenmühle“ Heidenau, Dresdner Straße 26, über das Thema

Die Interessenpolitik der EU im Nahen und Mittleren Osten

Am **27. März um 18 Uhr** spricht **Dr. Peter Kirchner**, bis 1990 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in der DDR-Hauptstadt Berlin, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Potsdam** in der Alleestraße 3 über das Thema

Antisemitismus gestern wie heute und der Nahostkonflikt

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete **„RotFuchs“** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin
Tel. 030/561 3404
Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Sekretärin: Karin Großmann

Layout: Rüdiger Metzler

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Internet-Präsentation:

Sylvia Feldbinder

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 20. eines Monats.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Thomas Behlert
Rolf Berthold
Konstantin Brandt
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Dr. Rudolf Dix
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Ulrich Guhl
Bernd Gutte
Dr. Ernst Heinz
Jürgen Heiser
Helmuth Hellge
Dr. Dieter Hillebrenner

Manfred Hocke
Erik Höhne
Rudi Kurz
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Wolfgang Metzger
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Erhard Richter
Prof. Dr. Horst Schneider
Prof. Dr. Rolf Sieber
Joachim Spitzner
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Marianne Walz
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Heinz Herresbach, Klaus Parche, Heinrich Ruynat, Renatus Schulz, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Karin Dockhorn
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 030/2 41 26 73
WDockhorn@t-online.de
oder *Sonja Brendel*
Tel. 030/5 12 93 18
Heiner Brendel, Gerald Umlauf, Hans Ludwig, Peter Barth u. v. a. m.
Finanzen: *Jürgen Thiele*
Wartenberger Str. 44, 13053 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unser Konto:

„RotFuchs“-Förderverein
Kto.-Nr.: 2 143 031 400
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00
Für Einzahler im Ausland
IBAN: DE 27 1005 0000 0220 1607 59
BIC: BELADEBEXXX

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.